



8. Sitzung

Mittwoch, 6. Februar 2002

Vorsitzende: Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Erster Vizepräsident Berndt Röder, Zweiter Vizepräsident Peter Paul Müller und Dritter Vizepräsident Farid Müller

Inhalt

Mitteilungen der Präsidentin

Abwicklung, Änderung und Ergänzung der Tagesordnung	261 A	Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive	273 C
Ausscheiden eines Abgeordneten (Abg. Dr. Stefan Schulz CDU)	261 A	Ekkehard Rumpf FDP Dr. Willfried Maier GAL	274 C 275 B
Nachrücken eines Abgeordneten (Abg. Heino Vahldieck CDU)	261 A	Michael Neumann SPD	276 A
Antrag des Ersten Bürgermeisters:		Fraktion der FDP: Hilfe für Drogensüchtige, Härte gegen Dealer	276 D
Bestätigung der Berufung einer Senatorin – Drs 17/271 –	261 B	Dr. Wieland Schinnenburg FDP (Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)	276 D
Ergebnis	261 C	Fraktion der SPD: „Affäre Schill“: Fragen an den Bürgermeister	
Aktuelle Stunde	262 B	(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)	
Fraktion der GAL:		Fraktion der CDU: 100 Tage Bürgersenat – Erfolgsmodell für Hamburg!	
100 Tage schwarz/Schill: rücksichtslos, schamlos, planlos	262 B	(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)	
Krista Sager GAL	262 B	Fraktion der Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Mittelstandsförderung: Den Hamburger Arbeitsplatzmotor starten!	
Roland Barnabas Schill, Zweiter Bürgermeister	263 B	(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)	
Uwe Grund SPD	266 C		
Dr. Michael Freytag CDU	267 B		
Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive	268 B		
Burkhardt Müller-Sönksen FDP	269 B	Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:	
Manfred Mahr GAL	270 B		
Ole von Beust, Erster Bürgermeister	271 B	Wahl eines stellvertretenden Mitglieds für die Kreditkommission	
Antje Möller GAL	272 A	– Drs 17/257 –	277 A
Barbara Duden SPD	272 C	Ergebnis	283 A

Große Anfrage der Fraktion der GAL:

Eröffnungsbilanz öffentlich geförderte Beschäftigung in Hamburg

– Drs 17/191 –

277 A

mit

Antrag der Fraktion der GAL:

Neue Chancen nutzen – Arbeitslosigkeit aktiv bekämpfen

– Drs 17/255 –

277 A

Alexander Porschke GAL

277 B, 287 D

Gesine Dräger SPD

279 B

Jürgen Mehlfeldt CDU

280 D

Norbert Fröhlauf

Partei Rechtsstaatlicher Offensive

281 D

Uwe Grund SPD

282 C

Rose-Felicitas Pauly FDP

283 A

Gunnar Udall, Senator

284 B

Ingo Egloff SPD

287 A, 288 C

Dr. Andreas Mattner CDU

288 B

Ekkehard Rumpf FDP

289 A

Gerd Hardenberg

Partei Rechtsstaatlicher Offensive

289 D

Doris Mandel SPD

290 A

Beschlüsse

290 D

Antrag der Fraktionen der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht

– Drs 17/248 (Neufassung) –

290 D

Burkhardt Müller-Sönksen FDP

290 D

Rolf-Dieter Kloos SPD

291 B

Carsten Lüdemann CDU

292 A

Christian Maaß GAL

292 C

Beschlüsse

292 D

Antrag der Fraktion der SPD:

Hamburger Kinderbetreuungsgesetz (KibG)

– Drs 17/252 –

293 A

Thomas Böwer SPD

293 A, 298 C

Bettina Pawlowski CDU

295 A

Katrin Freund

Partei Rechtsstaatlicher Offensive

295 D

Christa Goetsch GAL

296 C

Dr. Wieland Schinnenburg FDP

297 C

Beschlüsse

299 A

Dringlicher Senatsantrag:

Sonderinvestitionsprogramm 2002; Erweiterung der Ermächtigung zur vorläufigen Haushaltsführung („Bepackung“)

– Drs 17/270 –

299 A

mit

Dringlicher Senatsantrag:

Haushaltsplan-Entwurf der Freien und Hansestadt Hamburg für das Haushaltsjahr 2002; Konkretisierung des Sonderinvestitionsprogramms 2002

– Drs 17/269 –

299 A

Dr. Andreas Mattner CDU

299 B

Walter Zuckerer SPD

300 A

Manfred Silberbach

Partei Rechtsstaatlicher Offensive

301 A

Anja Hajduk GAL

301 D, 304 C

, 305 C

Rose-Felicitas Pauly FDP

303 A

Henning Tants CDU

303 D

Gunnar Uldall, Senator

304 B

Uwe Grund SPD

305 B

Beschlüsse

306 A

Antrag der Fraktionen der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP:

Lage des Taxengewerbes

– Drs 17/245 –

306 A

Reiner Wohlers

Partei Rechtsstaatlicher Offensive

306 A

Rolf Polle SPD

307 A, 309 D

Bernd Reinert CDU

307 D

Krista Sager GAL

308 C

Ekkehard Rumpf FDP

309 A

Beschlüsse

310 A

Bericht des Haushaltsausschusses:

Vorläufige Haushaltsführung

– Drs 17/268 –

310 B

mit

Antrag der Fraktion der SPD:

Vorläufige Haushaltsführung

– Drs 17/301 –

310 B

Michael Neumann SPD

310 B

Henning Tants CDU

312 A

Manfred Silberbach

Partei Rechtsstaatlicher Offensive

312 D

Anja Hajduk GAL

313 C

Leif Schrader FDP

314 C

Beschlüsse

315 A

Antrag der Fraktion der SPD:

Auswahl und Beschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Senatorienbüros

– Drs 17/254 –

315 B

Beschluss

315 B

Bericht des Eingabenausschusses:

Eingaben

– Drs 17/243 –

Antje Möller GAL

Wolfhard Ploog CDU

Christa Goetsch GAL

Rolf Polle SPD

Beschlüsse

315 B

315 B

316 A

316 B

316 C

316 C

Senatsmitteilung:

Bericht der Polizeikommission

– Drs 17/200 –

317 A

Beschlüsse

317 A

Senatsmitteilung:

**Hamburg als Standort für die Produktion
und die Endlinienfertigung des Airbus 380**

– Drs 17/202 –

317 A

Beschluss

317 B

Bericht des Eingabenausschusses:

Eingaben

– Drs 17/244 –

Beschlüsse

316 D

316 D

Bericht des Verfassungsausschusses:

**Bewerbung Hamburgs um die Ausrichtung
der Olympischen Sommerspiele 2012**

– Drs 17/256 –

317 B

Beschluss

317 C

Senatsantrag:

**Haushalt 2001, nachträgliche
Genehmigung von überplanmäßigen
Ausgaben**

– Drs 17/199 –

Beschlüsse

316 D

316 D

Interfraktioneller Antrag:

Stellenplan 2002; Einzelplan 1.0

– Drs 17/312 –

317 C

Beschlüsse

317 C

A

C

B

D

A **Beginn: 15.05 Uhr**

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet. Ich darf Sie ganz herzlich zur heutigen Sitzung begrüßen.

Mit Schreiben vom 30. Januar 2002 hat Herr Dr. Stefan Schulz mir mitgeteilt, dass er sein Bürgerschaftsmandat mit Ablauf des 31. Januar 2002 niederlege. Seit Anfang Februar ist Herr Dr. Schulz Staatsrat in der Behörde für Bau und Verkehr. Er ist auch heute zugegen und er wird uns sicherlich in dieser neuen Eigenschaft auch noch das eine oder andere Mal in der Bürgerschaft begegnen.

Mitglied dieses Parlaments war Herr Dr. Schulz seit Oktober 1997. Er wirkte während dieser Zeit im Stadtentwicklungsausschuss mit, in dem er das Amt des Schriftführers bekleidete.

(*Werner Dobritz SPD:* Sehr erfolgreich!)

Außerdem war er Mitglied im Verfassungsausschuss und im Gleichstellungsausschuss. Herr Dr. Schulz, die Bürgerschaft dankt Ihnen für die geleistete Arbeit.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Nach Mitteilung des Landeswahlleiters ist auf der Liste der CDU Herr Heino Vahldieck nachgerückt. Herr Vahldieck, ich begrüße Sie in unserer Mitte und ich wünsche Ihnen viel Freude an den Aufgaben, die Sie schon aus den vergangenen Legislaturperioden kennen. Herzlich willkommen.

(Beifall bei allen Fraktionen – *Heino Vahldieck CDU:* Vielen Dank!)

B Meine Damen und Herren! Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats haben die Fraktionen sich darauf verständigt, dass auch Tagesordnungspunkt 2 vertagt werden soll; es handelt sich um die Wahl zur Kommission für Bodenordnung.

Darüber hinaus haben die Fraktionen vereinbart, dass die Tagesordnung um die Drucksachen 17/269 und 17/312 ergänzt werden soll. Bei der Drucksache 17/269 handelt es sich um einen Dringlichen Senatsantrag zum Haushaltplan-Entwurf der Freien und Hansestadt Hamburg für das Haushaltsjahr 2002, insbesondere zur Konkretisierung des Sonderinvestitionsprogramms 2002. Diese Drucksache wurde als Tagesordnungspunkt 5 b nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen. Die CDU-Fraktion hat die Drucksache gemeinsam mit der Drucksache 17/270 zur Debatte angemeldet.

Bei der Drucksache 17/312 handelt es sich um einen Interfraktionellen Antrag zum Stellenplan 2002, Einzelplan 1.0: Bürgerschaft. Diese Drucksache wurde als Tagesordnungspunkt 17 nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen.

Ich rufe jetzt Punkt 01 auf: Antrag des Ersten Bürgermeisters zur Bestätigung der Berufung einer Senatorin.

**[Antrag des Ersten Bürgermeisters:
Bestätigung der Berufung einer Senatorin
– Drucksache 17/271 –]**

Diese Drucksache haben Sie heute als Tischvorlage erhalten. Nach Paragraph 4 des Senatsgesetzes entscheidet die Bürgerschaft über die vom Ersten Bürgermeister beantragte Bestätigung einer Senatorin ohne Aussprache in geheimer Abstimmung. Vereinbarungsgemäß findet diese Abstimmung in Kabinen statt.

C Wir verfahren jetzt so, dass Herr Farid Müller, Frau Pauly und Frau Pawłowski abwechselnd die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge aufrufen werden. Ich bitte Sie, dann zur Kanzleibank zu gehen und von Frau Cornell den Stimmzettel entgegenzunehmen. Mit dem Zettel gehen Sie bitte in eine der Kabinen und nehmen Ihre Abstimmung vor. Bitte kreuzen Sie nur ein Kästchen an. Weitere Eintragungen oder Bemerkungen würden zur Ungültigkeit führen. Auch unausgefüllte Zettel gelten als ungültig. Danach begeben Sie sich bitte zu Frau Rogalski-Beeck, bei der die Urne steht. Stecken Sie dann bitte Ihren Stimmzettel in die Urne.

Ich bitte Herrn Müller, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf wird vorgenommen.)

Meine Damen und Herren! Ist ein Mitglied des Hauses nicht aufgerufen worden? – Ich stelle fest, dass alle Abgeordneten aufgerufen worden sind. Damit ist die Abstimmung beendet. Ich bitte, das Abstimmungsergebnis zu ermitteln. Für die Dauer der Stimmenauszählung ist die Sitzung unterbrochen. Ich werde Bescheid geben, wenn die Sitzung wieder eröffnet wird.

Unterbrechung: 15.21 Uhr

Wiederbeginn: 15.32 Uhr

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt.

Es wurden 117 Stimmzettel abgegeben. Davon waren 117, das heißt alle, gültig. Mit Ja haben 60 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 56 Abgeordnete gestimmt und es gab eine Stimmenthaltung. Für die Bestätigung ist die einfache Stimmenmehrheit erforderlich. Diese ist erreicht.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Ich bitte Sie nun, Frau Senatorin Dr. Horáková, zu uns ins Plenum zu kommen und sich vor die Präsidiumsbank in unsere Mitte zu begeben.

(*Frau Senatorin Dr. Dana Horáková* betritt den Plenarsaal – Lang anhaltender Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Ich komme nunmehr zur Vereidigung eines Mitglieds des Senats.

(Die Anwesenden erheben sich.)

Nach Artikel 38 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg haben die Mitglieder des Senats vor Antritt ihres Amtes vor der Bürgerschaft einen Eid zu leisten. Ich lese Ihnen den Wortlaut des Eides vor.

„Ich schwöre, dass ich Deutschland, dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und der hamburgischen Verfassung die Treue halten, die Gesetze beachten, die mir als Mitglied des Senats obliegenden Pflichten gewissenhaft erfüllen und das Wohl der Freien und Hansestadt Hamburg, soweit ich vermag, fördern will.“

Ich bitte Sie, bei erhobener rechter Hand die Beteuerungsformel „Ich schwöre es“ oder „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe“ nachzusprechen.

Senatorin Dr. Dana Horáková: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

A **Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Frau Senatorin Dr. Horáková, Sie haben vor der Bürgerschaft den erforderlichen Eid geleistet. Im Namen der Bürgerschaft wünsche ich Ihnen für Ihre Amtsführung eine glückliche Hand und viel Erfolg im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

(Beifall im ganzen Hause)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Senat wird nun zur Regelung seiner Geschäftsverteilung zusammengetreten. Die Sitzung wird deshalb für kurze Zeit unterbrochen. Ich werde auf den Wiederbeginn der Sitzung durch ein akustisches Signal aufmerksam machen.

Unterbrechung: 15.37 Uhr

Wiederbeginn: 15.46 Uhr

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Mir ist eben ein Schreiben des Ersten Bürgermeisters zugegangen. Dieses Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Hiermit möchte ich Ihnen mitteilen, dass der Senat Frau Senatorin Dr. Dana Horáková mit dem Amt des Präsidenten der Kulturbörde und mit der Verantwortung für das Staatsarchiv betraut hat.

Ole von Beust
Erster Bürgermeister“

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

B Wir kommen zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind fünf Themen angemeldet worden, und zwar von der GAL-Fraktion

100 Tage schwarz/Schill: rücksichtslos, schamlos, planlos

von der FDP-Fraktion

Hilfe für Drogensüchtige, Härte gegen Dealer

von der SPD-Fraktion

„Affäre Schill“: Fragen an den Bürgermeister

von der CDU-Fraktion

100 Tage Bürgersenat – Erfolgsmodell für Hamburg!

und von der Fraktion der Partei Rechtsstaatlicher Offensive

Mittelstandsförderung: Den Hamburger Arbeitsplatzmotor starten!

Ich rufe jetzt das von der GAL angemeldete Thema auf. Frau Sager, Sie haben das Wort.

Krista Sager GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nach 100 Tagen ist von den warmen Worten des Bürgermeisters Ole von Beust aus seiner Regierungserklärung nichts als heiße Luft übrig geblieben.

(Oh-Rufe von der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Der skandalgeschüttelte Schwarz/Schill-Senat zeigt nun sein wahres Gesicht: rücksichtslos, schamlos, planlos. Ihre

Politik richtet sich gegen die Schwächsten und die Hilfsbedürftigen in dieser Stadt. Ausgerechnet jetzt kürzen Sie 11 Millionen Euro bei der aktiven Beschäftigungspolitik.

(*Rolf Harlinghausen CDU: Wir haben doch gegen die gar nichts gesagt!*)

Sie bekämpfen nicht die Arbeitslosigkeit, sondern Sie bekämpfen die Arbeitslosen. Die Tarife für Langzeitarbeitslose wollen Sie unter die Armutsgrenze drücken und Sie produzieren dadurch mehr Sozialhilfeempfänger als weniger. Sie nehmen das Geld von der Drogenhilfe und Aidshilfe, von der Beratung für Behinderte und psychisch kranke Frauen, von der Mädchenarbeit in Problemstadtteilen und von den Opfern sexueller Gewalt. Ihnen geht es nicht um die Opfer und ein Problem mit Frauen haben Sie in diesem Senat sowieso.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Mit Ihrer Politik vertiefen Sie die soziale Spaltung in dieser Stadt und die Folgen davon schieben Sie auf die Polizei ab.

Das Versprechen, die Kriminalität in nur 100 Tagen zu halbieren, sieht selbst der Innensenator nur noch als Partygag an. Für den Politikbereich, für den Sie ursprünglich gewählt worden sind, haben Sie selber null Konzept. Stattdessen verbällern Sie das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für Klamauk und Showeffekte.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Unruhe bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Populismus statt Politik ist Ihre Devise.

Die Behauptung des „Spiegels“, Sie würden die Drogenschickeria schonen und lieber Elendsjunkies jagen, Drogen- und Aidshilfe kürzen und das HIV-Risiko für süchtige Häftlinge erhöhen, haben Sie dem Inhalt nach sogar selbst bestätigt. Ihr Problem ist nur, dass dieser Skandal öffentlich geworden ist.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Das passt Ihnen natürlich genauso wenig, wie Sie nicht mehr daran erinnert werden möchten, dass ein obskurer Duzfreund des Innensenators aus der Türsteherszene kommt. Wo es um die Zukunft der Stadt geht, sind Sie planlos und konzeptlos. Konzeptlos stehen Sie vor dem Projekt „Wachsende Stadt“. Woher Einwohner ohne Zuwanderung kommen sollen – die Antwort bleiben Sie schuldig. Konzeptlos stehen Sie auch vor den wachsenden Mobilitätsbedürfnissen der Großstadt. Sie schaffen stattdessen rechtsfreie Räume für Raser und Rücksichtslose.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Mit Ihrem Auto-Lobbyismus schaffen Sie in Zukunft mehr Staus statt weniger Staus.

(*Bernd Reinert CDU: Geht nicht!*)

Ihre ideologische Fahrrad-Phobie wird in Zukunft weniger Platz für den Wirtschaftsverkehr ermöglichen statt mehr. Der Lebensraum Stadt wird für die hiesigen Einwohner unattraktiver, und zwar nicht nur in der Stresemannstraße und im Grindelhof.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Wolfgang Drews CDU: Das ist doch Blödsinn!)

Wenn es um die Verkehrspolitik geht, wird Sicherheit bei Ihnen nicht mehr groß, sondern ganz, ganz klein geschrieben.

C

D

(Krista Sager GAL)

- A Von den von der FDP versprochenen 750 Lehrerstellen sind nur noch 20 übrig geblieben, wenn man die steigenden Schülerzahlen dagegenrechnet. Mit diesen 20 Stellen wollen Sie jetzt Ihre vollmundigen Ankündigungen im Schulbereich umsetzen. Das ist nicht nur konzeptionslos, das ist Wählertäuschung.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Die Schill-Senatoren liefern Filz und Vetternwirtschaft, ein Stück nach dem anderen. Offensichtlich betrachten sie den Staat schamlos als Beute

(Lachen bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Narrhallmarsch!)

und die FDP entpuppt sich bei dem Ganzen als liberale Nullnummer sowohl wenn es um Menschenrechte in dieser Stadt als auch um Filmförderung oder Förderung von Privattheatern geht.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Das werden wir noch sehen!)

Herr von Beust, Sie sind dafür verantwortlich, dass man inzwischen bundesweit über Ihren Senat lacht und den Kopf schüttelt. Sie sind hinreichend gewarnt worden, die Schill-Partei nicht in diese Regierung zu nehmen. Aber Ihnen war ein 26-Prozent-Bürgermeister-Stuhl wichtiger als das Wohl der Stadt.

(Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Sie vertragen das Wahlergebnis nicht, Frau Sager!)

Sie haben die Stadt einem politischen Rattenfänger ausgeliefert.

- B (Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat der Zweite Bürgermeister Herr Schill.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – Krista Sager GAL: Der Erste ist schon abgetreten. Das finde ich interessant!)

Zweiter Bürgermeister Ronald Barnabas Schill: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist mir nach der ganzen Polemik ein besonderes Bedürfnis, etwas mehr Sachlichkeit in die Debatte einkehren zu lassen und über die sich anbahnenden Erfolge, die erfolgreichen Weichenstellungen der ersten 100 Tage zu sprechen. Obwohl die ersten 100 Tage eigentlich eine Arbeits- und Schonfrist sind,

(Michael Neumann SPD: Schonfrist für Sie vielleicht!)

haben wir schon beachtliche Weichenstellungen vollbracht, die auch ihren Niederschlag gefunden haben.

Zunächst einmal müssen wir davon ausgehen, dass die Polizei in den letzten Jahren systematisch kaputtgespart worden ist und in den letzten zehn Jahren 600 Polizeistellen abgebaut worden sind. Wir können jetzt vermelden, dass wir den finanziellen Rahmen in Gestalt von 20,8 Millionen Euro allein für das Jahr 2002 geschaffen haben, um hier erheblich gegenzusteuern. Das wird uns vonseiten der Polizeibeamten gedankt und wir gehen nicht zu Unrecht davon aus, dass sicherlich 98 Prozent der Polizeibeamten über diesen Regierungswechsel glücklich sind.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – Dr. Andrea Hilgers SPD: Nachzählen!)

C

Um zu demonstrieren, inwieweit wir unseren Versprechen Taten folgen lassen, folgende Zahlen:

Allein für das Jahr 2002 stellen wir 280 neue Polizeibeamte ein. Wir haben die Ausbildungskapazitäten verdoppelt. Wir stellen zusätzlich 250 Angestellte im Polizeidienst ein mit dem Ziel, dass diese überall dort reguläre Polizeibeamte entlasten, wo diese nicht unbedingt erforderlich sind, die dann in Zukunft in Schwerpunktbereichen der Kriminalitätsbekämpfung eingesetzt werden können.

In dem Bestreben und in der Einsicht, dass wir uns die Polizeibeamten nicht schnitzen können, sondern sie irgendwoher kriegen müssen,

(Michael Neumann SPD: Das fällt Ihnen aber früh ein!)

ist es uns durch eine Sicherheitspartnerschaft mit Bayern gelungen, dass uns Bayern leihweise, auf eigene Kosten 20 Polizeibeamte zur Verfügung stellt.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – Unmutsäußerungen bei der GAL)

Für die jetzigen Oppositionsparteien, die dafür verantwortlich sind, die Polizei kaputtgespart zu haben, ist es erstaunlich, dass sie sich darüber nicht freuen. Auch 20 – zugegebenermaßen – sind ein Schritt in die richtige Richtung.

(Krista Sager GAL: Die brauchen Sie für Ihre eigene Sicherheit, Herr Schill!)

D

Wenn Sie uns unseren guten Ruf in Bayern nicht durch kleinkariertes Gemache verderben, werden Sie sicherlich erleben,

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

dass diesem Kontingent, das für den nächsten Monat geplant ist – die Polizeibeamten werden hier am 11. Februar eintreffen –, weitere Kontingente folgen werden.

(Michael Neumann SPD: Davon weiß man in Bayern nichts!)

Diese Bayern haben wir in Hotels so kostengünstig untergebracht, dass 15 000 Euro für die Unterbringung ausreichen. Für diesen Monat ist Bayern bereit, die Lohnkosten zu übernehmen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Um mehr Polizei auf die Straße zu bringen, werden wir die Ausbildung so verschlanken, dass es ohne Qualitätsverlust möglich ist, dass die Polizeibeamten auf der Straße Dienst tun, statt unnötig lange die Schulbank zu drücken.

Uns ist erstmals eine Personalentscheidung gelungen – man kann sagen seit Jahrzehnten – und einen Polizeipräsidenten für dieses Amt zu gewinnen, welcher von der Polizei geschätzt wird und um den uns ganz Deutschland begeistert, und zwar in Gestalt von Herrn Uwe Nagel.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Auch die Gewinnung dieses Fachmannes geht darauf zurück, dass ich in einem sehr frühen Stadium eine Sicher-

(Zweiter Bürgermeister Ronald Barnabas Schill)

A heitspartnerschaft mit dem bayerischen Innenministerkollegen Dr. Beckstein angestrebt und erreicht habe.

(Michael Neumann SPD: Herr Beckstein weiß aber nichts davon!)

Des Weiteren haben wir einen phantastischen Staatsrat gewonnen, der bei der Polizei ebenfalls allerhöchste Akzeptanz genießt,

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

und dazu noch einen ganz hervorragenden Chef des Landeskriminalamts. Und wer Herrn Müller, der um seine Demission gebeten hat, hier eine Träne nachweint, dem kann ich nur sagen, wir wollen einen Paradigmenwechsel in Richtung mehr Sicherheit. Wir erkennen es an, wenn Leute, die dieser Politikveränderung nicht loyal gegenüberstehen, dann um ihre Demission bitten, und ergreifen die Gelegenheit, diese Position dann mit loyalen Persönlichkeiten aus der Polizei idealer zu besetzen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – Krista Sager GAL: Das darf doch wohl nicht wahr sein!)

Weiterhin stellen wir 15 zusätzliche Verfassungsschützer ein, um dem Problem des Terrorismus seit dem 11. September entsprechend Rechnung zu tragen. Wir denken daran, den Polizeibeamten über das sechzigste Lebensjahr hinaus die Möglichkeit anzubieten, freiwillig – und die Bedeutung ist „freiwillig“ – weiter Dienst zu tun. Erstaunlich viele Polizeibeamte sind hierzu bereit. Ebenso bieten wir es den Polizeibeamten an, die psychosomatisch erkrankt sind, weil die Politik in der Vergangenheit jede Gelegenheit genutzt hat, der Polizei in den Rücken zu fallen

B (Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – Lachen bei der SPD und der GAL)

– Sie wissen, wovon ich rede –, durch erfundene Polizeiskandale, durch Polizeikommissionen. Wie ich jetzt gerade nachlesen konnte,

(Michael Neumann SPD: Seit wann lesen Sie denn Akten?)

ist ein Polizeibeamter strafversetzt worden mit der Begründung, er nehme zu viele ausländische Drogendealer fest. Ja, meine Damen und Herren, das ist die Wirklichkeit von 1995 an gewesen, für die Sie in unverantwortlicher Weise gesorgt haben.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Dazu stehen wir in engen Verhandlungen mit dem Bundesgrenzschutz, der sich bereit erklärt hat, wesentlich stärkere Kräfte zur Unterstützung der Hamburger Polizei in Hamburg zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Nun ein Wort zu den Konzepten: Von polemischer Seite wird uns gelegentlich Konzeptionslosigkeit vorgeworfen. Das ist mitnichten der Fall.

Aus gegebenem Anlass mache ich mir jetzt die Mühe, dem einen oder anderen Geneigten oder nicht Geneigten unser Konzept zur Zerschlagung der offenen Drogenszene zu erläutern.

C (Krista Sager GAL: Die fünf Minuten sind aber schon um!)

In diesem Zusammenhang möchte ich betonen, dass diese Prioritätensetzung nicht zu Lasten anderer Bereiche geht, in denen ebenfalls, wie bisher, Drogen und Drogenhandel nachhaltig bekämpft werden müssen. Aber der Vorgängerregierung ist es gelungen, in Hamburg die größte offene Drogenszene in ganz Europa heranzuzüchten mit einem riesigen Potenzial an Beschaffungskriminalität ausgehend von 10 000 Schwerstabhängigen, ausgehend von 2200 Dealern, die allein im Jahre 2001 festgestellt worden sind.

Deswegen, meine Damen und Herren, setzen wir hier eine besondere Priorität und werden zusätzlich – das ist von mir angestrebt – 500 Polizeibeamte einsetzen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren! Das ist die größte und sicherlich erfolgreichste Konzeption gegen den Drogenhandel überhaupt.

(Uwe Grund SPD: Wo holen Sie die denn her?)

– Wo wir sie her holen? Erstens von den 250 Angestellten im Polizeidienst, die entsprechend 250 Polizeibeamte freisetzen, und zweitens durch entsprechende Umschichtungen.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Ein Bayer zählt 25!)

Das ist notwendig. Wir werden das erfolgreich eingeleitete Drogenbekämpfungsprogramm, das aber leider im Wesentlichen auf St. Georg beschränkt war,

(Uwe Grund SPD: Das ist nicht wahr!) D

auf ganz Hamburg ausweiten.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Wir werden Drogeneingreifkommandos auf das gesamte Stadtgebiet ansetzen. Wir werden den Vomitivmittelleinsatz zur Beweismittelgewinnung auf das gesamte Stadtgebiet ausweiten.

(Michael Neumann SPD: Ich dachte, das hätten Sie schon gemacht!)

Wir werden in Zukunft weniger auf Prävention gegenüber Dealern setzen, weil die ohnehin keinen Zweck hat, wie die Vergangenheit gezeigt hat, sondern wir werden rücksichtslos auf Repression setzen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – Manfred Mahr und Krista Sager, beide GAL: Rücksichtslos!)

– Ja, meine Damen und Herren! Rücksichtslosigkeit gegenüber Dealern ist genau das, was angemessen ist. Das haben Sie schon ganz richtig verstanden. Das Betäubungsmittelgesetz sieht das als schwere Straftat an und nicht als das, was Sie immer verniedlichen wollen. Das Betäubungsmittelgesetz sieht ein bis zu zehn Jahre Freiheitsstrafe für gewerbsmäßigen Handel mit Drogen vor. Deswegen gibt es für Drogenhändler nur einen einzigen Platz und der ist im Gefängnis, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Es wird und muss in Zukunft das Ziel sein, Haftbefehle seitens der Polizei zu beantragen, wann immer es gesetzlich

(Zweiter Bürgermeister Ronald Barnabas Schill)

- A möglich ist. Im gesamten Jahr 2001 hat es 223 Zuführungen gegeben mit dem Antrag auf Ausstellung eines Haftbefehls.

(Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Im Januar hat es bereits 53 Haftbefehle gegeben und das werden wir weiter steigern.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Die Erfolge dieser Politik zeichnen sich bereits dadurch ab, dass der Generalstaatsanwalt von Schleswig-Holstein sagt, er befürchte, dass Schleswig-Holstein ein akutes Drogenproblem bekommen wird, weil der Boden für Drogendealer in Hamburg zu heiß wird. Da sage ich, da haben Sie Recht, Herr Generalstaatsanwalt.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – Karl-Heinz Warnholz CDU: Das gefällt mir gut!)

Dazu, meine Damen und Herren, hat die Bekämpfung der offenen Drogenszene nicht nur eine kriminalistische Facette, sondern eine Facette des Ausländerrechtes. Daran arbeiten wir ebenfalls. Bekanntmaßen erklärt ein großer Teil von Afrikanern, die hierher kommen, sie kämen aus Burkina Faso, dem ehemaligen Obervolta, weil dieses Land sich bisher geweigert hat, mit deutschen Ausländerbehörden zu kooperieren. Die werfen ihre Papiere weg, behaupten, sie kämen aus Burkina Faso und haben damit ein tatsächliches Abschiebehindernis. Die Dimension des Problems ist gigantisch. Wir haben im letzten Jahr insgesamt 2200 Dealer festgestellt. Davon kommen 1400 aus Afrika und von diesen 1400 kommen 615 aus Burkina

- B Faso, jedenfalls behaupten sie, aus Burkina Faso zu kommen.

Eine weitere Zahl. Insgesamt behaupten 900 Leute, sie kämen aus Burkina Faso, davon sind die besagten 615 Drogendealer. Um dieses Problem zu lösen, habe ich im Dezember Verhandlungen mit dem Botschafter Burkina Fasos geführt

(Krista Sager GAL: Ihre Regierungserklärung hätten Sie auch anmelden können! Das müssen Sie nicht in der Aktuellen Stunde machen!)

und habe ihm vor Augen geführt, dass es für den Ruf seines Landes äußerst schädlich ist, wenn sich afrikanische Drogendealer als Leute aus Burkina Faso ausgeben. Das hat er eingesehen und kooperiert erstmalig mit Hamburg, mit Deutschland, indem er uns ein Expertenteam zur Verfügung gestellt hat, das seit einer Woche so genannte Interviews durchführt mit dem Ergebnis, dass festgestellt wird, dass über 90 Prozent der Leute, die angeben, aus Burkina Faso zu stammen, in Wirklichkeit nicht aus Burkina Faso stammen

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

und, meine Damen und Herren, in Zukunft erfreulicherweise erstmals abgeschoben werden können.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – Uwe Grund SPD: Wohin?)

– Ja, meine Damen und Herren, auch daran ist gedacht.

Die Experten aus Burkina Faso sind meistens nicht nur in der Lage festzustellen, dass die Leute nicht aus Burkina

Faso stammen, sondern sie sind meistens sogar in der Lage zu sagen, woher sie vermutlich stammen. Dann gehen wir mit der Ausländerbehörde in die jeweiligen Konsulate und lassen uns positive Atteste ausstellen beziehungsweise Papiere und dann werden sie abgeschoben. Das heißt, von 2200 Dealern werden wir 600 Dealer ganz unkompliziert los durch eine ausländerrechtliche Maßnahme. Das ist Politik.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Daran erkennen Sie deutlich, meine Damen und Herren von der Opposition, dass wir im Gegensatz zu Ihnen jede Möglichkeit ausschöpfen, um dieses Problem zu lösen, das Sie jahrelang gepflegt haben.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Ich darf an dieser Stelle bemerken, dass Ihre Justizsenatorin Peschel-Gutzeit vor sechs, sieben Monaten in einer Talkshow gesagt hat, sie sehe keinen Sinn darin, kleine und mittlere Dealer überhaupt zu verfolgen, denn irgendwie müssen die Drogensüchtigen ja versorgt werden. Das ist Ihre Politik gewesen und das hat einen Sog bewirkt. Hamburg ist durch diese Politik zum Drogenmekka in ganz Europa geworden.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Es gibt noch eine zweite Facette und die heißt Altersgutachten. Die Rechtsprechung der Hamburger Jugendrichter hat sich bis Afrika herumgesprochen. Deswegen machen sich die Leute jünger, als sie sind. Leute mit grauem Bartansatz bezeichnen sich als fünfzehnjährig. Wir haben innerhalb der Ausländerbehörde Maßnahmen getroffen, dass hier eine Altersfiktivsetzung möglich ist. Das heißt, wenn jemand behauptet, er sei 15 Jahre alt, aber nach Augenschein 25 Jahre alt ist, dann, meine Damen und Herren, wird er fiktiv auf 18 Jahre festgesetzt.

(Michael Neumann SPD: Das ist ja ganz was Neues!)

Auf die Art und Weise kann man das Problem einer Lösung zuführen. Sie haben dann die Möglichkeit, selbst ein so genanntes Altersgutachten zu beantragen. Das wird nicht seit Jahren so gemacht, sondern seit Jahren fahren Sie den Karren in den Dreck, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Das nur zu unserer Konzeption, von der Sie gesagt haben, sie sei nicht da. Das ist das beste Drogenbekämpfungs-konzept, was es in dieser Stadt jemals gegeben hat.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – Manfred Mahr GAL: Ich dachte, das stellen Sie vor!)

– Herr Mahr, wenn Sie das nicht verstanden haben, dann können wir das Gespräch gerne noch einmal unter vier Augen führen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Dass Sie beratungsresistent sind, wissen wir. Aber dass Sie begriffsstutzig sind, das wussten wir bisher nicht, Herr Mahr.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

(Zweiter Bürgermeister Ronald Barnabas Schill)

A Dann haben wir Geld bereitgestellt, um fünf Millionen Überstunden abzugelten. Zusätzlich ist es der Hamburger Polizei, die von Ihnen so gebeutelt, demoralisiert und kaputtgespart worden ist, ein inneres Bedürfnis, vernünftig gekleidet zu werden, damit sie nicht nur als Freund und Helfer, sondern als Respektsperson wahrgenommen wird.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Das hat keine Priorität und wir werden dafür auch keine Steuermittel in diesem Jahr verwenden.

(Krista Sager GAL: Sie haben doch von nichts anderem geredet!)

Aber wir sind auf einem guten Weg, an die Spendenbereitschaft der Hamburger Bevölkerung und Unternehmen in der Weise zu appellieren, dass es möglich sein wird, diese Uniform privat zu finanzieren, und zwar ohne, wie Sie polemisch immer gerne sagen, dass anschließend Beiersdorf oder Nivea auf dem Revers steht.

(Wolfgang Franz SPD: Kriegen die keine Spendengültigkeit?)

– Über den Hamburger Polizeiverein.

Meine Damen und Herren! Wir haben die Hamburger Polizeikommission aufgelöst. Das war wichtig für die Motivation der Polizeibeamten.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Das war wichtig für die tüchtigen Polizeibeamten, die gezielt demoralisiert worden sind.

B Last, not least haben wir auch noch einer Ungleichbehandlung im sportlichen Bereich entgegengewirkt, nämlich dem Phänomen, dass im HSV-Stadion der Vollbierausschank verboten war, während der im St.-Pauli-Stadion erlaubt war, meine Damen und Herren.

(Lachen und Beifall bei der SPD)

Wir sind eine Koalition der Gerechtigkeit und der Gleichbehandlung.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – Christian Maaß GAL: Ist das die 100-Tage-Bilanz?)

– Ja, das gehört auch dazu.

Meine Damen und Herren! Meine bescheidenen Worte bei der Darstellung dieser Weichenstellung mögen Ihnen vielleicht Anlass geben, in Zukunft mehr auf Sachargumentation

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

als auf vordergründige Polemik, selbst in die Welt gesetzte Gerüchte, Klatsch und Tratsch Wert zu legen, denn das, meine Damen und Herren, ist nämlich das Einzige, was Ihnen einfällt. An Ihrer Stelle würde mir aber auch nichts anderes einfallen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Sie haben Ihre Unfähigkeit lange genug in dieser Stadt unter Beweis gestellt zum Leidwesen der Hamburger

(Michael Neumann SPD: Jetzt beweisen Sie sie!)

und jetzt fällt Ihnen nichts Weiteres ein, als mit Dreck zu schmeißen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – Anja Hajduk GAL: Sie brauchen dafür nur 100 Tage!)

C

Vizepräsident Berndt Röder: Bevor ich dem Abgeordneten Grund das Wort gebe, weise ich darauf hin, dass die Redezeit des Senators 350 Prozent der Redezeit eines Abgeordneten betrug. Ich komme darauf zurück, dass die Abgeordneten maximal fünf Minuten Redezeit in der Aktuellen Stunde haben.

Uwe Grund SPD: Meine Damen und Herren! Eigentlich habe ich erwartet, dass wir über 100 Tage des Senats reden und dass Herr von Beust für den Senat etwas zu den Leistungen dieses Senats sagt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich stelle fest, dass Herr Schill diese Aufgabe inzwischen übernommen hat. Das ist bemerkenswert. Wir sind aber flexibel und gehen darauf gerne ein.

(Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Da sehen Sie ja, dass er doch arbeitet!)

Meine Damen und Herren! Dieser Senat hat sich darüber beklagt, dass die Opposition viel zu hart rangehe. Es sei nicht möglich, in 100 Tagen eine Regierungsbilanz zu ziehen. Das ist auch völlig korrekt. Man kann keine Regierungsbilanz ziehen, sondern man kann nachfragen, wie sich dieser Senat aufgestellt hat, welche inhaltlichen Konzepte er hat, wie er in der Bevölkerung und in der Öffentlichkeit dieser Stadt ankommt. Also ein Blitzlicht und über das reden wir jetzt.

(Zurufe von der SPD und der GAL: Gut!)

D

Es ist uns gesagt worden, wir seien nicht fähig und auch nicht anständig beraten, wenn wir von gebrochenen Wahlversprechen reden würden. Ich sage zu Herrn Schill: Was ist aus Ihren Wahlversprechen geworden, mittels 100 Tagen die Kriminalität in dieser Stadt zu halbieren? – Nichts davon ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Was, Herr Schill, ist aus Ihrem Wahlversprechen geworden, binnen kürzester Frist zusätzlich 2000 Vollzugsbeamte in dieser Stadt einzustellen? Gekommen sind bisher 250 Zivilangestellte und 20 Polizeitouristen aus Bayern. Das ist für mich und uns in der Opposition ein gebrochenes Wahlversprechen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dieser Senator, meine Damen und Herren, erklärt öffentlich, dass er seinen Leibwächter, den er duzt und der sich selbst als seinen Freund bezeichnet, nicht kennen will. Unbekannt soll ihm danach auch sein, dass sein Bodyguard mehrfach vorbestraft ist. Die Leibwächter sind in der heißen Wahlkampfphase mehrfach durch rüdes Verhalten aufgefallen. Einer von diesen Herren hatte auf seiner Hand „hate“ tätowiert, das englische Wort für Hass, ein Symbol, das wir gut aus der Szene der gewaltbereiten rechtsradikalen Schlägertruppen kennen.

(Ekkehard Rumpf FDP: Nee, die schreiben das in deutsch! – Norbert Fröhlauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Zur Sachel!)

Das alles ist Herrn Schill nicht aufgefallen. Diese Herren, hören wir, sollen ehrenamtlich tätig gewesen sein. Wo waren eigentlich die Mitglieder dieser Schutztruppe des

(Uwe Grund SPD)

- A Wahlkämpfers Schill beschäftigt und wer hat sie bezahlt? War das Engagement der Bewachungsfirma etwa eine Spende an die Partei und sind dafür Quittungen ausgestellt worden? Wir sehen hier erheblichen Aufklärungsbedarf, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Herr Schill, Sie werden alle diese Fragen beantworten müssen. Es fällt auf, dass Herr Schill sich bei so gefährlichen Veranstaltungen, wie der Personalversammlung oder dem Tanzfest der Polizeigewerkschaft, von Personenschützern begleiten lässt. Besucht er jedoch in Abend- und Nachtstunden privat die einschlägigen Etablissements, geht er ungeschützt und das vor dem Hintergrund, dass er sich subjektiv bedroht fühlt.

Meine Damen und Herren! Welchen Schwerpunkt der Innensenator Hamburgs bei der Bekämpfung von Drogenkriminalität setzt, interessiert nicht nur die Politik und dieses Parlament, sondern die ganze Stadt. Wir nehmen mit Erstaunen zur Kenntnis, Herr Schill, dass Sie in mehreren Interviews bestätigt haben, dass Sie der Meinung sind, die Verfolgung von Drogenkonsum und Drogenhandel in der Schickeriakneipenszene habe für Sie keine Priorität. Das ist zum einen ein wirklich bemerkenswerter Vorgang, vor allem vor dem Hintergrund, dass bekannt ist, dass Sie sich dort gerne bewegen und gute Freunde und Bekannte haben,

(Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Das hat Herr Scholz gesagt! Woher wissen Sie das? Waren Sie dabei?)

zum anderen die Hintermänner aus dem Drogengeschäft identisch mit jenen des Straßenhandels sind.

- B Herr Schill, ich will eindeutig bemerken, das, was Sie zum Thema Burkina Faso gesagt haben, ist ein Mediengag. Genau das hat die ganze Zeit so stattgefunden. Es ist überhaupt nichts Neues.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das Thema Altersfeststellung ist Regelpraxis in der hamburgischen Politik der vergangenen Jahre gewesen.

(Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Sie haben doch jedes Mal Koalitionskrach riskiert mit der GAL!)

Sie verkaufen dies als entsprechende Medienmeldung. Es wird nicht lange dauern, meine Damen und Herren, dann wird Herr Schill uns mitteilen, dass er den Michel gebaut hat.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Freytag.

Dr. Michael Freytag CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gemäß Artikel 23 a der hamburgischen Verfassung soll die Opposition die politische Alternative zur Regierungsmehrheit sein. Davon sind SPD und GAL Lichtjahre entfernt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Wissen Sie, was Sie sind? – Sie sind ein besonders abschreckendes Beispiel für eine frustrierte Opposition ohne jede Substanz, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP) C

Wo sind Ihre Alternativen? Wo sind Ihre Vorschläge? Wo sind Ihre neuen Ideen?

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Jeden Tag auf der Tagesordnung!)

Fehlanzeige auf der ganzen Linie. Mager sagen Sie zu uns, mager sage ich zu Ihnen. Statt konkreter Vorschläge: Intrigen, Verdächtigungen ohne Beweise, Tiefschläge unter die Gürtellinie. Das ist Ihre Politik, aber nicht unsere Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Sie schaden sich mit dieser Taktik und Sie schaden unserer Stadt. Das Erste ist nicht schlimm, das Zweite ist schlimm.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Meine Damen und Herren! Auf eines können Sie sich verlassen: Wir werden uns von Ihnen nicht auseinander dividieren lassen.

(Michael Neumann SPD: Das schaffen Sie selbst!)

Wir stehen zu diesem Senat. Wir stehen zu jedem Senatsmitglied und dafür haben wir sehr gute Gründe.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Während Sie sich als Opposition von Ihrer verfassungsgemäßen Aufgabe verabschieden, hat dieser Senat seine Arbeit begonnen, und zwar mit Erfolg. Das finden nicht nur wir, das finden auch die Bürger dieser Stadt.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

51 Prozent haben diesen Senat am 23. September 2001 gewählt. 51 Prozent stehen nach den neuesten Umfragen immer noch voll und ganz hinter diesem Senat. Das ist eine Erfolgsgeschichte, von der Sie meilenweit entfernt sind, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

62 Prozent bescheinigen Bürgermeister Ole von Beust, dass er gute Arbeit gemacht hat.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Wenn der Bürgermeister also gute Arbeit macht, was haben Sie denn als Opposition geleistet?

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Das Desaster geht für Sie weiter. Gestern bei „Schalthoff live“ mit allen Parteivorsitzenden. TED-Umfrage: 61,4 Prozent stützen diesen Senat. Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Werner Dobritz SPD: Da haben nur 350 Leute teilgenommen!)

Der Erfolg dieses Senats hat auch Gründe. Der hat Nägel mit Köpfen gemacht. Die Erfolgsbilanz der ersten 100 Tage, meine Damen und Herren, ist ein eindrucksvolles Dokument politischer Handlungsfähigkeit. Es gibt viele

(Dr. Michael Freytag CDU)

A konkrete Beispiele. Senator Schill hat im Bereich der Polizei die Erfolgsbilanz eindrucksvoll dargelegt. Wir haben 15 zusätzliche Stellen bei der Terrorismusbekämpfung. 6,5 Millionen Euro haben wir in die Justiz gesteckt, um dort den Personalkahlschlag der rotgrünen Vorgängerregierung zu beseitigen. Es gibt 15 neue Staatsanwälte, 192 zusätzliche Haftplätze für den geschlossenen Vollzug, 180 neue Lehrer, drei neue Ganztagschulen in diesem Jahr, Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Krista Sager GAL: So ein Quatsch!)

50 Millionen Euro Sonderinvestitionsprogramm für die Sanierung von Schulen, Hochschulen, Hafeninfrastruktur und kulturellen Einrichtungen. Das haben wir innerhalb von 100 Tagen zustande gebracht. Das haben Sie in vier Jahren nicht geschafft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Dieser Senat und diese Koalitionsfraktionen haben in kürzester Zeit die richtigen Weichenstellungen für diese Stadt gestellt.

(Michael Neumann SPD: Auf Pump!)

SPD und GAL sind Auslaufmodelle der Vergangenheit. Dieser Senat ist ein Zukunftsmodell, ein Erfolgsmodell und wir setzen mit voller Kraft auf Erfolg.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

B **Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt der Abgeordnete Nockemann.

Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Uwe Grund SPD: Jetzt kommt der Büroleiter!)

– Das ist eine altbekannte Frage, Sie langweilen mich damit.

„So mancher Abgeordnete glaubt offenbar, die Bürgerschaft ist die Fortsetzung des Biertisches auf der parlamentarischen Bühne.“

– Zitat der Kollegin Sager aus der vergangenen Woche in der Tageszeitung „Die Welt“. Frau Kollegin Sager, ich darf Ihnen sagen, an keinem zünftigen Stammtisch werden Sie ein derartiges Maß an Verleumdungen und Niedertracht erleben, wie ich das zeitweise während der letzten, aber auch während der heutigen Sitzung erlebt habe.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Aber das können Sie gar nicht wissen, denn Sie verachten ja Stammtische, weil dort der normale Bürger ungeschminkt das sagt, was er über die abgehobene Geisteshaltung Ihrer politischen Mitstreiter denkt.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und vereinzelt bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 23. September ging ein spürbarer Ruck der Erleichterung durch unsere Stadt, ein Ruck bei den Bürgern, denn die Politik weltferner, grünalternativer Bevormundungskonzepte wurde durch eine strikt bürgerorientierte Politik abgelöst,

(Manfred Mahr GAL: Rücksichtslose Politik!)

C ein Ruck sogar bei manchen hochrangigen Behördenmitarbeitern mit SPD-Parteibuch, die sich nun von der Kuratel sicherheitspolitisch irrlichtender Minderheiten endlich erlöst sahen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und vereinzelt bei der CDU)

Heute, nach nur drei Monaten erkennen wir, dass der Zug tatsächlich auf den richtigen Gleisen unterwegs ist. Mag sein, dass es hier und da kleine Holprigkeiten gibt.

(Krista Sager GAL: Sie gehören dazu!)

– Ich bin selbstkritisch, Frau Sager. Das ist sicherlich nicht immer ein angenehmer Zustand, aber Ihre Art, ständig gewiss zu sein, die möchte ich auch nicht haben. Ich bin nicht im Besitz absoluter Wahrheiten.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Mag sein, dass es kleine Holprigkeiten gegeben hat, jedenfalls stimmt die Richtung und wir donnern nicht mehr mit Vollgas auf den Abgrund.

Während der letzten drei Monate hat sich in dieser Stadt vieles zum Positiven geändert. Ein zügig und wohltuend einvernehmlich formuliertes Koalitionsprogramm ist bereits in wesentlichen Ansätzen umgesetzt worden. Die Polizeikommission, das Giftgewächs aus Ihrem grünen Irrgarten, ist abgeschafft worden.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der CDU)

D Wenn Sie tatsächlich fragen sollten, was sich im Bereich des Ausländerwesens verändert hat, dann kann ich Ihnen das sagen. Die Ausländerbehörde muss heute nicht mehr stundenlang irgendwelche Koalitionsvereinbarungen zwischen GAL und SPD wälzen, um zu wissen, was sie tun und lassen darf, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Frau Sager, auch die Abschiebung mittels Postkarte gibt es heute nicht mehr.

(Zuruf von Krista Sager GAL)

– Wenn es nach Ihnen ginge, dann hätte jeder Mitarbeiter in der Ausländerbehörde einmal wöchentlich an einem multikulturellen Straßenfest teilnehmen müssen. Ich weiß das alles, ich kenne das.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Wir haben noch mehr geleistet. Behörden wurden innerhalb kürzester Zeit neu zugeschnitten. Der Moloch BAGS, sozusagen der in der Rechtsform einer Behörde organisierte linke Flügel Ihrer Partei, ist entflektet worden. Ich weiß, dass nicht jeder über diese Entwicklung glücklich ist. Das akzeptiere ich auch und ebenso die Tatsache, dass die Opposition versucht, unsere sichtbaren Erfolge klein zu reden. Das ist nachzuvollziehen.

Aber was nun in dieser Stadt passiert, ist in der Geschichte unserer Stadt wohl einmalig. Nachdem all die von Ihnen dunklen Auguren vor der Wahl an die Wand gemalten Horrorszenarien des Ausverkaufs von Rechtsstaatlichkeit nicht eingetreten

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

und eben nicht die düsteren Wolken staatlicher Repressionen über Hamburg hereingebrochen sind, wie uns das die Heerscharen der weltläufig politisch ambitionierten

(Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

A Künstler vor der Wahl einreden wollten, und Sie die konsequente Politik nicht angreifen konnten, inszenieren Sie nun ein neues Meisterstück politischer Infamie. Klatsch und Tratsch über Senatoren werden plötzlich salonfähig, werden instrumentalisiert für politische Auseinandersetzung. Die SPD greift böswillige Gerüchte über die Arbeitszeit und das so genannte Partyleben eines Senators auf. Da kann in Berlin ruhig einmal ein SPD-Bürgermeister nächtelang durchtanzen, aus einem Damenschuh Sekt trinken und die SPD in Berlin tanzt und lacht dazu. Ganz anders in Hamburg, aber hier herrscht auch eine andere Farbenlehre.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Zweiter Akt dieser Groteske. Es erscheint der unbestechliche Vorkämpfer für politische Tugend und Anstand auf der Bühne, Herr Kollege Mahr. Er trägt die Kunde vom Senator ohne Stempelkarte in die Bürgerschaft, nicht ohne den Hinweis auf vom Senator besuchte Partys zu geben, auf denen angeblich illegale Drogen konsumiert werden sollen. So destilliert er aus substanzlosen Medienberichten, Halbwahrheiten, Verleumdungen und Unterstellungen sein giftiges und ätzendes Gebräu

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der CDU)

mit dem einzigen Ziel, dem Bürger einzuflüstern, der in seiner Sacharbeit unangreifbare Innensenator sei in Wirklichkeit eine Mogelpackung, ein Kokain schnupfender Partylöwe und habe kein Konzept für die Arbeit.

(Glocke)

Schlimmer geht es nimmer.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

B

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Sie müssen zum Schluss kommen.

Dirk Nockemann (fortfahrend): Ich komme zum Ende. Dann noch ein möglicherweise vorbestrafter Leibwächter. Wahrscheinlich finden Sie demnächst noch ein paar ordinaire Hühnerdiebe und Eierklauer, die unsere Wahlpartys besucht haben.

(Glocke)

Wir lassen uns nicht auseinander dividieren. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Müller-Sönksen.

Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Kollegen von der Grün-Alternativen Liste. Vielen Dank für die Blumen. Sie haben uns bei der Aktuellen Stunde nicht erwähnt.

(Krista Sager GAL: Doch! Ich habe von der liberalen Nullnummer gesprochen!)

– Ja, danke schön, aber in der Überschrift. Wir sind davon ausgegangen, dass Sie auch Überschriften machen. Die Liberalen nehmen in aller Bescheidenheit Ihr Kompliment daher sehr gerne an. Blaugelb ist rücksichtsvoll, charmant und organisiert.

(Beifall bei der FDP)

Da kann ich kaum widersprechen. Wo Sie Recht haben, haben Sie Recht.

Aber auch, wenn wir in Ihre Kritik nicht ausdrücklich aufgenommen worden sind, erkläre ich hier eindeutig und unmissverständlich: Wir stehen zu dieser Bürgerkoalition, zum Ersten und zum Zweiten Bürgermeister und zu dem Rest sowieso.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Liebe Kollegen von der SPD! Wann hören Sie endlich auf, uns immer wieder mit haltlosen Angriffen auf den Innensenator Ronald Schill zu nötigen, den Innensenator zu verteidigen.

(Christian Maaß GAL: Ist Ihnen das lästig?)

Vorlaute Verfassungsrichter und fragwürdige Protokolle sind die letzten traurigen Beispiele eines für die Sozialdemokratie unwürdigen Drehbuches mit dem Titel „Wie schaffe ich einen Märtyrer?“

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

100 Tage neuer Senat bedeuten auch 100 Tage neue Opposition. Für uns Liberale bedeutet das 120 Tage zurück im Parlament und seit 100 Tagen voll in der Verantwortung. Unsere Bilanz ziehe ich nicht ohne Stolz, aber auch nicht mit Hochmut, denn vieles haben wir noch vor. Nachdem 120 Tage dieser Legislaturperiode um sind, bleiben noch circa 1300 Tage übrig. Diese Zeit wird für uns Liberale in Anlehnung an Willy Brandt unter dem Motto stehen: „Mehr Freiheit wagen“. Eigentlich habe ich bei Ihnen etwas mehr Zustimmung erwartet, aber das macht jetzt nichts.

Der Wechsel aus der außerparlamentarischen Opposition, nicht nur ins Parlament, sondern auch in die Regierungsverantwortung, bedeutet einen enormen Kraftaufwand. Aber dank der Unterstützung durch den Wähler kamen wir in die Bürgerschaft und in die Koalition. Für die Liberalen ist seit 100 Tagen Rudolf Lange unser Senator. Zusammen mit ihm haben wir Strukturen geschaffen, die unsere Politik umsetzt. Als Beispiele seien das Abitur nach zwölf Jahren, die dritte Schulsportstunde und – jetzt können Sie genau zuhören – die Neueinstellung von 100 Lehrern plus 80 Lehrern genannt.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Dabei sind wir allerdings nicht so platt und sagen versprochen und gehalten. Bei dieser Formulierung habe ich immer noch Oskar Lafontaine im Ohr, der etwas versprach und dann sofort verschwand. Das ist nicht unser Vorbild. Nein, der Bürger weiß, was wir vorhaben, und er sieht genau, wie hart wir dafür arbeiten, zusammen mit unseren Koalitionspartnern.

Im Übrigen behalten wir uns vor, auch über die im Wahlprogramm oder im Koalitionsvertrag formulierten Ziele hinauszugehen.

Aber wenn wir noch etwas besser machen, als wir eigentlich wollten, dann werden Sie uns sicher auch an dieser Stelle wieder Wahlbetrug vorwerfen.

(Dr. Mathias Petersen SPD: Das haben wir nie getan! – Anja Hajduk GAL: Nein, wir sind ganz konstruktiv!)

Wir nehmen bei unserer Arbeit oft maritime Anleihen, damit fahren wir gerade in Hamburg immer sehr gut. Wenn

C

D

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP)

- A Sie Hamburg einmal als Schiff begreifen, gibt es eine neue Crew auf der Brücke.

(Krista Sager GAL: Spielen Sie Schiffe versenken?)

Allerdings, und das macht der neuen Crew die Arbeit manchmal ziemlich schwer, funk die alte Mannschaft völ- lig hemmungslos ihre Orders in den Maschinenraum.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Interessantes Bild!)

Und da sind Sie auch schon bei dem, was heute auch 100 Tage alt ist, nämlich unsere Opposition. Zu dem, was Sie als Pannen während der ersten 100 Tage darstellen, kann ich nur sagen:

(Manfred Mahr GAL: Ist alles ausgedacht!)

Wenn ich einen neuen Motor anwerfe – aber vielleicht liegt bei Ihnen nicht so viel Industrie- oder Werfterfahrung vor –, qualmt der am Anfang zunächst einmal immer.

(Michael Neumann SPD: Wir haben einen Kataly- sator!)

Im Übrigen müsste die Opposition eigentlich dankbar sein für die kleinen Startprobleme, denn sonst hätten Sie sich mit uns inhaltlich auseinandersetzen müssen und das ist Ihnen nicht gelungen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Ich komme zum Schluss. Wenn die Kollegen von der SPD Defizite meinen feststellen zu können, kann ich sie nur trösten, und zwar mit einem Wahlkampfplakat ihrer eige- nen Partei.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Haben Sie nichts Eige- nes?)

B Da war Bürgermeister a. D. Ortwin Runde neben allerlei hochtechnischem Gerät abgebildet; meine Assoziation: Gegensätze ziehen sich an. Der Slogan auf dem Plakat stimmt jedenfalls und hat mit 100 Tagen überhaupt nichts zu tun: „Gute Politik wirkt langfristig.“ – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Ab- geordnete Mahr.

(Oh- und Ah-Rufe bei der CDU, der Partei Rechts- staatlicher Offensive und der FDP)

Manfred Mahr GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Heute hat sich gezeigt, wie die wahren Machtver- hältnisse und Abhängigkeiten in dieser Stadt sind. Herr von Beust traut sich nicht, seine eigene Bilanz vorzustellen.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Lachen bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

99 Tage nach dem Regierungswechsel hat der neue Senat seine Bilanz vorgestellt und sonnt sich im Wahn eines erfolgreichen Regierungswechsels. Es ist in der Tat eine Leistung, noch vor Ablauf der 100-Tage-Frist gleich zwei Senatoren hart am Rücktritt entlang balancieren zu sehen. Damit haben die Bürgermeister von Beust und Schill wirk- lich eine einmalige Leistung vollbracht.

Ich möchte mich auf die Sicherheitspolitik konzentrieren, weil Herr Schill ja über nichts anderes geredet hat.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Davon verstehen Sie doch auch nichts!)

C

Niemand hier im Hause würde etwas dagegen haben, wenn Hamburg mehr Polizeibeamte beschäftigen könnte. Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsfrak- tionen, stützen aber eine Politik, die die neuen Stellen bei der Polizei auf Kosten der Armen und sozial Schwachen die- ser Stadt finanziert.

(Beifall bei der GAL – Ah-Rufe bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Das ist unanständig. Die rotgrüne Regierung hatte seiner- zeit durch entsprechende Prioritätensetzung Polizei und Justiz weniger mit Sparvorgaben belastet als die anderen Ressorts. Wir haben dabei aber keinen Kahlschlag im Bereich der sozialen Leistungen vorangetrieben, wie es der neue Senat zurzeit macht, aber es soll ja ein Paradigmen- wechsel stattfinden. Was hier zählt, ist Quantität statt Qua- lität. Da kein Geld für Masseneinstellungen von gut aus- gebildeten Polizisten vorhanden ist, soll dies durch billigere Angestellte im Polizeidienst wettgemacht werden, die nach einem Crash-Kurs von 48 Tagen ohne Prüfung auf die Menschheit losgelassen werden sollen. Sie sollen dann die Polizei im Alltagsgeschäft entlasten. Und private Wach- dienste – so zumindest die Absichtserklärung des Senats – sollen mit hoheitlichen Aufgaben betraut werden. Außer- dem denkt Innensenator Schill ernsthaft darüber nach, die Polizeiausbildung noch weiter zu kürzen und an einer inter- nen Fachhochschule im eigenen Saft schmoren zu lassen.

(Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offen- sive: Praxisnah!)

D

Mit anderen Worten: Die Qualität, die man lieber nicht ge- nauer kontrollieren lassen will, geht den Bach runter. Und als Konsequenz, meine Damen und Herren von den Re- gierungsfraktionen, schaffen Sie die Polizeikommission ab. Das hat schon eine innere Logik.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Ja, richtig!)

Es könnten ja berechtigte Beschwerden eingehen; Sie blei- ben sich da wirklich treu.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Dafür gibt es das Parlament!)

Die Schwäche seiner Sicherheitspolitik versucht dieser Senat schließlich dadurch zu kaschieren, dass er weitere Symbole mit Unterhaltungswert platziert. Dazu gehören die blauen Uniformen genauso wie die Abenteuerurlaube bayerischer Polizisten in Hamburg, die eine beispiellose Steuerverschwendungen darstellen.

Die HSV-Fans dürfen wieder Bier trinken, na prima, und wo ist da, bitte schön, der Sicherheitsgewinn?

Ein besonders zynisches Beispiel dafür, wie man sich als Senator selbst demonstrieren kann, ist ein Fototermin, bei dem Herr Kusch als Trophäe den letzten Spritzenautomaten der Haftanstalten demontiert. Das ist nicht nur arm- selig, das ist menschenverachtend.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Bravo-Rufe bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Meine Damen und Herren! Wenn Sie nicht so vollmundig Versprechungen gemacht hätten, hätte Ihnen niemand vorgeworfen, dass Sie nach 100 Tagen nicht gleich alles umgesetzt haben, was Sie angekündigt haben. Beim Zwei- ten Bürgermeister kommt aber noch eine zweite Note hinzu. Er hat sich durch sein eigenes Verhalten in atembe-

(Manfred Mahr GAL)

- A raubender Schnelligkeit öffentlich so demontiert, dass einem schon die Spucke wegbleibt. Herr Schill war bereits durch die November-Debatte vorgewarnt, dass sein auschweifendes Partyleben nur begrenzt seine Privatsache sein kann.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Dafür haben Sie ja gesorgt!)

Wie formulierte doch kürzlich Uwe Bahnsen in der „Welt“ so treffend.

„Ein solcher Politiker kommt nicht um die Notwendigkeit herum, sein Privatleben so zu organisieren, dass seine amtliche und politische Integrität als Dienstherr, in diesem Fall aller hamburgischen Polizeibeamten und Verfassungsschützer, nicht beschädigt wird. ... Unerlässlich ist dafür zum Beispiel ein persönlicher Umgang, der keine zweifelnden Fragen weckt.“

Das spricht für sich.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Hinzu kommen Wahrnehmungsprobleme. Würde man eine Umfrage innerhalb der Polizei durchführen, meint Herr Schill, er erhielt 98 Prozent Zustimmung,

(Elke Thomas CDU: Jawohl! – Burkhardt Müller-Sönksen FDP: 2 Prozent bleiben für Mahr!)

so wie einst Honecker. Herr Schill, die Polizei in Hamburg ist Gott sei Dank noch nicht gleichgeschaltet. Rückmeldungen von Kolleginnen und Kollegen, die nicht unbedingt meiner politischen Richtung angehören, zeigen aber zunehmend Enttäuschung. Aber Sie können vielleicht einmal eine repräsentative Befragung in der Polizei durchführen und klären lassen,

- B (Frank-Thorsten Schira und Karl-Heinz Warnholz, beide CDU: Ja, über Herrn Mahr zum Beispiel!)

wie die Beamten zu Ihrer Politik stehen. Sie werden wahrscheinlich zu dem gleichen Ergebnis kommen wie Ihr Kollege aus Sachsen, Herr Mäder. Der bezeichnete Ihre Arbeitsmoral schlicht als Verantwortungslosigkeit. Dem ist nichts hinzuzufügen. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Präsident des Senats, Herr von Beust.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Krista Sager GAL: Dann ist die Reihenfolge ja schon mal geklärt!)

Erster Bürgermeister Ole von Beust: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Sager, es ist ein bisschen kindisch, über die Reihenfolge zu argumentieren, denn nach den ungeheuren persönlichen diffamierenden Angriffen – persönlichen, nicht politischen – gegen den Innensenator muss dieser als erster auch die Gelegenheit haben, dies hier richtig zu stellen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Michael Neumann SPD: Das hätte er man machen sollen!)

Das ist keine Frage der Rangordnung, das ist eine Frage der Würde und des Anstands, Frau Sager, das müssen Sie bitte auch akzeptieren.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Michael Neumann SPD: Aber er hat es ja nicht gemacht!)

C Vielleicht wäre es nach den Debatten der letzten vierzehn Tage ganz gut, einmal darüber nachzudenken und festzustellen, dass Demokratie zwar vom Disput lebt, dass Demokratie vom Konflikt lebt, dass Demokratie von harten Debatten lebt, das Ansehen der Demokratie aber auch davon lebt, wie der Stil in diesen Debatten geführt wird.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der FDP und vereinzelt bei der GAL – Uwe Grund SPD: Das haben wir gerade bei Herrn Schill erlebt!)

Es müsste doch bei der Tradition des hamburgischen Parlaments, der hanseatischen Tradition, möglich sein, sich darauf zu einigen und zu sagen, inhaltlich alle Härte und Deutlichkeit, aber bei Denunziationen und Kolportage ohne Wahrheitsbeweise ist die Grenze überschritten. Das sollten wir gemeinsam nicht wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Ich warne dringend davor – nicht im eigenen Interesse, auch nicht im Interesse einer einzelnen Person, von Parteien –, Klatsch, Tratsch und Kolportage zum Gegenstand der politischen Auseinandersetzung zu instrumentalisieren. Sie öffnen damit eine Schleuse, deren Opfer der Flut Sie selber werden, das propheze ich Ihnen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Ich will Ihnen sagen, warum. Wir kennen uns zum Teil hier viele Jahre und ich bin sicher, dass die große Mehrheit der hier Anwesenden übelste, gemeinste Geschichten denunziatorischen Charakters kennt.

D (Krista Sager GAL: Sie haben auch genug verbreitet, Herr von Beust!)

Und wenn es dazu führt, dass diese Gerüchte politisch instrumentalisiert werden, indem ein Abgeordneter hier ohne Wahrheitsbeweis Gerüchte einfließen lässt, die Zeitungen sich dadurch genötigt sehen, darüber zu berichten nach dem Motto: „Wir haben es ja nicht gebracht, wir müssen über das Parlament berichten“,

(Anja Hajduk GAL: Die Zeitungen haben vorher berichtet! – Krista Sager GAL: Drehen Sie es doch nicht um, Sie wissen doch, wie es gewesen ist!)

sich dann ein Verfassungsrichter zu Wort meldet und ohne Wahrheitsbeweis ganz besorgt – natürlich in einem öffentlichen Brief – mahnend die Stimme erhebt, dann die Presse wieder ohne Wahrheitsbeweis über Gerüchte berichtet,

(Krista Sager GAL: Das ist die Presseschuld!)

man sei ja so besorgt, und dabei immer und immer wieder das Gerücht ohne Wahrheitsbeweis nennt, ist das eine denunziatorische Art, die auf Dauer nicht gut gehen wird.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Das gilt auch für andere Fälle. Wenn ein gefälschter Vermerk in der Behörde auftaucht, in dem mit gefälschter Handschrift eine Notiz untergebracht wird, die den Senator verleumden soll, man sich nicht einig darüber ist, das abzulehnen, sondern etwas besorgt eventuell mit einem Untersuchungsausschuss kommt, und nicht ein Wort des Bedauerns darüber kommt, wenn es eine Fälschung ist,

(Krista Sager GAL: Aber inhaltlich hat er es doch bestätigt!)

(Erster Bürgermeister Ole von Beust)

A sondern man den Vorwurf subkutan aufrechterhält, dann ist das nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Ich finde es als ehrabschneidend, wenn einem Staatsrat, der früher Anwalt gewesen ist, zum Vorwurf gemacht wird, dass er sagt, um Interessenkollisionen zu vermeiden, möchte er diese Fälle, in denen sein Büro oder er selber anwaltlich tätig gewesen sind und die dann in der Behörde eine Rolle spielen, nicht vorgelegt bekommen, sondern seinem Stellvertreter geben, dann verhält der Mann sich eindeutig richtig. Wenn er es anders machen würde, wäre es ein Fehler.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Michael Neumann SPD: Das hat er nicht gesagt!)

Vor diesem Hintergrund zu sagen, man müsse eventuell einen Untersuchungsausschuss einrichten aufgrund der Tatsache, dass dieser Mann Kontakte zur organisierten Kriminalität hat, ist infam.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Möller?

(Der Redner gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Zwischenfrage von Antje Möller GAL:* Sie haben gesagt, dass es ehrabschneidend ist. Ich würde gerne wissen, wie es um die Handlungsfähigkeit des Staatsrats an diesem Punkt bestellt ist.

Erster Bürgermeister Ole von Beust (fortfahrend): Aber, verehrte Frau Kollegin, der Mann ist doch völlig handlungsfähig. Vermutlich nehmen diese Fälle 0,01 Prozent seiner gesamten Tätigkeit ein. Das heißt, für 99,99 Prozent ist er handlungsfähig, er ist dadurch doch nicht eingeschränkt.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Zu Ende gedacht hieße das: Sie werden nie jemanden, der beruflich außerhalb der Politik oder des öffentlichen Dienstes erfolgreich gewesen ist, noch dazu gewinnen, ein Staatsamt innezuhaben.

(Krista Sager GAL: Das ist doch Quatsch, Herr von Beust!)

Wir wollen doch solche Leute haben und sie nicht diffamieren.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Darum erlaube ich mir, aus einer Rede des Abgeordneten Schmidt zu zitieren, die unter großem Beifall der Grünen und der Sozialdemokraten am Ende der letzten Legislaturperiode im Mai gehalten wurde, in der der Abgeordnete Schmidt aus Luthers Kleinem Katechismus zitiert hat. Da heißt es:

„Wir sollen Gott fürchten und lieben, dass wir unseren Nächsten nicht belügen, verraten, verleumden oder falschen Leumund machen, sondern ihn entschuldigen, Gutes von ihm reden und alles zum Besten kehren.“

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP und vereinzelt bei der SPD und der GAL) C

Da haben Sie geklatscht. Ich fordere Sie dringend auf, in der Sache und auch in der Frage der sachlichen Amtsführung hart zu sein; das ist völlig in Ordnung.

(Krista Sager GAL: Das waren wir heute, aber Sie haben ja nicht gesprochen!)

Wir wollen den Disput, den Konflikt, wir scheuen ihn nicht. Aber subkutan persönliche Unterstellungen zu instrumentalisieren, weil man in der Sache nichts zu bieten hat, ist zu wenig.

(Langanhaltender Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Duden.

Barbara Duden SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wollte eigentlich eine Rede halten, die auch auf andere Senatoren dieser Koalition hinweist. Aber die Rede zu Mettbach und zu den Pollern habe ich weggelegt, denn die Debatte lässt doch einige Fragen offen.

Ich will beim Bürgermeister anfangen. Herr von Beust hat gesagt, dieses Haus habe sich bislang dadurch ausgezeichnet, dass stilvolle Debatten gehalten wurden. Die Rede von Herrn Schill, Herr von Beust, die Sie zum Teil ja auch gehört haben, hatte doch Bausteine, die jeder Rede eines Biertrischdemagogen zur Ehre gereichen würden.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Natürlich sind die Debatten in diesem Haus rauer geworden.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Inhaltlich!)

Ich gehöre auch zu denjenigen, die das bedauern, nur muss man auch einmal an das alte Sprichwort denken:

„Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus.“

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Herr Freytag hat gesagt, die Koalition ließe sich nicht auseinander dividieren.

(Dr. Michael Freytag CDU: Bestimmt nicht!)

Das hören wir gerne, uns fehlt allein der Glaube daran.

(Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Das werden Sie schon erleben!)

Denn das mit dem Auseinanderdividieren, Herr Freytag, ist so eine Sache. Sie erinnern sich an die eben durchgeführte Wahl; das Zusammenhalten müssen Sie üben. Frau Horáková kann sich nach dem Vorlauf der Wahl durch die Koalition eigentlich bei Ihnen bedanken: Erst nach fast 100 Tagen gefunden, der Haushalt für sie schon beschlossen und nun noch dieses Wahlergebnis. Vier Abgeordnete der SPD konnten aus persönlichen und beruflichen Gründen nicht an der Wahl teilnehmen; das erzielte Ergebnis spricht für sich. Die Kolumnen in Hamburger Tageszeitungen „Wir suchen einen Kulturenator“ werden nur um Haarsbreite morgen nicht weitergeführt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Eine Frage in diesem Zusammenhang – Herr von Beust hat von Ehrabschneidung geredet – muss man sich doch stellen, weil insbesondere Herr Schill so getan hat, als hätten

(Barbara Duden SPD)

- A die Leute in der Ausländerbehörde immer so vor sich hin gearbeitet.

(Rolf Gerhard Rutter Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Eben nicht!)

Die Frage, die ich hier beantwortet haben möchte, lautet: Arbeiten die Mitarbeiter der Ausländerbehörde eigentlich seit 100 Tagen nicht mehr nach dem Gesetz, sondern nach der Koalitionsvereinbarung?

(Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Das haben sie damals bei Ihnen gemacht! – Heino Vahldieck CDU: Das war früher!)

Das müssten Sie einmal erklären.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich habe auch eine Bitte an die FDP, es soll sie geben. Wir haben gestern im Fernsehen bei Herrn Schalthoff Herrn Soltau gehört und das hat mich sehr überrascht.

(Krista Sager GAL: Das war sehr interessant!)

Er hat gesagt, in den Personalfragen, die immer diesen Geruch haben, ob jemand in der Bürgerschaft sitzen und gleichzeitig einem Senator bei der Bewältigung seiner täglichen Arbeit helfen darf, hätte er sich anders entschieden; das habe ich sehr wohl gehört. Nur eins muss man deutlich machen: Liberal im Fernsehen bei Herrn Schalthoff reden ist etwas anderes, als hier liberal zu handeln.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Diese Diskrepanz bringt Ihnen zurzeit in dieser Stadt 4 Prozent der Wählerstimmen ein.

(Dr. Michael Freytag CDU: 5!)

- B – 5, okay, ich würde auch bei 5 Prozent immer ganz schön vorsichtig sein.

Aber ich möchte noch einen Punkt zu Herrn Nockemann sagen. Er hat gesagt, die GAL möge keine Stammtische. Ich kann für die SPD sagen: Stammtische sind okay, das ist ganz eindeutig.

(Krista Sager GAL: Ich gehe auch gerne ein Bier trinken!)

Nur müssen Sie nicht unbedingt im Wollenberg stehen, sondern Schill kann doch seine erweiterten Bürgersprechstunden durchaus in Wilhelmsburg machen, in Steinshoop und in Jenfeld.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Dann aber nicht schimpfen, wenn er dahin geht!)

Die Sicherheitslage wird es erlauben und dort sitzen seine Wähler. Das habe ich noch nicht vernommen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die Entzauberung dieser Politik schreitet unaufhaltsam voran. Wir haben heute von Herrn Güllner gehört, dass Sie, bevor wir die Diskussionen hatten, in denen es um Personen ging, schon ein Viertel Ihrer Wählerschaft verloren haben. Heute schätzt Herr Güllner von „Forsa“ Sie bei 10 Prozent.

(Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Immerhin!)

– Über die Bemerkung „immerhin“ können wir beide gerne noch einmal reden.

Aber wir sollten bei der Abrechnung 100 Tage auch daran denken, dass diese 100 Tage nicht nur von den Senatoren

dieser Stadt gestaltet wurden, sondern auch von uns Abgeordneten.

(Dr. Michael Freytag CDU: Aber nicht von allen!)

– Nicht von allen ist genau das richtige Stichwort.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Da kann ich mich nur nachträglich bei Ihnen bedanken.

Ich persönlich habe eine Erfahrung gemacht, die auch viele in meiner Fraktion teilen. Es ist doch schlachtweg langweilig, fünf Stunden im Haushaltssausschuss zu sitzen und nicht eine einzige Frage zu stellen.

(Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: War das bei Ihnen anders?)

Wo ist denn hier die Kontrolle dieses Parlaments?

(Beifall bei der SPD und der GAL – Karl-Heinz Ehlers CDU: Sie wissen genau, worüber Sie reden!)

Die Redebeiträge, die wir eben gehört haben, insbesondere in der Reihenfolge erst der Zweite Bürgermeister, dann der Erste Bürgermeister, sprechen für sich. – Danke.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Frühauf.

Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu den Versprechungen, die hier immer wieder aufgeführt werden und nicht gehalten wurden, fällt mir als erstes das größte Versprechen der SPD ein: „Wir machen weiter.“

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Zweitens versprachen Sie das Baden in der Alster und in der Elbe. Sie richteten sich dabei direkt an die Senioren dieser Stadt und hätten sich nach 100 Tagen fragen lassen müssen, warum das denn noch nicht der Fall ist.

(Zurufe von der SPD: Zu kalt! – Christian Maaß GAL: Dafür gehen Sie doch baden für uns!)

Sie hätten das in 100 Tagen nicht hinbekommen und, was viel schlimmer ist, Sie haben es in den 44 Jahren davor auch nicht hinbekommen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Sie glauben tatsächlich, irgendetwas, das es an großen Vorhaben in dieser Stadt gibt, ließe sich in 100 Tagen machen. Niemand in dieser Stadt ist so dumm, wie Sie glauben, meine Damen und Herren von der SPD, dass er nicht weiß, dass die Dinge, die Sie an die Wand gefahren haben, ein paar Tage länger brauchen als 100 Tage.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Dieser Senat hat in 100 Tagen bereits richtungweisende Entscheidungen getroffen, sodass wir davon ausgehen können, mittelfristig und nicht nur langfristig zu besseren Ergebnissen zu kommen, als Sie sie hinterlassen haben.

Wir lassen uns auch nicht auseinander dividieren, aber was hier passiert, ist nicht dividieren, sondern zersetzen. Sie versuchen eine Zersetzungstaktik, wie man sie im Stasi-Handbuch lesen kann.

(Michael Neumann SPD: So etwas haben Sie? – Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

(Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

A Dort bekommt man folgende Anleitung. Da heißt es nämlich: Zunächst Gerüchte streuen, dann von einer vermeintlich neutralen und von der Stellung her integren Person aufwerten lassen und dann Aufklärung der eigenen Vorwürfe als Staatsbürger fordern mit viel Pathos in der Stimme.

(*Britta Ernst SPD*: Was lesen Sie denn für Bücher?)

Genau das tun Sie hier und genau das verurteilen wir aufs Schärfste.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Dies schlägt mir persönlich auf den Magen und ich hoffe, dass das nicht der Stil in diesem Hause werden wird. Ich bin andererseits nicht traurig, wenn Herr Scholz oder Sie, Herr Grund, bewacht von Frau Ernst als Sprachrohr des Herrn Scholz, diesen Stil weiterfahren würden.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der CDU)

Denn wenn Sie diesen Stil weiterfahren, ist eines zumindest sicher: Sie werden nicht mehr gewählt.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der CDU)

Und wenn Sie es sich in der Opposition gemütlich gemacht haben und an der Sache nicht interessiert sind, dann soll es uns nicht stören.

Was Herrn Wellinghausen angeht, muss ich als Anwalt sagen, ist es ein starkes Stück, was Sie hier fabrizieren.

(*Wolf-Dieter Scheurell SPD*: Sie müssen sich an Ihren eigenen Maßstäben messen lassen!)

B Noch nicht einmal Herr Wellinghausen selbst, sondern ein Kanzleisozius hat hier einmal Straftäter vertreten. Wollen Sie jetzt ernsthaft sagen, dass auch Herr Innenminister Schily, der sogar Terroristen vertreten hat, nicht in der Lage ist, seine Amtsgeschäfte zu führen?

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Das wäre die logische Konsequenz und nichts anderes.

Presseberichten zufolge soll auch in der Kanzlei des Herrn Bundeskanzlers Gerhard Schröder seinerzeit ein Sozius

(*Heino Vahldieck CDU*: Der hat Horst Mahler verteidigt!)

Straftäter verteidigt haben. Soll Herr Schröder, weil er einmal Mitglied einer solchen Kanzlei war, seine Amtsgeschäfte nicht mehr unbefangen führen? Was Sie hier reden, ist einfach nur noch zum Lachen. In der Karnevalszeit kann ich das noch hinnehmen; aber mein Rat, dies weiter zu tun, ist für uns ja nur gut.

Die Trendsetter Grund und Scholz in der neuen Politik der SPD sind die Trendsetter des schlechten Stils,

(*Krista Sager GAL*: Das müssen Sie gerade sagen, Herr Frühauf!)

und den machen wir nicht mit.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Sie können von uns nicht erwarten, dass wir auf Ihrem Niveau zurückschlagen werden. Wir orientieren uns an der Sachpolitik und wir werden unsere Politik unabirrt fortset-

zen. Da können Sie schreien, da können Sie Angstbeißerei betreiben,

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Nein, wir sind ganz furchtlos!)

da können Sie frustriert sein – Herr Scholz hat ja gesagt, er sei frustriert. Soll er diese Angstbeißerei anfallartig weiter betreiben, uns kann es nur nützen. Wir werden unsere erfolgreiche Politik bereits nach 100 Tagen unabirrt forsetzen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Rumpf.

Ekkehard Rumpf FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte eingangs auf eine Bemerkung der SPD eingehen, die mich noch mehr geärgert hat, als ich mich heute sowieso schon geärgert habe, und zwar haben Sie sich darüber beklagt, dass die Partei Rechtsstaatlicher Offensive in Wilhelmsburg sehr gute Ergebnisse eingefahren hat.

(*Michael Neumann SPD*: Nein, haben wir nicht!)

Das Witzige daran ist, dass Sie sich darüber wundern, nachdem Sie nach der großen Flut die gesunden Strukturen in diesem Stadtteil kaputtgemacht und den Stadtteil danach im Stich gelassen haben. Da wundert es Sie noch, dass Sie nicht mehr gewählt werden; das ist schon sehr bemerkenswert.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – *Michael Neumann SPD*: Da waren Sie noch gar nicht geboren!)

Die Opposition hat scheinbar ein Problem, nämlich inhaltlich wenig an diesen 100 Tagen aussetzen zu können. Deswegen beschränken Sie sich auf persönliche Dinge, die politisch mehr als hautgout sind.

Wir wollen einmal auf diese 100 Tage zurückkommen. Über Innere Sicherheit und Bildung ist hier schon gesprochen worden.

(*Krista Sager GAL*: Von Ihnen habe ich zur Bildung noch nichts gehört!)

– Sie haben von Bildung noch nichts gehört. Hören Sie nicht zu, wenn wir hier debattieren?

(*Krista Sager GAL*: Nicht nur ich!)

Ich möchte deswegen auf den dritten Schwerpunkt, den Bereich Verkehr, eingehen: Flächendeckende Einführung des grünen Pfeils, Abbau überflüssiger Verkehrsschilder.

(*Uwe Grund SPD*: Wo denn?)

– Warten Sie es doch ab. Sie müssen ja nicht da sein nach 100 Tagen, sie müssen nur auf den Weg gebracht sein und das sind sie.

(*Michael Neumann SPD*: Virtuell!)

Verbesserung des Verkehrsflusses, der auch den Fußgängern zugute kommt, Frau Sager, Sofortprogramm zur Grundinstandsetzung der Straßen, die Sie genauso vernachlässigt haben wie den Stadtteil Wilhelmsburg, und damit die Vermeidung weiterer Kosten, Entwicklung alternativer ÖPNV-Konzepte – auch das wird kommen – sowie letztendlich die Verbesserung der Sicherheit auf Hamburgs

C

D

(Ekkehard Rumpf FDP)

- A Straßen. Sie haben, Frau Sager, in Ihrem Eingangsstatement erwähnt, dass die Sicherheit auf den Straßen durch die neue Regierung vernachlässigt würde.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Das stimmt doch!)

Das ist absolut nicht richtig, Sie hören nicht zu, wenn der Innensenator Ihnen etwas erzählt. Wir konzentrieren unsere Verkehrsüberwachung da, wo sie verkehrspolitisch sinnvoll ist, wo Unfallschwerpunkte sind,

(*Christian Maaß GAL*: Sie wollen Tempo 60 einführen, Herr Rumpf!)

und bereiten damit dem Raubrittertum, das vorher hier geherrscht hat, ein Ende; so sieht es nämlich aus.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Ich fasse mich relativ kurz. Alles in allem müssten Sie nach 100 Tagen anerkennen, dass wir trotz des desolaten Haushalts, den Sie uns hinterlassen haben, tatsächlich einen Politikwechsel auf den Weg gebracht haben. Sie kritisieren, dass nicht alles umgesetzt sei. Ich bin neu, verzeihen Sie mir, aber nach meinem Verständnis sind wir für eine ganze Legislaturperiode gewählt, die vier Jahre dauert und nicht 100 Tage.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Messen Sie uns nach vier Jahren daran, was an diesem Koalitionsvertrag erfüllt worden ist und was nicht, aber diese vier Jahre werden Sie noch abwarten müssen. Und wenn Sie sich als Opposition nicht ein wenig verbessern, dann werden das noch wesentlich mehr als vier Jahre. – Danke schön.

- B (Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Maier.

Dr. Willfried Maier GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister, Sie sind erkennbar in einer schwierigen Lage.

(*Elke Thomas CDU*: Nein!)

Wenn Sie Ihren Auftritt anlässlich der 100 Tage dazu verwenden, vor Klatsch und Kolportage zu warnen und sozusagen das öffentliche Echo des Innensenators zu dämpfen und nicht zu Ihrer Politik als Bürgermeister zu sprechen, ist das kein gutes Zeichen.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Wolfgang Franz SPD*: Das stimmt!)

Das aber nur vorweg. Ich finde viel beunruhigender, was der Innensenator hier gesagt hat. Ich möchte deutlich machen, welchen Widerspruch er in seiner Politik aufreißt, wenn er sagt, dass bei ihm von planlos keine Rede sei. Er hat gesagt, dass die Drogenszene in Hamburg rücksichtslos über die gesamte Stadt hinweg zerschlagen werden solle.

(*Dr. Michael Freytag CDU*: Rotgrün ist das Problem!
– *Wolfhard Ploog CDU*: Was haben Sie dagegen?)

– Lassen Sie mich doch einmal mein Argument entfalten.

Gleichzeitig sagt derselbe Innensenator aber auch, es sei zu überlegen, ob man nicht Zonen verminderter Aufmerk-

samkeit schaffen müsse, in denen sich Drogenszene in gewissem Umfang abspielen; die Idee mit dem Hafen kam ja von ihm. Woran sollen wir uns denn jetzt halten?

(*Karl-Heinz Warnholz CDU*: An uns. Sie haben es doch versäumt!)

– Herr Warnholz, Sie haben ein lebhaftes Temperament, was ich in Ihrem Alter bewundere.

(Beifall bei der GAL, der SPD und der FDP)

Als der Innensenator noch Wahlkampf betrieb, versprach er, dass die Kriminalität in 100 Tagen halbiert sei. Heute, wo er nicht mehr Wahlkampf macht, sondern nach den ersten 100 Tagen nach Luft hechelt, sagt er, er zerschlägt die Drogenszene. Was macht er aber tatsächlich? Zerschlägt er, legt er still oder schafft er Zonen verminderter Aufmerksamkeit?

Ich komme zu einem weiteren Thema. In der letzten Sitzung vor zwei Wochen hat Herr Wellinghausen anlässlich des Rücktritts von Herrn Müller aus seinem Amt hier gesagt, dass politische Gründe dabei keine Rolle spielen. Heute hat der Innensenator hier seinen Triumph kaum verhehlen können, dass es ihm gelungen ist, den Mann loszuwerden, und gesagt,

(*Uwe Grund SPD*: Er hat gesagt, er sei illoyal gewesen!)

der Mann sei illoyal gewesen. Das ist also ein direkter öffentlicher Widerspruch in diesem Hause.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Dass der Senat mit ziemlich großen Luftnummern arbeitet, wird für mich als ehemaligen Stadtentwicklungssenator an der Ansage „zwei Millionen Menschen in Hamburg“ ziemlich deutlich. Wir haben ziemlich gegen die Abwanderung ins Umland gekämpft und Sie tun das mit Recht auch weiter; das ist völlig okay. Aber, wenn es uns gelingt, darüber die Bevölkerung zu stabilisieren, wäre das schon sehr gut. Denn wir haben in Deutschland bekanntlich eine demografische Entwicklung, wonach in den nächsten 50 Jahren etwa 15 Millionen Menschen weniger in Deutschland leben werden.

(*Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive*: Sie haben die Familien kaputtgemacht!)

Sie wollen nicht, dass es eine Zuwanderung gibt. Mit Familien können Sie das so schnell gar nicht mehr ausgleichen, weil es so viele Frauen, die die Kinder gebären müssten, gar nicht mehr gibt.

(Zuruf von *Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive*)

– Ich spreche jetzt über Ihre Erklärung, dass Sie demnächst zwei Millionen Menschen mehr hier haben wollen. Ich frage mich, woher Sie die denn kriegen wollen. Wollen Sie eine Politik der Mutterkreuze einführen oder was wollen Sie machen? Zuwanderung darf es ja nicht sein.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Mich wundert übrigens ein wenig – das muss ich bei dieser Gelegenheit einmal sagen –, dass eine solche Politik der Ankündigungen in der öffentlichen Meinung nicht auch mal ein bisschen hinterfragt wird. Genauso wenig ist die Politik von Herrn Freytag hinterfragt worden, der gesagt hat: Wir verkaufen das gesamte öffentliche Vermögen, daraus tilgen wir die Schulden und dann geht es uns glänzend und wir werden einen wunderbaren Haushalt führen. Wir

(Dr. Willfried Maier GAL)

A haben immer gesagt, dass das eine Milchmädchenrechnung ist.

(Dr. Michael Freytag CDU: Warten Sie doch mal ab!)

Jetzt sagt der Finanzsenator, dass diese Milchmädchenrechnung auch nicht vollzogen wird. Herr Freytag sagt aber, dass Sie mit Ihrer Politik schon immer richtig gelegen hätten.

(Dr. Michael Freytag CDU: Weil wir keine Differenzen haben. Sie haben das Problem nicht verstanden!)

Der jetzige Finanzsenator folgt viel mehr dem, was wir begonnen haben, als dem, was Sie immer empfohlen haben.

(Beifall bei der GAL und SPD)

Wenn ich über die großen Projekte in der Zeitung lese, in die der Bürgermeister nun einsteigt, dann begrüße ich das. Von der HafenCity über Olympia und was sonst noch, es sind alles Projekte, die wir auf die Beine gestellt und begonnen haben. Wenn sie weiterkommen, ist das gut, und wir werden das auch unterstützen.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Dr. Michael Freytag CDU: Olympia-Maier!)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Neumann.

(Dr. Michael Freytag CDU: Was noch einmal gesagt werden muss!)

Michael Neumann SPD: Richtig, Herr Freytag! Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal auf das eingehen, was der Erste Bürgermeister hier gesagt hat, und insbesondere auf die Aufgabenteilung zwischen den beiden Herren.

Zuerst kommt Herr Schill mit einem Dampfhammer-Auftritt und hinterher der Bürgermeister mit einem Weichspüler, indem er sagt: Im Grunde genommen müssen wir uns alle lieb haben; wir sollten doch die Harmoniesoße darüber schütten und uns alle nicht so sehr angreifen.

(Norbert Fröhlauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Sie sind doch dabei!)

Ich will deutlich machen und auch zu dem, was der Bürgermeister hier angedeutet hat, sagen, dass sich die Sozialdemokraten in Hamburg nicht an dieser Diffamierungskampagne, wie Sie sie bezeichnen, beteiligt haben. Wir stellen Fragen, die notwendig sind. Wir stellen Fragen, die in der Öffentlichkeit debattiert werden. Das hat die CDU in der Vergangenheit, wenn Sie es denn mitbekommen hat, auch getan. Das ist unsere Aufgabe als Opposition.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Dr. Michael Freytag CDU: Wer hat denn den Untersuchungsausschuss gefordert? Das waren Sie doch!)

Uns vor diesem Hintergrund vorzuwerfen, dass wir unsere Oppositionsaufgabe wahrnehmen, halte ich nicht für anständig, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Hinzu kommt, dass ich eine entsprechende Sondersitzung des Innenausschusses beantragt habe, um diese Gerüchte, die seit geraumer Zeit durch die Stadt wabern, endlich auszuräumen und Klarheit zu schaffen, weil sie Hamburg schaden. Und wie ist darauf die Reaktion? Herr Fröhlauf sagt: Das wollen wir nicht.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Sie sind ein Pharisäer!)

C

Dazu kann ich nur sagen: Eigentor. Diese Gerüchte werden weiter durch die Stadt wabern und wir werden sie nicht entkräften können. Wir müssen sie aber um Hamburgs Willen entkräften.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Norbert Fröhlauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Sie sagen die Unwahrheit!)

Deshalb lautet meine Forderung, dass wir die Probleme und Gerüchte, die es dort gibt, endlich aufklären müssen. Der Senat schadet sich selbst und auch unserer Stadt,

(Norbert Fröhlauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Sie streuen die Gerüchte!)

wenn er auf die Fragen, die in der Öffentlichkeit gestellt werden, keine klaren Antworten gibt.

Herr Schill hat auf den Anwurf hinsichtlich des privaten Kokainmissbrauchs oder -genusses klar geantwortet, er habe keine Drogen genommen.

(Dr. Michael Freytag CDU: Sehr hilfreicher Beitrag! und weitere Zurufe von der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Dazu zitiere ich Olaf Scholz:

„Wenn der Innensenator so etwas sagt, dann stimmt das auch, dann haben wir keinen Grund, daran zu zweifeln. Aber diese klare Ansage war notwendig.“

Das gilt auch für die anderen Vorwürfe,

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Das ist eine Beweislastumkehr!)

sei es die Frage der Bodyguards oder auch die Stellung von Herrn Wellinghausen. Ich hoffe, dass wir es hinbekommen, die Probleme im Innenausschuss anzusprechen, klare Antworten erhalten werden

(Dr. Michael Freytag CDU: Sie sollten sich mal umkehren!)

und die Themen vom Tisch bekommen. Das ist im Interesse des Senats und im Interesse unserer Stadt. Wer sich dem verweigert, schadet Hamburg.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

D

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich zum ersten Thema nicht. Ich rufe dann das zweite Thema auf

Hilfe für Drogensüchtige, Härte gegen Dealer

Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Schinnenburg für maximal 120 Sekunden.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich würde mir zutrauen, in 120 Sekunden etwas Tolles zu sagen, es wäre aber extrem unfair, weil niemand von Ihnen antworten könnte. Deshalb verzichten wir als FDP-Fraktion darauf, etwas zu sagen, worauf Sie nicht antworten können, und bitten um Fortgang in der Tagesordnung. – Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsident Berndt Röder: Dann sind wir am Ende der Aktuellen Stunde angekommen.

(Vizepräsident Berndt Röder)

- A Ich rufe den Tagesordnungspunkt 4 auf, Drucksache 17/257, Wahl eines stellvertretenden Mitglieds für die Kreditkommission.

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds für die Kreditkommission – Drucksache 17/257 –]

Von der SPD-Fraktion ist der Abgeordnete Erhard Pumm vorgeschlagen worden. Der Stimmzettel liegt Ihnen vor. Er enthält je ein Feld für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen nur ein Kreuz machen. Weitere Eintragungen oder Bemerkungen würden zur Ungültigkeit führen. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig. Bitte nehmen Sie nunmehr Ihre Wahlentscheidung vor.

(Glocke)

Ich darf dann die Schriftführerinnen bitten, die Stimmzettel einzusammeln und anschließend auszuzählen.

(Glocke)

Meine Damen und Herren, darf ich fragen, ob alle grünen Stimmzettel abgegeben wurden? – Das ist erkennbar noch nicht der Fall. Ich wäre für Nachholung dankbar. – Aber jetzt. Dann schließe ich die Wahlhandlung. Das Wahlergebnis wird nunmehr ermittelt und ich werde es Ihnen im Laufe der Sitzung bekannt geben.*

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 5 und 16 auf, Drucksachen 17/191 und 17/255, Große Anfrage der GAL-Fraktion zum Thema Eröffnungsbilanz öffentlich geförderte Beschäftigung in Hamburg und Antrag der GAL-Fraktion: Neue Chancen nutzen – Arbeitslosigkeit aktiv bekämpfen.

- B **[Große Anfrage der Fraktion der GAL:
Eröffnungsbilanz öffentlich geförderte Beschäftigung
in Hamburg – Drucksache 17/191 –]**

**[Antrag der Fraktion der GAL:
Neue Chancen nutzen – Arbeitslosigkeit aktiv
bekämpfen – Drucksache 17/255 –]**

Die SPD-Fraktion beantragt, beide Drucksachen an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Porschke bekommt es.

Alexander Porschke GAL:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir Ihre Aufmerksamkeit schenken würden.

Ich möchte zwei Vorbemerkungen machen, die auch ein wenig Bezug auf die Debatte nehmen, die wir eben geführt haben.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren Kollegen, der Abgeordnete hat zwar keinen Anspruch auf Ihre Aufmerksamkeit, aber auf Ihre Ruhe und um die bitte ich Sie.

Alexander Porschke (fortfahrend): Vielen Dank, Herr Präsident. Als erstes möchte ich auf einen Konsens in diesem Hause hinweisen, weil ich glaube, dass das der richtige Zeitpunkt dafür ist. Es gibt wohl einen Konsens in dem Ziel, die Arbeitslosigkeit, soweit es geht, abzubauen.

Um zum Ziel des Abbaus der Arbeitslosigkeit zu kommen, gibt es vielfältige Stellschrauben. Die Wechselwirkungen sind komplex

(Vizepräsident Peter-Paul Müller übernimmt den Vorsitz.)

und deswegen befinden wir uns in einer Diskussion, bei der sich jeder immer auf die Negativeffekte der Stellschrauben der jeweils anderen Seite bezieht. Das haben wir eine Weile erleben können. Daher glaube ich, dass man sich überlegen muss, wie man in einer solchen Diskussion trotzdem zur Rationalität kommen kann. Ich glaube, dass gerade im Bereich des Abbaus der Arbeitslosigkeit ein Weg zur Rationalität möglich ist, indem man sich die Ergebnisse der Politik anguckt.

Deshalb haben wir eine Große Anfrage gestellt, um eine Art Eröffnungsbilanz dessen zu haben, was in den letzten vier Jahren in Hamburg stattgefunden hat und anhand der Ankündigungen, die vielfach gemacht wurden, auch vom Senator für Arbeit und Wirtschaft, anschließend einen Bewertungsmaßstab zugrunde legen zu können, um Erfolg oder Misserfolg beurteilen zu können.

Zunächst muss man einmal feststellen, dass die Lage am Arbeitsmarkt in den letzten vier Jahren in Hamburg, trotz aller Unkenrufe am Anfang der letzten Legislaturperiode, gerade aus Kreisen der Wirtschaft gegenüber Rotgrün, deutlich besser geworden ist: 30 000 zusätzliche Erwerbstätige, also 30 000 Arbeitslose weniger. Wichtig finde ich auch, dass die Zahl der Langzeitarbeitslosen von über 32 000 auf unter 21 000 gesenkt wurde. Und das alles bei Einkommensverhältnissen, bei denen es sich noch gelohnt hat, arbeiten zu gehen. Dabei hat uns die Bundesregierung natürlich unterstützt. Dazu gibt es einen Zahlenvergleich, der mir sehr wichtig ist, der nämlich belegen kann, was aus Ankündigungen entstanden ist.

D

In der Zeit der Regierung Kohl, zwischen 1991 und 1997, hat sich das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen in Deutschland um 5 Prozent gemindert, und zwar von etwas über 59 Milliarden Stunden auf 56 Milliarden Stunden. Seit 1997 bis 2000 – so lange liegen die Zahlen vor – sind die Stunden noch einmal etwa um eine knappe Milliarde gestiegen. Sie liegen also zwar nur um 2 Prozent höher, trotzdem hat sich die Lage deutlich verbessert.

Dass sich die Lage bei den Beschäftigten deutlich verbessert hat, obwohl das Arbeitsvolumen nicht so rasant angestiegen ist, wie es sich viele erhofft hätten, lag daran, dass wir alle Instrumente zur Unterstützung von Teilzeitarbeit gefördert haben. Das war zum einen die von Ihnen oft kritisierte Regelung der 630-DM-Stellen und andererseits das Gesetz zur Verbesserung der Teilzeitmöglichkeit.

Insofern hat sich die Lage zwar deutlich verbessert, aber man muss einräumen, dass die Situation zum Ende der letzten Legislaturperiode in Hamburg nicht so war, dass man die Hände hätte in den Schoß legen können. Wir hatten zu Beginn der letzten Legislatur ein Verhältnis von 17 Arbeitslosen auf eine offene Stelle und am Ende von sieben oder acht. Aus dem Hause von Herrn Uldall ist zu vernehmen, dass man in anderen Städten nur vier oder sogar nur zwei Arbeitslose auf eine offene Stelle hat. Das ist eine Zielzahl, die wir auch erreichen wollen. Deshalb kann man die Hände nicht in den Schoß legen, sondern muss seine Anstrengungen verstärken.

Die ersten Entscheidungen des neuen Senats geben allerdings Anlass für große Sorgen. Dabei haben sich die Rah-

* Ergebnis siehe Seite 283 A.

(Alexander Porschke GAL)

A menbedingungen sogar noch einmal verbessert. Das Job-Aktiv-Gesetz, das auf Bundesebene zum 1. Januar 2002 in Kraft gesetzt worden ist, hat einen wesentlichen Grundgedanken verfolgt, wonach man nämlich für die verschiedenen Arbeitsuchenden maßgeschneiderte Vermittlungskonzepte haben muss. Dazu gehören Instrumente wie das so genannte Profiling, das heißt, dass man sich erst einmal damit beschäftigt, wo die Stärken und Schwächen der jeweiligen Arbeitslosen liegen. Ferner gehört dazu so etwas wie Job-Rotation, wobei Leute zunächst in Arbeitsplätze hinein vermittelt werden, ohne dass es das Unternehmen belastet. Des Weiteren gehört dazu die marktnähere Ausrichtung der Beschäftigungsträger und die Intensivierung der Arbeitsvermittlung.

Dieser Grundgedanke der passgenauen Differenzierung enthält aber auch weiterhin das Instrument der Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen bei so genannten Beschäftigungsträgern. Allerdings gibt es auch da eine Innovation. Es gibt Beschäftigungsträger, die Erträge erwirtschaften können und damit auch einen Teil ihrer Tarife bezahlen, und es gibt andere, die das nicht können. Deswegen hat das neue Job-Aktiv-Gesetz eine Wahlmöglichkeit eingeführt, bei der Beschäftigungsträger beantragen können, ihre ABM-Stellen mit Pauschalzuwendungen finanziert zu bekommen, damit sie auch das, was sie an Erträgen haben, nicht mehr pfenniggenau abrechnen müssen, sondern daraus die Finanzierung ihrer Zielgruppenbeschäftigte leisten können.

Genau diese Wahlmöglichkeit, die das Job-Aktiv-Gesetz geschaffen hat, um nämlich die Differenzierung auf die verschiedenen Beschäftigungsträger zuzulassen, wird in Hamburg nun aber in ganz infamer Weise missbraucht. Die Wahlmöglichkeit wird nämlich nicht eingeräumt, sondern alle werden gezwungen, die Pauschalförderung in Anspruch zu nehmen. Das hat konkret zur Folge, dass all diejenigen, die keine Erträge erwirtschaften können, davon gibt es eine ganze Menge, und zwar unabhängig von der Frage, ob sie hohe Vermittlungsquoten haben oder nicht, gezwungen werden, die Löhne für ihre Zielgruppenbeschäftigte drastisch zu senken.

Dazu nenne ich ein Beispiel: Ein Beschäftigungsträger lässt Altenpflegerinnen mit anderen Altenpflegerinnen mitgehen, womit man natürlich kein Geld verdienen und auch keinen höheren Tarif bekommen kann. Sie haben mit ihren Qualifizierungsmaßnahmen aber anschließend Vermittlungsquoten von über 60 Prozent. Dieser Personenkreis gehört zu denen, die von den neuen Regelungen, die der Senat einführt, in die Armut getrieben werden. Ich bin der Meinung, dass das eine völlig falsche Auslegung des Job-Aktiv-Gesetzes ist. Die Wahlmöglichkeit, die der Bundesgesetzgeber vorgesehen hat, muss unbedingt auch in Hamburg eingeführt werden, um die Passgenauigkeit auf diese Zielgruppen anwenden zu können.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Es gibt aber noch ein Element, an dem man viel deutlicher erkennen kann, dass der Zug in die falsche Richtung fährt. Wir haben in Hamburg allein seit September – heute sind neue Zahlen veröffentlicht worden – einen Anstieg der Arbeitslosen um über 8000, also zwischenzeitlich 77 000 Arbeitslose in der Stadt. Bundesweit sind es schon fast wieder 4,3 Millionen, womit wir schon wieder in der Größenordnung sind, wie sie die Kohl-Regierung hinterlassen hatte. In einer Situation, in der alles danach schreit, die Anstrengungen für aktive Arbeitsmarktpolitik zu erhöhen, senkt der Senat aber trotzdem seine Mittel für aktive

Arbeitsmarktpolitik um über 20 Millionen DM oder 11,5 Millionen Euro. C

Die dramatische Darstellung der Lage, auch durch den Senat, steht danach im völligen Gegensatz zu seinem Handeln. Bei steigender Arbeitslosigkeit die Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dramatisch zu senken, deutet auf ein hohes Maß an Doppelzüngigkeit hin und weist in die völlig falsche Richtung.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Darüber hinaus führt die Absenkung der Löhne bei den Beschäftigungsträgern dazu, dass viele Leistungen, die von diesen Institutionen zurzeit noch erbracht werden, tatsächlich in Frage stehen. Wir haben in den letzten etwa 15 Jahren in Hamburg ein sehr differenziertes Instrumentarium der aktiven Arbeitsmarktpolitik entwickelt. Wenn man sich das einmal anguckt, sieht man, dass es schon jetzt für alle verschiedenen Zielgruppen ein ziemlich passgenaues Angebot gibt, das man aber immer noch genauer machen kann, und es wird auch alles unterstützt, was in diese Richtung geht.

Das hat einerseits den Vorteil gehabt, dass wir für fast alle Arbeitslosen Angebote hatten. Andererseits waren wir in der vorteilhaften Situation, dass keiner der Langzeitarbeitslosen in dieser Stadt Sorge haben musste, überhaupt keine Chance zu haben, sondern immer nur die, bei denen die Vermittlungshemmnisse klein waren, in den Arbeitsmarkt vermittelt zu werden.

Es hat aber noch einen dritten Vorteil gehabt, denn diese Beschäftigungsträger haben viel für den Nutzen in dieser Stadt geleistet: Schulmensen, Obdachlosenspeisung und selbst die Sanierung des Michel und des Stuhlmannbrunnens und – wie ich vorhin hörte – die Gehörlosendolmetscher. Das alles sind Leistungen für das Gemeinwesen, die sonst unbelzahlbar gewesen wären. Diese Leistungen drohen verloren zu gehen, wenn diese Landschaft mit einer so brutalen Maßnahme an die Wand gesteuert wird. D

Darüber hinaus konnte ich den Senatsankündigungen entnehmen, dass auch das Programm, das wir früher „Tariflohn statt Sozialhilfe“ genannt haben, an diese Mini-Löhne angepasst werden soll. Sie machen quasi aus dem Programm „Tariflohn statt Sozialhilfe“ ein Programm „Arbeitszwang für Sozialhilfe“; und das darf nicht sein.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Ein weiteres Instrument, das in dem Job-Aktiv-Gesetz vorgesehen ist, wollen Sie auch nicht für Hamburg flächen-deckend anwenden. Dabei geht es um den so genannten Metropolzuschlag. Wenn man schon mit den kleinen Pauschalen arbeitet, ist dafür im Job-Aktiv-Gesetz speziell ein Modus aufgenommen, der für die regionalen Besonderheiten, bei denen beispielsweise die Lebenshaltungskosten höher sind, die Möglichkeit eines so genannten Metropolenzuschlages von 10 Prozent einräumt. Darüber haben wir nun aus dem Senat unterschiedliche Äußerungen gehört, wer diesen kriegen soll. Frau Schnieber-Jastram hat im Sozialausschuss gesagt: alleinerziehende Mütter mit Kindern. Dort habe ich schon die Frage gestellt, ob nur für diese gilt, dass Hamburg eine Metropole ist; das kann ja wohl nicht sein. Tatsächlich muss doch dieser Zuschlag allen gezahlt werden, die mit den erhöhten Lebenshaltungskosten in Hamburg konfrontiert werden, denn der Modus hat noch einen zweiten Effekt. Die Erhöhung der ABM-Bezahlung um den Metropolzuschlag hat den Charme, dass dann weniger Menschen in die ergänzende

(Alexander Porschke GAL)

- A Sozialhilfe gerechnet werden, die dann wiederum den Landshaushalt belasten. Das muss den Arbeitsamtsdirektor nicht interessieren, aber ich finde, für den Bewegungsspielraum in der Stadt ist es ein maßgebliches Ziel, den Landshaushalt, von dem wir gehört haben, dass er sehr angespannt ist, das wissen wir aus eigener Erfahrung, so weit es geht zu entlasten.

Daher lautet unser Antrag: Setzen Sie sich dafür ein – das können Sie mit Ihren Möglichkeiten im Verwaltungsausschuss des Arbeitsamtes –, dass dieser Metropolzuschlag für die in Hamburg eingesetzten ABM-Stellen gezahlt wird.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

In der Summe macht die Politik, die Sie bisher entworfen haben, auf mich den Eindruck der arbeitsmarktpolitischen Geisterfahrerei. Statt die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, reduzieren Sie die Mittel um 11 Millionen Euro und richten damit ihre Maßnahmen direkt gegen die Arbeitslosen. Statt dem Ansatz des Job-Aktiv-Gesetzes zu folgen, für die verschiedenen Vermittlungshindernisse maßgeschneiderte Lösungen zu schaffen, verschreiben Sie – um im Bild zu bleiben – der kompletten Landschaft der Beschäftigungsgeber, die sich gerade um die besonders schwer zu vermittelnden Personen verdient gemacht hat, eine viel zu kleine Zwangsjacke, die vielen die Luft zum Atmen abdrücken wird. Statt dem Metropolcharakter Hamburgs Rechnung zu tragen, geht bei Ihnen die beabsichtigte Lohnsenkung vor. Ich kann Ihnen deshalb nur zurufen: Anhalten, umkehren und die erfolgreichen Strategien der vergangenen Jahre weitermachen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

- B **Vizepräsident Peter Paul Müller:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Dräger.

Gesine Dräger SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, die Arbeitslosenzahlen von heute Morgen haben uns allen gezeigt, dass wir in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auch nicht einen Moment innehalten und dem Senat – so gerne man es vielleicht seitens des Senats möchte – bei der Vorstellung seiner Konzepte kaum viel Zeit lassen können. Die Entwicklung zeigt auch, dass wir nicht viel Zeit für irgendein Hin und Her haben. Der Hamburger Senat wird sich an den Fragen messen lassen müssen, was er bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit tut und was er erreicht. Das sind die entscheidenden Fragen.

Als Abgeordnete, als Parlament ist es ziemlich schwer, die neue Arbeitsmarktpolitik des Senats zu beurteilen, weil er sie dem Parlament bisher in keiner Weise vorgestellt hat.

(Rolf Kruse CDU: Das war auch nicht seine Aufgabe!)

Es wäre schön, wenn wir nicht darauf angewiesen wären, die Dinge Stück für Stück aus der Presse zu entnehmen, sondern wenn Sie beispielsweise im Rahmen der Haushaltsberatungen deutlicher und konkreter sagen würden, wohin die Reise geht, und nicht nur vage formulieren, wo und wann Sie sparen möchten. Wir brauchen da auch ein gut Teil Transparenz; nicht nur wir als Abgeordnete, sondern auch die Menschen in der Stadt und in den Maßnahmen, die sich schon zunehmend mehr an uns wenden und fragen,

(Rolf Kruse CDU: Das kommt noch alles, seien Sie nicht so nervös!)

was mit ihnen passieren wird und ob wir als Opposition es ihnen sagen könnten, denn ihnen als Träger in dieser Stadt würde es nicht gesagt.

(Beifall bei der SPD)

In der Antwort auf die Große Anfrage legt der Senat einige Zahlen vor und es ist gut, dass er bereit ist, damit die gute Arbeit der vergangenen Jahre anzuerkennen, denn an diesen Zahlen gibt es nicht viel zu deuten. Die Arbeitslosigkeit ist zurückgegangen und die Beschäftigung gestiegen. Es ist gut, dass wir das jetzt einmal festgehalten haben, denn im Haushaltsausschuss hat Senator Uldall schon einmal angekündigt, man werde sich noch einmal genau ansehen, ob denn tatsächlich alles geklappt habe, was in den vergangenen Jahren gemacht worden sei. Nun haben wir es schwarz auf weiß und das ist gut.

Die zweite gute Nachricht – so etwas gibt es auch – ist, dass der Senat eine ganze Reihe von bereits angeschobenen Maßnahmen einfach fortsetzt, zum Teil mit einem neuen Etikett, und vielleicht manchmal auch ausbaut. Der Senat schreibt in der Antwort auf die Große Anfrage etwas von Profilingmaßnahmen und Assessmentcentern. Seit Mai 1988 ist das in Hamburg übliche Praxis. Das Hamburger Arbeitsamt zieht überregional durch alle Länder, Kreise und Städte, um für das zu werben, was man im Rahmen des Mozart-Programms macht, nämlich Assessmentcenter mit auswärtigen Trägern und teilweise auch professionellen Bewerbungscentern und so weiter; das ist also nichts Neues. Es ist übrigens auch etwas, das das Job-Aktiv-Gesetz vorsieht.

Ähnlich ist es mit den individuellen Wiedereingliederungsplänen, die Sie beschreiben. Auch das ist letztlich eine Konsequenz aus dem Job-Aktiv-Gesetz und ist in Hamburg schon vorher gemacht worden. Ich habe hier die schönen Leitlinien der Hamburger Arbeitsmarktpolitik mitgebracht. Wenn Sie da einmal hineinschauen würden, würden Sie sehen, dass viele von den Dingen, die Sie vorgestellt haben und als neue Ideen verkaufen, alles sind, aber nicht neu.

Nicht neu ist auch die Priorität für die Integration in den Ersten Arbeitsmarkt. Aber nicht neu ist auch die Einsicht – und zu der sind Sie inzwischen auch gekommen –, dass das nicht immer für jeden und sofort funktioniert, sondern dass man dafür das braucht, was in Hamburg in langer Arbeit aufgebaut worden ist, eine sehr differenzierte Trägerlandschaft.

Die schlechte Nachricht ist – die gibt es leider auch –, dass der Senat meint, er könne das und noch neue Maßnahmen, wie das Hamburger Modell, mit weniger Geld umsetzen; Herr Porschke hat es schon gesagt, mit 11 Millionen DM weniger. Und das alles – so schreibt der Senat –, ohne die Funktionsfähigkeit der Träger zu gefährden. Herr Senator, dass ist die Quadratur des Kreises, die Sie da vorhaben. Natürlich wird es Träger in dieser Stadt geben, die schon von ihrer Anlage her nichts dazuverdienen können. Viele dieser Träger – das hat Herr Porschke gesagt – nehmen wichtige sozialpolitische Funktionen in den Stadtteilen war. Diese Träger sind gefährdet, auch wenn Sie das Gegenteil behaupten. Einmal am Rande gesagt: Diese Verknüpfung war für uns auch immer ein Grund, Soziales und Arbeitsmarkt in einer Behörde zu vereinen. Wir sehen jetzt, wie richtig das gewesen ist.

Eine andere schlechte Nachricht ist, dass Sie längst nicht alle Möglichkeiten und Vorgaben des Job-Aktiv-Gesetzes in Hamburg ausnutzen. Es gibt beispielsweise die Job-Ro-

C

D

(Gesine Dräger SPD)

A tation. Das machen die Unternehmen nicht von alleine. Dazu braucht es Anregung seitens der Politik, dafür muss geworben und das muss unterstützt werden. Da müssen Sie noch viel mehr tun.

Ein weiterer Aspekt ist die Förderung von Frauen. Frauen sollen bei Arbeitsförderungsmaßnahmen so gefördert werden, wie es ihrem Anteil an den Arbeitslosen entspricht. Ja, dann mal her! Fangen Sie damit an. Das Gegenteil ist der Fall. Frauenspezifische Projekte sind besonders gefährdet und werden in besonderem Maße abgebaut.

Natürlich gehen wir nicht davon aus, dass Sie uns innerhalb kürzester Zeit Patentrezepte vorlegen. Natürlich wissen wir, dass ein solches Bündel an Maßnahmen nicht in fünf Minuten zu evaluieren ist, um dann zu sagen, was gemacht werden soll. Wir wissen, dass Arbeitslosigkeit individuelle Ursachen hat und für jeden Menschen ein individuelles Problem ist.

Sie sind mit dem Hamburger Modell vorgeprescht, Herr Senator, das Herr Arbeitsamtsdirektor Steil vorgelegt hat und das Sie dann sehr schnell übernommen haben. Das kann auch ein Baustein sein.

Leider ist das etwas, was uns nur sehr vage vorliegt. Es wäre schön gewesen, wenn Sie uns das zu den Haushaltsberatungen in Form eines ausführlichen Konzeptes vorgelegt hätten. Es ist im Haushalt bisher nicht konkret berücksichtigt. Wir haben keinen Haushaltstitel, in dem steht, wie viel Geld Sie dafür ausgeben wollen. Das sind alles Dinge, die wir im Haushaltausschuss nur in mühsamer Kleinarbeit von Ihnen erfragen können. Das ist nicht die richtige Umgehensweise mit dem Parlament.

B Es heißt in der Großen Anfrage ganz lapidar, das Modell würde dann durch Einsparung beziehungsweise durch die Absenkung von Plätzen finanziert beziehungsweise durch die Pauschalfinanzierung, also noch weniger Geld für ABM und noch weniger Geld für die bestehenden Strukturen.

Sie haben angedeutet, welche Kriterien Sie in Zukunft für ABM und weitere Arbeitsförderungsmaßnahmen anlegen wollen, beispielsweise im Bereich der Vermittlungsquoten. An diesen Kriterien wird sich auch das Hamburger Modell messen lassen müssen. Wie viele Menschen schaffen den dauerhaften Übergang in den Arbeitsmarkt nach den sechs oder zwölf Monaten, die sie gefördert werden? Werden mit Ihrem neuen Modell wirklich neue Arbeitsplätze geschaffen? Führt die Qualifizierung dazu, dass die Arbeitslosen langfristige Chancen auch auf besser bezahlte Jobs haben? Es kann nicht sein, dass sie sich, wenn nach zwölf Monaten die 500 Euro wegfallen, mit denen sie gefördert werden, am untersten Rande wiederfinden.

Es ist natürlich Ihre Aufgabe als neue Regierung, neue Schwerpunkte zu setzen, auch in der Arbeitsmarktpolitik, aber es ist unsere Sache, das zu kritisieren, wenn das falsch gesetzt wird. Das ist der Fall. Es geht zu Lasten der sozialen Sicherheit in dieser Stadt

(Gunnar Butenschön Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Das meinen Sie!)

und gefährdet das solidarische Zusammenleben. Hören Sie auf, das soziale Klima in der Stadt zu vergiften.

Der neue Senat sollte auch nicht der Versuchung nachgeben, die Arbeitsmarktpolitik seiner Vorgänger schlecht zu reden. In Hamburg ist in den vergangenen Jahren eine ganze Menge geleistet worden. Das war eine gewaltige Kraftanstrengung aller in Hamburg im Bündnis für Arbeit und Beschäftigung Beteiligten: der Unternehmen, der

C Gewerkschaften, der Behörden, der Politik. In Hamburg hat das auch funktioniert. Die Unternehmen haben besonders im Bereich der Schaffung von Ausbildungsplätzen ihre Zusagen eingehalten. Das war ein großer Erfolg für Hamburg. Es ist deswegen umso unverständlicher, dass Ole von Beust dieses Bündnis nicht fortsetzen will, sondern eher auf unverbindliche Gespräche setzt. Angesichts der verschärften arbeitsmarktpolitischen Situation wäre es umso notwendiger, dass gerade im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit etwas passiert. Das Gegenteil ist der Fall. Wir haben in den Haushaltsberatungen beobachtet müssen, dass Herr Senator Lange in seinem Haushalt kurzerhand ein paar Förderungsmaßnahmen für Ausbildungsplätze streicht mit dem Hinweis, das würde eigentlich in den Haushalt von Herrn Uldall gehören und hätte deswegen bei ihm keinen Platz. Das ist natürlich schön, aber dann sollten Sie auch mit Herrn Uldall absprechen, dass er die entsprechenden Mittel in seinem Haushalt wieder aufnimmt.

Wir sind selbstverständlich bereit, mit allen anderen Fraktionen hier und im Ausschuss konstruktiv über die Arbeitsmarktpolitik zu reden und die Ergebnisse hinterher auch gemeinsam zu vertreten. Aber wir werden uns nicht die Erfolge der Vergangenheit klein reden lassen und wir werden auch nicht taten- und sprachlos zusehen, wie bestehende und bewährte Strukturen aus ideologischen Gründen zerstört werden. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Wünscht noch jemand das Wort? – Herr Mehlfeldt, bitte.

D **Jürgen Mehlfeldt CDU:*** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gerade nach den heute veröffentlichten Arbeitsmarktzahlen ist jedem in diesem Saale klar, eine gute Arbeitsmarktpolitik ist entscheidend wichtig und zwingend notwendig. Die beste Arbeitsmarktpolitik ist aber eine vernünftige und mittelstandsfreundliche Wirtschaftspolitik

(Beifall bei der CDU und der FDP)

sowie eine maßvolle Steuerpolitik.

Eine grundlegende Steuerreform würde ungeahnte Kräfte freisetzen und viele neue Arbeitsplätze schaffen und bestehende sichern; denn auch das ist sehr wichtig.

Doch hieran hapert es bei der rotgrünen Bundesregierung. Ihr fehlt leider ein echter Reformwille. Solange hier nicht gehandelt wird, bleiben wir das Schlusslicht in der wirtschaftlichen Entwicklung in der EU.

Ich bin mir aber sicher, dass sich dieses nach der Bundestagswahl im September durch den Wählerwillen ändert, und eine CDU-geführte Regierung unter Bundeskanzler Stoiber wird dann endlich die überfälligen Reformen durchsetzen.

(Beifall bei der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Das Gesetz zur Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente, das Job-Aktiv-Gesetz der Bundesregierung, ist bestimmt im guten Willen entstanden. Doch ein grundlegender Reformwille ist nicht zu erkennen. Schade, dass es der Bundesregierung auch in diesem wichtigen Bereich an Gestaltungswillen mangelt und eine durchgreifende Deregulierung des Arbeitsmarkts unterlassen wurde.

(Jürgen Mehlfeldt CDU)

A Positiv zu bewerten sind aus meiner Sicht die Intensivierung der Vermittlungsaktivitäten unter starker Einschaltung Dritter, die vorgesehenen individuellen Eingliederungsvereinbarungen nach dem Prinzip Fördern und Fordern, die zeitlich befristete Qualifizierungsförderung älterer Arbeitnehmer und die Rotationsmöglichkeiten in den Berufen und Betrieben. Dennoch ist festzustellen, dass das Versicherungsprinzip weiter ausgehöhlt und die Architektur der Arbeitsmarktpolitik noch undurchschaubarer wird.

Außerdem ist zu befürchten, dass der subventionierte Zweite Arbeitsmarkt mit seinen ergänzenden Regelungselementen noch stärker planwirtschaftliche und im schlimmsten Falle planlose oder willkürliche Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen ermöglicht.

Daher möchte ich Ihnen, meine Damen und Herren von der GAL, sagen, ich bin sehr zuversichtlich, dass der neue Senat die Möglichkeiten des Job-Aktiv-Gesetzes nutzen wird, aber nicht allein und nicht um jeden Preis, sondern eine sachgerechte Anwendung eines nicht ganz geglückten und ziemlich mutlosen Gesetzes. Das ist dann auch kein gefährlicher Sonderweg, sondern sehr erforderlich.

Im Übrigen gibt es auch nach Einschätzung des stellvertretenden SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzenden Franz Thönnes keine Entlastung auf dem Arbeitsmarkt. Vor übertriebenen Erwartungen möchte ich daher warnen.

Zum Thema ABM möchte ich heute nur so viel bemerken: Es ist an der Zeit, dass wir uns über neue Wege in der Arbeitsmarktpolitik Gedanken machen. Wir brauchen eine Umschichtung von ABM-Mitteln in moderne Maßnahmen, wie zum Beispiel das kürzlich vorgestellte Hamburger Modell.

B Bereits kurz nach seiner Amtsübernahme präsentierte uns unser Wirtschafts- und Arbeitssenator Gunnar Uldall mit seinem neuen Hamburger Modell ein, wie ich finde, sehr gutes Konzept, durch das 1000 neue Arbeitsplätze im Servicebereich geschaffen werden und viele Arbeitslose wieder in Lohn und Brot kommen können, und zwar im Ersten Arbeitsmarkt.

Sogar die rotgrüne Bundesregierung will im bevorstehenden Wahljahr etwas gegen die Arbeitslosigkeit tun. Nach einer Wirtschaftspolitik der ruhigen Hand kommt jetzt hektischer Tatendrang auf und das sogenannte Mainzer Modell soll ganz schnell bundesweit eingeführt werden.

Ein kurzer Vergleich zwischen den Modellen zeigt, dass ganz unterschiedliche Ansätze verfolgt werden. So geht es beim Mainzer Modell um eine Stimulierung der Nachfrage nach bereits bestehenden Arbeitsplätzen, während es bei dem Konzept von Herrn Uldall um die unbürokratische Schaffung von neuen Arbeitsplätzen geht. Das Mainzer Kombilohn-Modell erscheint mir wie ein Akt der Verzweiflung ohne Aussicht auf zählbare Erfolge.

(Krista Sager GAL: Das Mainzer Modell will doch gar keiner!)

Um nur kurz einige Kritikpunkte anzusprechen: Mir fällt auf, dass es unnötig bürokratisch und umständlich ist. Außerdem fehlt eine klare Zielgruppenorientierung und für sich allein stellt es kein beschäftigungswirksames Gesamtkonzept dar.

Vom Verfahren ist insbesondere die mangelhafte Abstimmung vonseiten der Bundesregierung mit den Bundesländern zu kritisieren. Die ergebnisoffene Diskussion mit den Beteiligten war im Übrigen auch nicht gerade die starke

Seite des abgewählten rotgrünen Senats in Hamburg. Doch jetzt zeigt sich, dass schon nach kurzer Zeit ein anderer Politikstil herrscht.

C

So beabsichtigt die Behörde für Wirtschaft und Arbeit, die Akteure der Hamburger Arbeitsmarktpolitik mit einzubeziehen. Mit der Handwerks- und Handelskammer, dem Unternehmensverband Nord, der Arbeitsgemeinschaft Groß- und Außenhandel, den Gewerkschaften und natürlich dem Arbeitsamt soll geprüft werden, mit welchen Maßnahmen das Kombilohn-Modell der Bundesregierung sinnvoll umgesetzt werden kann und welche Möglichkeiten es gibt, die positiven Elemente mit dem besseren Hamburger Modell umzusetzen. Dieses ist ein wirklich sehr gutes und faires Verfahren, meine Damen und Herren.

Der neue Senat hat ein schweres Erbe übernommen. Aber mit dem Hamburger Modell wurde ein Kombilohn-Modell entwickelt, sodass bereits ab März die ersten Langzeitarbeitslosen in den Ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden können. Daran könnte sich die Bundesregierung ein Beispiel nehmen und genauso eine zupackende und vorwärts gerichtete Politik, wie die des neuen Hamburger Senats, betreiben.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Der vorliegende Antrag der GAL geht aber an den wirklichen Problemen des Arbeitsmarkts vorbei. Wir bitten Sie daher, den Antrag ebenso wie eine Überweisung an den Wirtschaftsausschuss abzulehnen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

D

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat der Abgeordnete Frühauf.

Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst danke ich dem Senat für die ausführliche und detaillierte Beantwortung und die Bereitstellung der Informationen.

(Uwe Grund SPD: Das ist seine Pflicht!)

– Eben. Deshalb erinnere ich jetzt daran, dass sich der alte rotgrüne Senat vor der Wahl am 23. September immer noch verweigerte, Kleine und Große Anfragen zur Hamburger Arbeitsmarktpolitik zu beantworten. Insofern kommt der Zwischenruf ganz gelegen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Die mit den jetzt zur Verfügung gestellten Zahlen geschaffene Transparenz ist eine weitere Errungenschaft dieses neuen Senats, denn schließlich möchten nicht nur wir, sondern auch die Steuerzahler draußen Folgendes wissen: Wie viele Gelder sind in welche arbeitsmarktpolitischen Programme geflossen? Wie groß ist der tatsächliche Erfolg dieser Projekte? Wie hoch ist die Integrationsquote? Wie hoch ist die reale Vermittlungsquote in den Ersten Arbeitsmarkt?

Schaut man sich die Senatsantwort auf die Große Anfrage an, so ist unschwer erkennbar, dass dem abgewählten rotgrünen Senat bisher an der Ermittlung der Integrationsquote Arbeit nicht viel lag.

Wir möchten auch wissen, welche Maßnahmen jahrelang finanziert wurden, ohne nachhaltige Evaluierung durchzuführen. Es mangelt immer noch an differenzierten Angaben

(Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

A zur Struktur der Teilnehmer an arbeitspolitischen Maßnahmen. Der Weg der Teilnehmer während und nach Austritt aus einer Maßnahme wurde nicht aufgezeichnet. Somit konnte auch früher nicht festgestellt werden, ob die Maßnahmen tatsächlich die Zielgruppe beziehungsweise das Ziel – die Integration in den Arbeitsmarkt – erreicht haben.

Es wurden mit den Trägern keine verbindlichen Ziel- und Leistungsvereinbarungen abgeschlossen. Es wurde nicht festgehalten, wie viele Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen tatsächlich hinterher den Weg in den Ersten Arbeitsmarkt geschafft haben. Das Arbeitsamt ermittelte lediglich, wie viele Teilnehmer sich nicht wieder arbeitslos meldeten. Bei Nichtregistrierung indes ging man von einer Vermittlung in die Arbeit aus. Und dies ist falsch. Es existierten daher bisher keine seriösen Vermittlungsstatistiken. Wir hoffen, dass dies nun anders werden kann.

Im Gegensatz zum alten rotgrünen Senat kommt es jetzt durch die zügige und konsequente Umsetzung der angekündigten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen besser zum Ergebnis. Das Hamburger Modell ist hierfür ein gutes Beispiel. Der Senat hat seine Ankündigung wahr gemacht und fünf Wochen als Umsetzungszeit in Aussicht genommen. Er wird dieses einhalten. Ein lobenswertes Ergebnis.

Der rotgrüne Senat brauchte hingegen sieben Monate, um das Projekt Job-Plan umzusetzen. Dabei wurden sieben wertvolle Monate vergeudet und die Zahl der arbeitslosen Hamburgerinnen und Hamburger stieg weiter.

Arbeitslose müssen nicht wie bisher weiter verwaltet, sondern sie müssen passgenau in Arbeit vermittelt werden.

(Beifall bei Alexander Porschke GAL)

B Die Bundesanstalt für Arbeit in Deutschland beschäftigt gegenwärtig 85 000 Personen. Dabei sind, wie Sie wissen, nur 10 Prozent mit der eigentlichen Arbeitsvermittlung beschäftigt. Ein Vermittler betreut bis zu 1000 Arbeitslose. Nach meiner Vorstellung ist dies zu wenig. Mehr Vermittler müssen im Verhältnis zu den Arbeitslosen eingestellt werden, damit die Vermittlung in Arbeit zügig und effizient vorgenommen werden kann.

Das von der Bundesregierung geplante neue Job-Aktiv-Gesetz verspricht, den Anteil der Vermittler auf 13 Prozent zu erhöhen. Ich sage „lediglich 13 Prozent“, denn das ist zu wenig.

In England, der Blick dahin sei erlaubt, sind es 43 Prozent der Mitarbeiter in den Job-Centern, der Arbeitsvermittler oder Berater.

(Uwe Grund SPD: Eine ganz andere Struktur!)

Viele vergessen immer wieder, dass der volkswirtschaftliche Gesamtschaden der Arbeitslosigkeit 150 Milliarden DM pro Jahr beträgt. Das ist teurer als der gesamte Aufbau Ost und eine nicht hinnehmbare Zahl.

Nach Auskunft deutscher Experten kann die Arbeitslosigkeit bei einer effektiven Arbeitsmarktpolitik um 20 Prozent gesenkt werden.

(Uwe Grund SPD: Der alte Senat hat die Arbeitslosigkeit um 30 Prozent reduziert!)

Das Chaos unserer deutschen Arbeitsmarktpolitik muss endlich beendet werden.

Gestern erhielten wir eine weitere Hiobsbotschaft zum Thema Arbeitsmarkt. Nach Angaben des Bundesrechnungshofs wurden Vermittlungsstatistiken schamlos manipuliert. Die tatsächlichen Vermittlungsquoten von fünf

C Arbeitsämtern betragen 22 Prozent und nicht wie fälschlicherweise dargestellt über 70 Prozent.

Was bringen vom Bündnis für Arbeit geschaffene Arbeitsplätze, wenn diese nicht optimal besetzt und vermittelt werden können? Unsere Forderung ist daher, die Arbeitsvermittlung wesentlich effizienter zu gestalten.

(Glocke)

Vizepräsident Peter Paul Müller (unterbrechend): Lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Grund zu?

Norbert Frühauf (fortfahrend): Aber gern.

Zwischenfrage von Uwe Grund SPD: Herr Abgeordneter Frühauf! Ist Ihnen bekannt, dass der letzte Senat in der letzten Legislaturperiode die Arbeitslosigkeit von 100 000 auf unter 70 000 Personen reduziert hat? Das sind über 30 Prozent.

(Dr. Michael Freytag CDU: Die Wirtschaft war das, nicht der Senat!)

Norbert Frühauf (fortfahrend): Ich komme gleich noch zu den Zahlen.

Herr Runde versprach, die Hamburger Arbeitslosigkeit bis zum Ende der letzten Legislaturperiode auf 65 000 bis 60 000 Personen zu senken. Nach meinen Erkenntnissen wurde daraus nichts.

(Uwe Grund SPD: Natürlich!)

Ende September glänzte Hamburg mit einer Arbeitslosenquote, die um das Doppelte oder Dreifache höher war als die anderer deutscher Großstädte. Ich kann das nicht für eine Erfolgsbilanz halten

(Anja Hajduk GAL: Sie setzen sich das noch nicht einmal als Ziel!)

D und kehre daher zurück zu dem, was ich sonst zu sagen habe. Arbeitslose Hamburgerinnen und Hamburger müssen Anreize erhalten, einer geregelten beruflichen Tätigkeit nachzugehen.

Das von unserem Wirtschaftssenator konzipierte Hamburger Kombilohn-Modell enthält für uns wertvolle Ansätze, dieses Ziel endlich zu erreichen. Darüber hinaus müssen verstärkt private Vermittlungsagenturen in den Prozess einbezogen werden.

Amüsant an dem GAL-Antrag ist die Aufforderung des Senats, die bisherige Beschäftigungspolitik hinsichtlich ihrer Ziele und Wirkungen zu evaluieren. Dass die GAL diese Notwendigkeit erst in der Oppositionsrolle entdeckt, halte ich für bedauerlich, aber auch für ein Zeichen ihrer Lernfähigkeit.

Wir wünschen Ihnen viele einsichtige Jahre in der Opposition und wir werden alles dafür tun, den Senat bei seinem Bemühen zu unterstützen, die Arbeitslosigkeit in Hamburg effektiv zu bekämpfen. Insbesondere werden wir ihn nicht nur auf dem Zweiten Arbeitsmarkt dabei unterstützen, sondern auch in der Entwicklung des Ersten Arbeitsmarkts,

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

denn Arbeitslosigkeit ist nicht nur zu verwalten, sondern sie ist dadurch zu beseitigen, dass Arbeitsplätze neu geschaffen werden, und zwar dauerhaft. Dies kann nur durch ein wirtschaftsfreundlicheres Klima geschehen und die

(Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- A endlich durchgeführte Flexibilität in allen Bereichen. Dazu gehören auch entsprechende Lohnabschlüsse, die nicht bei 6,5 Prozent liegen, sondern die allenfalls bei 2,5 Prozent oder darunter angesiedelt sein können, wenn man denn Arbeitsplätze schaffen will. Dies sollten auch die Gewerkschaften berücksichtigen und ihre sture Haltung hinsichtlich der Lohnabschlüsse überdenken, damit auch in Hamburg alle wieder Arbeit bekommen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Meine Damen und Herren! Bevor ich der Abgeordneten Frau Pauly das Wort erteile, komme ich noch einmal zu Punkt 4 der Tagesordnung, zur Wahl eines stellvertretenden Mitglieds für die Kreditkommission.

Auf Vorschlag der SPD wurde Herr Pumm vorgeschlagen. Das Wahlergebnis liegt jetzt vor. Wir haben 108 abgegebene Stimmen. Davon waren 62 Ja-Stimmen, 39 Nein-Stimmen, sechs Enthaltungen und eine Stimme war ungültig.

Herr Pumm, nehmen Sie die Wahl an?

(Erhard Pumm SPD: Ich nehme die Wahl an!)

Herzlichen Glückwunsch auch vom Präsidium.

Dann können wir in der Debatte fortfahren. Frau Pauly hat das Wort.

Rose-Felicitas Pauly FDP: Herr Präsident, meine Damen! Es ist schon ein Stück aus dem Tollhaus, zu behaupten, Beschäftigungsmaßnahmen trügen entscheidend zum Abbau der Arbeitslosigkeit bei, wie Sie das von der GAL-Fraktion und auch von der SPD-Fraktion immer gerne propagieren und auch heute so dargestellt haben.

(Uwe Grund SPD: Natürlich ist das so! – Gunnar Butenschön Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Was ist denn in den letzten Jahren gewesen?)

Beschäftigung im Ersten Arbeitsmarkt ist der Hauptträger der Beschäftigung in Deutschland und der einzige wirklich vernünftige Träger der Beschäftigung in Deutschland.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Diese Beschäftigungsentwicklung ist gekoppelt an die wirtschaftliche Entwicklung, an die Lohnpolitik und an die Flexibilität der arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen. Was die Wirtschaftslage anbetrifft, sind wir dank Berliner Politik inzwischen das europäische Schlusslicht. Da sind die Hoffnungen zu einer Trendwende nicht allzu groß.

Nach Jahren lohnpolitischer Vernunft sind die Gewerkschaften dieses Jahr wild entschlossen, einen großen Schluck aus der Pulle zu nehmen und damit Rationalisierung und Arbeitsplatzabbau weiter voranzutreiben. Hinsichtlich der Rahmenbedingungen für den Arbeitsmarkt kann ich nur sagen, die Bundesregierung hat das Korsett, in dem sich der deutsche Arbeitsmarkt befindet, noch enger geschnürt, als es bereits war. Ich nenne nur ein paar Stichworte: Verschärfung der Mitbestimmung, des Kündigungsschutzes; 630-DM-Job und geringfügige Nebentätigkeiten sind eingeschränkt worden. Stichwort: Schein selbstständigkeit, Stichwort: Teilzeitanspruch.

Grüne Beschäftigungspolitik, wie sie der Geist dieser Großen Anfrage atmet, ist der Versuch des Herumdokterns an Symptomen mit untauglichen Mitteln.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive) C

ABM und alles, was sich drumherum inzwischen als so genannte Beschäftigungsförderungsmaßnahmen angesiedelt hat, werden immer weniger zum Qualifikationsnachweis für Arbeitslose und Arbeitsuchende als vielmehr zu deren Beschäftigungshemmnis.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Die Gefahr der Stigmatisierung wird inzwischen sogar von Insidern zugegeben. ABM und Co., die als Hilfe zum Wiedereinstieg in den Ersten Arbeitsmarkt entwickelt worden sind, gelten der GAL als – und das sagt sie in ihrer Großen Anfrage – existenzsichernde Arbeit, mit der man so schöne Dinge realisieren kann wie zum Beispiel Stadtteil treffs. Schulen dürfen auch renoviert werden. Das Hamburger Handwerk wird sich vielmals bedanken.

Der Zweite Arbeitsmarkt – und das ist die Realität – hat sich inzwischen immer mehr verselbstständigt und von seinem Ursprungziel, der Qualifizierung und vor allem der Integration in den Ersten Arbeitsmarkt, immer weiter entfernt. L'art pour l'art, das ist die Devise. Eine Erfolgskontrolle der geleisteten Vermittlung gibt es faktisch nicht und das gesetzlich vorgeschriebene Lohnabstandsgebot wird mit eigenen Tarifverträgen umgangen. Es ist also höchste Zeit, dass diese Beschäftigungsinstrumente auf den Prüfstand kommen, dass Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den Trägern geschlossen werden. Wir von der FDP können den Senat nur unterstützen in seinem Bestreben, staatlich geförderte Beschäftigung an neuen Anforderungen neu auszurichten.

Frau Dräger, es ist keineswegs so, dass das im Wirtschaftsausschuss anlässlich der Haushaltsberatungen nicht thematisiert worden wäre. Es ist im Wirtschaftsausschuss sehr lange – und dahin gehört das Thema auch – diskutiert worden. Als Mitglied des Haushaltshaushaltsschusses haben Sie auch das Protokoll bekommen und hätten nachlesen können, dass wir darüber gesprochen und diskutiert haben.

Ich nenne die vier Anforderungen, an denen sich künftige Beschäftigungspolitik des Zweiten Arbeitsmarkts auszurichten hat:

Erstens: Leistungsvereinbarungen über die Integration in Arbeit und Kontrolle der Ergebnisse. Die Kontrolle ist ein wichtiger Punkt. Sie hat hier nie funktioniert, weil sie in Hamburg auch nie gewollt war.

(Beifall bei der FDP – Vizepräsident Farid Müller übernimmt den Vorsitz.)

Zweitens: Verpflichtende Betriebspraktika der Beschäftigten, also Praktikum in einem Betrieb des Ersten Arbeitsmarkts. Auch das ist ein wichtiger Punkt und das ist auch neu. Haben Sie das gemacht? – Wunderbar.

Drittens: Profilingmaßnahmen für die Arbeitsuchenden mit verbindlichen Wiedereingliederungsplänen. Auch das ist ein wichtiger Punkt. Das hat es gegeben, ich weiß, aber das wird ohne Ausnahme in Zukunft die Basis für Beschäftigung bei ABM und Beschäftigungsträgern sein.

Viertens: Das Lohnabstandsgebot. Wenn wir in den staatlichen Beschäftigungsgesellschaften an die dort Beschäftigten höhere Löhne als auf dem freien Arbeitsmarkt zahlen, woher soll dann der Anreiz kommen, sich in den Ersten Arbeitsmarkt eingliedern zu lassen? Jeder würde doch völ-

(Rose-Felicitas Pauly FDP)

A lig idiotisch handeln, in den Ersten Arbeitsmarkt einsteigen zu wollen.

(Beifall bei der FDP)

Wir müssen bei der öffentlich geförderten Beschäftigung wieder zum eigentlichen Zweck zurückkehren, nämlich zu der Eingliederung der Leute in das Wirtschaftsleben. Ob Eingliederungszuschüsse, die direkt an den Arbeitnehmer – Stichwort Mainzer Modell – oder an den Arbeitgeber – wie im Hamburger Modell vorgesehen – fließen, der Königsweg sind, wird die Zukunft erweisen und wird auch wesentlich davon abhängen, inwieweit es gelingen wird, Mitnahmeeffekte der Wirtschaft zu verhindern. Auch wenn diese Instrumente sehr gut funktionieren, sind sie doch nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Der Wirtschaftssenator hat gesagt, maximal 1000 neue Stellen können wir uns davon in Hamburg erhoffen. Das bedeutet, dass die Arbeitslosigkeit von 70 000 auf 69 000 zurückgeht.

Bei Kombilohn und Ähnlichem besteht immer die Gefahr, dass wir hier ein neues Subventionsfass ohne Boden aufmachen. Dessen müssen wir uns stetig bewusst sein. Wir müssen aufpassen, dass das nicht passiert.

(Uwe Grund SPD: Das ist so. Da haben Sie Recht!)

Zur Lösung unseres Beschäftigungsproblems sind diese Maßnahmen völlig untauglich.

(Uwe Grund SPD: Warum macht der Senat es denn?)

– Er hat gesagt, es ist eine Mini-Maßnahme, um alles andere zu flankieren. Aber 1000 Arbeitsplätze sind nicht die Lösung des Beschäftigungsproblems. Das ist wohl klar.

B Für eine stetige und nachhaltige Aufwärtsentwicklung in Deutschland brauchen wir die Reformen, über die wir in unserem Land schon seit 20 Jahren, aber leider auch ergebnislos diskutieren. Wir brauchen die Reform der Sozialsysteme und die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts.

Zum Schluss möchte ich die Kollegen der GAL an die Aussagen von Herrn Pumm im Wirtschaftsausschuss erinnern, der von Verkrustungen im Zweiten Arbeitsmarkt sprach und von der Notwendigkeit, umzusteuern. Er fügte sogar hinzu, dass auch für einen SPD-Senat die Reduzierung von ABM eine zwangsläufige Folge des Job-Aktiv-Gesetzes gewesen wäre.

Wir werden in den kommenden vier Jahren noch viele spannende Diskussionen über den richtigen Weg zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben, dessen bin ich gewiss.

(Uwe Grund SPD: Ich auch!)

Aber Ihr Antrag von der GAL wird dafür nicht die Grundlage sein, denn den werden wir heute ablehnen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Vizepräsident Farid Müller: Herr Senator Uldall hat das Wort.

Senator Gunnar Uldall: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Frühauf hat eben beschrieben, welcher enorme volkswirtschaftliche Schaden durch die Arbeitslosigkeit entsteht. Ich möchte dieser Zahl, die Herr Frühauf genannt hat, eine weitere Zahl hinzufügen, nämlich die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Fortbildungs-

maßnahmen und alles das, was so allgemein als aktive Arbeitsmarktpolitik bezeichnet wird. Ich will diesen Begriff aktive Arbeitsmarktpolitik ruhig einmal verwenden, obwohl er eigentlich falsch ist, denn die aktive Arbeitsmarktpolitik, Frau Pauly, wird von den Unternehmen gemacht und nicht irgendwo in den Behörden.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Uwe Grund SPD: Das wussten wir auch schon vorher, Herr Uldall!)

Aber damit wir wissen, worüber wir reden: Hierfür sind pro Jahr 40 Milliarden DM, 20 Milliarden Euro ausgegeben worden; und dies über eine Dauer von zehn Jahren.

Wenn Sie noch weiter zurückgehen, sehen Sie, dass sich in den letzten drei Jahrzehnten die Arbeitslosenzahl kontinuierlich erhöht hat.

(Alexander Porschke GAL: Wer hat denn da eigentlich regiert?)

Das Schlimme ist, egal wer regiert hat, Herr Kollege Porschke, es begann in den siebziger Jahren und stieg kontinuierlich an, bis zu den neuesten Zahlen, die wir jetzt bekommen haben. Wenn wir so viel Geld zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ausgegeben haben, dann muss ich folgende Feststellung treffen: Es kann nicht daran gelegen haben, dass es nicht genügend Mittel gegeben hat, um gegen die Arbeitslosigkeit vorzugehen,

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Richtig!)

sondern offensichtlich gibt es hier bei uns in Deutschland nicht die Möglichkeit, die Arbeitslosenprobleme mit Geld zu lösen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Es wäre doch wunderbar für uns Politiker, wenn es möglich wäre, dieses Problem mit Geld zu lösen. Dann brauchten wir nur die entsprechenden Mittel in die Hand zu nehmen und schon könnten wir dieses Hauptproblem unserer deutschen Wirtschaftspolitik lösen. Nein, so ist es nicht. Deswegen sind wir verpflichtet, mit Kreativität daran zu gehen und zu überlegen, welche Wege wir gehen können, um für eine Linderung des Problems Arbeitslosigkeit in Deutschland zu sorgen. Meine Bitte geht dahin: Überlassen Sie das bitte nicht nur den Koalitionsfraktionen und dem Senat, sondern seien auch Sie in diesem Sinne aktiv tätig

(Anja Hajduk GAL: Das machen wir gerne!)

und lassen Sie uns in einem Ringen um die beste Lösung

(Beifall bei Uwe Grund SPD)

nachher zu einem entsprechenden Ergebnis kommen. Ich kann nur sagen, Herr Kollege Porschke, die Grünen in Berlin sind schon viel weiter in ihren Überlegungen als Sie.

(Ekkehard Rumpf FDP: Genau!)

Die Grünen dort sind viel offener für neue Überlegungen und ich wünschte, dass Sie einmal mit Ihren Kollegen in Berlin Kontakt aufnehmen, um sich dort vielleicht die eine oder andere gute Anregung zu holen.

(Vereinzelter Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Anlass für diese Debatte, meine Damen und Herren, soll eine Eröffnungsbilanz sein, so steht es in dem Antrag der Grünen. Diese Eröffnungsbilanz möchte ich mit den ak-

C

D

(Senator Gunnar Uldall)

A tuellen Zahlen von gestern untermauern. In Hamburg haben wir jetzt eine Arbeitslosenquote von 9 Prozent: 77 200 Arbeitslose. Es klang in verschiedenen Beiträgen von Oppositionsrednern an, dass wir in Hamburg eigentlich ganz gut dran sind. Ich kenne auch noch diese Ausführungen, die in den letzten Jahren immer wieder gemacht wurden, dass gesagt wurde: Na ja, die Hamburger Arbeitsmarktpolitik ist eigentlich sehr erfolgreich gewesen. Woran messen wir Erfolg? Im Vergleich zu dem, was anderswo erreicht worden ist.

(Uwe Grund SPD: Wir sind im unteren Drittel der Bundesländer!)

Hamburg ist schlechter als der Durchschnitt der westdeutschen Länder insgesamt.

(Uwe Grund SPD: Das ist nicht wahr!)

In den Bundesländern Westdeutschlands haben wir gestern eine Arbeitslosenquote von 8,3 Prozent gemessen, Herr Grund. Wenn ich noch richtig rechnen kann, sind 9 Prozent Arbeitslosigkeit mehr als 8,3 Prozent; insofern sind wir nun mal schlechter als der westdeutsche Durchschnitt, das lässt sich leider nicht hinwegdiskutieren.

(Vereinzelter Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Nun kann man sagen, dass wir nicht den westdeutschen Durchschnitt nehmen wollen, weil eine Stadt wie Hamburg andere Probleme hat wie ein Flächenstaat, wie beispielsweise Niedersachsen. Deswegen lassen Sie uns mal vergleichen, wie die Arbeitslosenquote in den großen Städten in Deutschland aussieht. Ich zähle einmal alle Städte von 600 000 Einwohnern und mehr in Westdeutschland auf: München 4,9 Prozent, Herr Grund, Frankfurt 5,9 Prozent,

B *(Uwe Grund SPD: Sagen Sie mal die Zahlen von Bremen und Berlin!)*

Stuttgart 5,8 Prozent, Düsseldorf 8,5 Prozent. Das sind alle westdeutschen Städte mit 500 000 Einwohnern und mehr und es gibt nur eine Stadt, die mehr hat als wir, und das ist Köln, die haben 10,8 Prozent. Wissen Sie, welche Parallelität zwischen Hamburg und Köln besteht, meine Damen und Herren? In beiden Städten haben die Sozialdemokraten 40 Jahre regiert und sind dann abgewählt worden.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Uwe Grund SPD: Was sagen Sie zu Berlin?)

– Berlin ist eine andere Situation.

Suchen Sie sich nicht irgendwelche Städte heraus, sondern

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Wir sind hier nicht in der Quiz-Show!)

machen Sie den Vergleich. Nehmen Sie den Vergleich kontinuierlich für alle Städte ab einer bestimmten Größenordnung. Diese Städte, die ich genannt habe, sind die Städte über 500 000 Einwohner und dabei bleibt es. Eines muss ich jetzt trotz Ihrer Zwischenrufe feststellen: Der Eindruck, der von unserem Vorgängersenat erweckt worden ist, dass in Hamburg eigentlich das Arbeitsmarktproblem besser gelöst wäre als in anderen Städten oder Bundesländern, ist falsch. Dieser Eindruck muss in einer Eröffnungsbilanz zurückgewiesen werden.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

C Meine Damen und Herren, 90 Prozent der Arbeitsmarktgestaltung erfolgt durch bundespolitische Gesetze. Nur ein kleiner Teil kann auf Landesebene erfolgen. Aber diese 10 Prozent, die uns bleiben, wollen wir auch wirklich sinnvoll nutzen. Deswegen folgen wir einer Linie, die heißt: Fördern, fordern, Effizienz.

In diesem Zusammenhang sind die beiden Stichworte zu gebrauchen, über die wir eben in verschiedenen Debattenbeiträgen gehört haben. Das Erste ist das Hamburger Modell. Unser Ansatz ist es, dass wir neue Arbeitsplätze im Ersten Arbeitsmarkt entstehen lassen wollen. Deswegen wollen wir mit einem einfachen Verfahren, mit einem Scheckverfahren, sicherstellen, dass neue Dienstleistungen angeboten und aufgrund eines günstigeren Preises nachgefragt werden können, die es bisher nicht gegeben hat oder die in den vergangenen Jahren weggefallen sind.

Hier werden an Arbeitnehmer und Arbeitgeber Schecks überreicht, jeweils in der Größenordnung von 250 Euro, ein einfaches Verfahren. Dann erfolgt, wie wir es formulieren könnten, ein „on the Job training“. Dabei werden der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber zusammengeführt und sie können sehen, ob man zueinander passt und ob diese Arbeit für den neu eingestellten Arbeitnehmer geeignet ist. Dann kann eine einfache bezuschusste Fortbildung, beispielsweise der Gabelstaplerführerschein oder eine Fortbildung zum Kfz-Werkstatthelfer – ebenfalls bezuschusst – erfolgen. Wenn dann der Arbeitnehmer in ein reguläres Verhältnis übernommen wird, gibt es dafür noch einmal einen entsprechenden Zuschuss, um sozusagen diesen Übergang möglichst sinnvoll und fließend gestalten zu können.

(Uwe Grund SPD: Also verwenden Sie auch Geld!)

D Dieses, meine Damen und Herren, ist ein guter Weg und ich freue mich, dass auch die Kollegin Frau Dräger gesagt hat, dass dies ein Weg sei, über den man nachdenken könne, und das wollen wir alle miteinander tun. Ich wünschte sehr, Frau Dräger, dass Sie mal mit Ihrem Fraktionsvorsitzenden über dieses Thema sprechen, denn der scheint in dieser Frage noch nicht ganz so weit zu sein

(Uwe Grund SPD: Ich bin Ihrer Meinung!)

wie Sie. Aber in dieser Frage können sicherlich alle auch noch etwas dazulernen.

Des Weiteren haben wir eine Umsteuerung bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vorgenommen. Nun wird gesagt, es sei unglaublich, dass die Zahl der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vom Senat von 2000 Stellen auf 1500 Stellen gekürzt wird. Herr Porschke, als Sie noch im Senat saßen, im letzten Jahr Ihrer Regierungszeit, haben Sie die ABM-Stellen auch um 350 gekürzt. Insofern klingt das alles wenig überzeugend, wenn sie jetzt gegen diese Vorstellungen, die wir zu den ABM-Stellen entwickelt haben, vorgehen.

Wir werden 1000 neue Stellen – so hoffe ich – über das Hamburger Modell schaffen. Wir werden bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Jahresschnitt 500 Stellen reduzieren. Wenn Sie daraus einen Saldo ziehen, werden Sie feststellen, dass es durch diese neue Senatspolitik 500 geförderte Stellen mehr sind. Nun kommt das Entscheidende, meine Damen und Herren: Diese Stellen werden im Ersten Arbeitsmarkt geschaffen werden, denn nur das sind die dauerhaften Beschäftigungsmöglichkeiten, die wir für unsere Arbeitnehmer schaffen müssen.

(Uwe Grund SPD: Aber es sind nicht die gleichen Menschen!)

(Senator Gunnar Uldall)

- A Wir werden mit den Mitteln, die wir einsetzen, auskommen, denn wir werden die Mittel so einsetzen, dass sie im Sinne einer möglichst breiten Förderung für Arbeitsuchende eingesetzt werden.

Ich habe nach meiner Amtsübernahme festgestellt, dass zum Teil immense Summen für die Overhead-Kosten bei den Trägergesellschaften gezahlt werden. Das geht bis zu einem Durchschnitt von 22 500 DM Verwaltungskosten für die Trägergesellschaften. Dazu kann ich nur sagen, dass dieses jeden Rahmen sprengt, der überhaupt verantwortbar ist, denn es handelt sich um Mittel, die von Steuerzahldern beziehungswise von den Beitragszahlern der Arbeitslosenversicherung aufgenommen worden sind. Wir sind verpflichtet, darüber nachzudenken, wie wir mit diesen Mitteln effizienter umgehen können.

Bevor eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme gefördert wird, werden wir durch unsere – von Frau Pauly und anderen Rednern genannten – Kriterien, die wir ansetzen wollen, sicherstellen, dass die Mittel, die von Beitragszahlern und Steuerzahldern aufgewandt werden, auch zu einem wirklich sinnvollen Einsatz kommen und dass damit neue Arbeitsplätze in einem Sektor entstehen können, in dem eine dauerhafte Existenz dieser Arbeitsplätze möglich ist.

Von den vier Kriterien, die von den Koalitionsrednern genannt wurden, möchte ich noch einmal einen Punkt aufgreifen, der für die Zukunft beachtet werden muss, wenn eine ABM-Stelle gefördert werden soll: das Lohnabstandsgebot. Es geht doch nicht an, dass für eine Küchenhilfe in einem Kantinenbereich bei einer Trägergesellschaft ein Betrag von etwa 3000 DM gezahlt wird und der ganz normale Tarif für diese gleiche Arbeit in einer Gastwirtschaft oder Kantine bei 2100 DM liegt. Das heißt, Sie haben eine Differenz von rund 1000 DM. Es wird doch nicht jemand aus dem Zweiten Arbeitsmarkt ausscheiden, einen Verlust von fast 1000 DM pro Monat hinnehmen, um eine Arbeitsstelle im Ersten Arbeitsmarkt anzunehmen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Wenn wir es erreichen wollen, dauerhafte Beschäftigungsmaßnahmen zu schaffen, müssen wir hier ein Lohnabstandsgebot befolgen. Das liegt in der Logik einer jeden Arbeitsmarktpolitik, im Übrigen aber auch – das sage ich allen Kritikern – in der Vorgabe, die der Bundesrechnungshof uns Politikern gegeben hat, die nämlich sagen, dass es einen deutlichen Abstand zwischen dem Zweiten und dem Ersten Arbeitsmarkt geben muss. Der Zweite Arbeitsmarkt soll so etwas wie ein Trampolin sein, um in den Ersten Arbeitsmarkt hinüberzuspringen. Wir müssen dafür sorgen, dass dieses Trampolin von den Leuten auch tatsächlich benutzt wird und nicht,

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Dass es eine Hängematte wird!)

dass wir als Politiker die Rahmenbedingungen so falsch gestalten, dass es nicht funktioniert.

Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt auf einen wichtigen Punkt hinweisen. Wir können noch so ideenreich sein mit Hamburger Modellen und neuen Kriterien für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, aber so werden wir die Arbeitsmarktprobleme in Hamburg nicht lösen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Es ist notwendig, dass wir zu einer Deregulierung im Arbeitsmarkt generell kommen.

C Ich habe im „Spiegel“ dieser Woche – und der „Spiegel“ ist ja nun kein CDU-Hausblättchen – ein uns tatsächlich nachdenklich stimmendes Beispiel von den Firmen Seidensticker und Bertelsmann gelesen; beide sind in Bielefeld ansässig. Die Unternehmen hatten festgestellt, dass das eine Unternehmen Arbeitsspitzen im Sommer und im Winter hatte, das andere Unternehmen hatte Arbeitsspitzen im Frühjahr und im Herbst. Nichts ist einfacher, haben sich die Chefs gesagt, wir gleichen die Kapazitäten dadurch aus, dass wir Arbeitnehmer aus dem einen Unternehmen in der arbeitsschwachen Zeit in dem anderen Unternehmen einsetzen. Das lief wunderbar, es wurden zusätzliche Leute eingestellt und jetzt, nach den neuesten Regelungen heißt es plötzlich: Das darf ihr nicht mehr. Es ist die groteske Situation eingetreten, dass die neu eingestellten Kräfte wieder entlassen werden mussten. Das, meine Damen und Herren, ist die Regulierung

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Strangulierung!)

unseres Arbeitsmarktes. Solange wir so etwas nicht abschaffen, werden wir in Deutschland nicht zu vernünftigen Beschäftigungsverhältnissen kommen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

D Deswegen appelliere ich auch an die Sozialdemokraten und an die Grünen: Hören Sie auf, davon zu reden, Sie würden das Überstundenproblem durch eine gesetzliche Regulierung in den Griff nehmen wollen. Mit solchen Äußerungen verschrecken Sie Tausende von kleinen mittelständischen Betrieben, weil sie Angst haben, dass hier eine erneute Regulierung auf sie zukommt, mit der sie nachher nicht fertig werden können. Meine Damen und Herren, die Überstunden gehören in die Flexibilität, die ein Unternehmer haben muss.

(Zuruf von Erhard Pumm SPD)

Wenn der Unternehmer Überstunden anordnet und keine regulären Arbeitsstunden machen lässt, dann ist das doch ein schlechtes Zeichen, weil die Überstunde viel teurer ist als eine normale Stunde. Er wird eine Überstunde nur in Ausnahmefällen anordnen.

(Erhard Pumm SPD: 40 Millionen Überstunden. Es sind immer mehr geworden!)

Wir müssen uns fragen, ob wir diese Ausnahmen, in denen eigentlich eine Überstunde anfallen soll, nicht erweitern können, so dass in mehr Fällen dann lieber reguläre Arbeitskräfte eingestellt werden.

(Wolfgang Franz SPD: Das ist doch ein Widerspruch!)

Meine Bitte lautet: Trennen Sie sich von dem Gedanken, dass Sie durch eine Mehrregulierung auf dem Arbeitsmarkt unsere Arbeitsmarktprobleme lösen können.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Es gibt eine empirische Untersuchung, wonach es in den europäischen Staaten, in denen die Regulierungsdichte besonders stark ist, eine hohe Arbeitslosigkeit gibt. In den europäischen Ländern, in denen es eine weitgehende Öffnung des Arbeitsmarktes gibt, findet man eine niedrige Arbeitslosigkeit. Deswegen geht unser Appell auch nach Berlin, damit die Bundesregierung in diesem Sinne falsche Gesetzgebungen wieder aufhebt und insgesamt eine weitere Liberalisierung des Arbeitsmarktes zulässt.

(Senator Gunnar Uldall)

A (Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich habe bei den Kolleginnen und Kollegen von der Opposition sehr aufmerksam zugehört, was sie zu den arbeitsmarktpolitischen Überlegungen zu sagen hatten. Neu in dieses Amt gekommen, sage ich mir: Eine gute Politik entsteht dadurch, dass man Ideen entwickelt, darüber diskutiert, neue Gedanken aufnimmt und seine eigenen Ideen wieder korrigiert. In diesem Sinne erwarte ich auch von der Opposition eine konstruktive Kritik und Mitarbeit an den Vorschlägen, die wir unterbreiten. Aber bitte ziehen Sie sich nicht nur auf irgendeine nebulöse Kritikhaltung zurück, sondern sorgen Sie dafür, dass wir gemeinsam, Opposition, Koalition und der Senat, an einer besseren Beschäftigungspolitik hier bei uns in Hamburg arbeiten können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Vizepräsident Farid Müller: Das Wort hat der Abgeordnete Egloff.

Ingo Egloff SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Senator Uldall, natürlich sind wir bereit, mit Ihnen gemeinsam Arbeitsmarktpolitik zu gestalten. Dann verstehe ich allerdings nicht, warum hier vorhin seitens der Koalitionsfraktionen gesagt wurde, man wolle den Antrag der GAL nicht einmal an den Wirtschaftsausschuss überweisen, um dort über die Konzepte zu diskutieren.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

B Das passt dann nicht zusammen. Wenn man wirklich ergebnisoffen diskutieren will, muss man auch den Mut haben, diesen Antrag dorthin zu überweisen und die entsprechenden Debatten zu führen.

Zur Arbeitsmarktpolitik insgesamt habe ich erwartet, dass hier heute noch ein bisschen mehr gesagt wird. Wenn wir uns die letzten 100 Tage angucken – darüber ist schon genug geredet worden –, sehen wir, dass Herr Senator Uldall am 29. November 2001 über die Staatliche Pressestelle Folgendes verkünden ließ:

„Änderung des Arbeitsförderungsrechtes nur Kosmetik.“

Im Text heißt es dann wörtlich:

„Die Reform ist bereits im Ansatz verfehlt.“

Diese Reform ist das Job-Aktiv-Gesetz und die Maßnahmen dieses Gesetzes hat Herr Senator Uldall eben als die Maßnahmen verkauft, die auch der Hamburger Senat in der Hamburger Arbeitsmarktpolitik einführen will. Deswegen verstehe ich so eine Meldung nicht. Aber der Senat ist ja lernfähig, denn am 13. Dezember 2001 wurden genau die Regelungen des Job-Aktiv-Gesetzes unter der Überschrift: Fördern, fordern, Effizienz – das ist heute wieder gesagt worden – als Leitlinien der neuen Hamburger Arbeitsmarktpolitik verkauft, allerdings ohne mit einem Wort zu erwähnen, dass das die Politik der rotgrünen Bundesregierung ist.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir können feststellen, dass der Senat in der Arbeitsmarktpolitik erst einmal 11 Millionen Euro gestrichen hat und ansonsten „Tetje mit de Utsichten“ gespielt wird, indem man sagt, man hoffe, das mit dem Hamburger Modell

C 1000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Dazu sage ich für die SPD ganz ausdrücklich: Wenn das Modell denn 1000 Arbeitsplätze schafft, sind wir an Ihrer Seite, denn wir sind für jede Maßnahme, die Arbeitsplätze schafft. Außerdem sollen noch 1500 Angebote in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen geschaffen werden. Auch das begrüßen wir ausdrücklich.

Von Herrn Frühauf wurde außerdem gesagt, dass man Arbeitsplätze im Ersten Arbeitsmarkt schaffen müsse. Wie das aber in dieser Stadt passieren soll, wird nicht gesagt.

(Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Doch! Heute!)

Darüber habe ich auch vom Senator nichts gehört. Es heißt zwar, man würde das alles nicht mit öffentlichen Geldern bezahlen können, das hätte die Vergangenheit gezeigt, denn egal, wer in der Bundesrepublik regiert hat, seien doch die Arbeitslosenzahlen gestiegen. Wie man aber umsteuern will, dazu habe ich auch nicht viel gehört, außer den alten Ladenhütern, man wolle deregulieren und dass Frau Pauly wieder auf das 630-DM-Gesetz verwies.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Euro, Euro!)

Wir stellen fest, dass es trotz dieser Gesetzesänderung, die die rotgrüne Bundesregierung gemacht hat, zunächst eine Million Arbeitslose weniger gab, ganz anders, als Sie es prophezeit haben.

(Barbara Ahrons CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Unter der Regierung Kohl waren es am Ende 4,8 Millionen Arbeitslose und da sind wir, Gott sei Dank, heute immer noch nicht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

D Meine Damen und Herren, zum Thema Deregulierung hat Frau Pauly gesagt, sie verstehe die Gewerkschaften nicht. Man kann sicherlich darüber diskutieren, ob die Lohnforderungen der Gewerkschaften in die gegenwärtige konjunkturelle Lage passen. Andererseits haben die Gewerkschaften jahrelang Lohnzurückhaltung geübt, was die Arbeitgeber nicht mit der Schaffung neuer Arbeitsstellen honoriert haben. Wenn wir feststellen müssen, dass wir allein hier in Hamburg 40 Millionen Überstunden haben, dann stimmt irgendetwas am System und an der Einstellung der Arbeitgeber in diesem Land nicht. Das muss man auch einmal in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Nun wieder mit der alten Mär zu kommen, wenn man alle Schutzmaßnahmen, die es für Arbeitnehmer gibt, abschaffte, würde das dazu führen, dass die Arbeitsplätze automatisch wie Pilze aus dem Boden schießen würden, dazu kann man nur sagen, dass es das in anderen Gesellschaften auch nicht gegeben hat. Wir sehen in den USA, wie dieses in Zeiten der Hochkonjunktur in Ansätzen geschehen ist, die Entwicklung in Zeiten von Krisen aber in die andere Richtung geht und die Leute ohne Schutz stehen. So etwas wird es mit Sozialdemokraten in diesem Land nicht geben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Farid Müller: Das Wort hat der Abgeordnete Porschke.

Alexander Porschke GAL: Zuerst möchte ich mich noch einmal an Herrn Mehlfeldt und seine Aussage wenden, die

(Alexander Porschke GAL)

A Wirtschaftspolitik müsse mittelstandsorientierter werden, denn darin liege das Erfolgsrezept. Sie können nun nicht bestreiten, dass die Bundesregierung bis 1997 die Gelegenheit gehabt hat, diesen Erfolg nachzuweisen. Um nur einmal die Zeit von 1991 bis 1997 zu betrachten, war das Ergebnis eine Steigerung der Arbeitslosigkeit von 2,1 Millionen – Sie haben es eben gehört – auf weit über vier Millionen. Dass ist bei Ihrer Politik herausgekommen.

Noch schlimmer ist die FDP. Ich bin nun schon 48 Jahre alt, aber die meiste Zeit meines Lebens hat bundespolitisch ein Wirtschaftsminister der FDP das Sagen gehabt.

(Beifall bei der GAL)

Seit 1969 hat die FDP die Politik

(Ekkehard Rumpf FDP: Und dabei waren wir Spitze in Europa!)

auf der Bundesebene bestimmt und dabei ist die Arbeitslosigkeit von 0,9 Prozent in 1969 auf am Ende 12,7 Prozent gestiegen. Und Sie stellen sich hier hin und wollen uns Ratsschläge geben? Darauf verzichte ich gern.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Das ist auch ein wenig das Problem, Herr Uldall, warum ich nur einen Teil Ihrer Vorschläge für tatsächlich kreativ halte. Ich finde, dass man das Hamburger Modell ausprobieren muss. Ich hätte mir aber gewünscht, dass wir uns gerade im Ausschuss einmal darüber unterhalten hätten, wie man verhindert, dass das nur Mitnahmeeffekte sind und dass da, wo jemand aus einem Betrieb ausgeschieden ist, ein neuer Mitarbeiter eingestellt wird und Sie ihm noch einen Scheck obendrauf legen. Das kann wohl nicht die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sein.

B (Beifall bei der GAL und der SPD)

Aber diese Diskussionen verhindern Ihre Regierungsfraktionen gerade dadurch, dass es im Ausschuss gar nicht diskutiert wird. Ich muss ehrlich sagen, das ist nicht der neue gute Stil, den ich mir wünschen würde, wenn wir gemeinsam darum ringen wollen, die Arbeitslosigkeit in dieser Stadt tatsächlich mit kreativen neuen Konzepten zu bekämpfen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ferner möchte ich noch einmal das Thema Lohnniveau aufgreifen. Sie haben von einer Küchenhilfe gesprochen, die 3000 DM verdient und die sich ungern auf einen Tarifjob von 2100 DM bewerben mag. Ich glaube, Sie haben Recht, denn das zeigt auch, welche Tarife wir noch in unserem Land haben; darauf will ich aber gar nicht hinaus.

Die Pauschalregelung, die Sie jetzt einführen, führt dazu, dass nicht nur die Küchenhilfe, sondern auch der gelernte Tischler, der vielleicht einen Tariflohn von 4000 DM hat, auf die ungefähr 750 Euro netto herunter gedrückt wird. Dafür braucht es nicht nur ein Lohnabstandsgebot, sondern ein Sozialhilfeabstandsgebot. Das zerreißen Sie mit Ihrer Regelung und das halte ich grundsätzlich für falsch.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Farid Müller: Das Wort hat der Abgeordnete Mattner.

Dr. Andreas Mattner CDU: Herr Egloff, die Bundesregierung ist tatsächlich gescheitert, und zwar auf dem Gebiet der Arbeitsmarktpolitik, und Sie trauen sich hier zu sagen,

dass die Arbeitgeber schuld seien. Das ist ein Stück aus dem Tollhaus.

C

Sie sollten die Schuld nicht bei anderen suchen. Sie hatten hier in Hamburg lange genug die Gelegenheit, es besser zu machen, und haben es nicht geschafft. Die Bundesregierung ist ins Wort gegangen und hat gesagt, sie knüpft ihr Schicksal an die Arbeitslosigkeit. Heute können wir feststellen, dass wir 4 289 000 Millionen Arbeitslose haben. Das ist an sich schon ein Rücktrittsgrund für den Bundeskanzler und für diese Arbeitslosenzahl können Sie die CDU nicht verantwortlich machen.

Sie haben die hohen Arbeitslosenzahlen angesprochen. Die Arbeitsmarktzahlen der alten Bundesregierung waren wesentlich besser als die der heutigen Regierung. Durch statistische Trickserien hat man die Zahlen immer wieder geschönt. Pro Jahr sind 200 000 Menschen altersbedingt ausgeschieden, also sind die Zahlen der neuen Bundesregierung schlechter als die der alten Bundesregierung.

(Glocke)

Vizepräsident Farid Müller (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Egloff?

Dr. Andreas Mattner: Ja.

Zwischenfrage von Ingo Egloff SPD: Herr Kollege Dr. Mattner, wenn Sie sagen, die Politik der jetzigen Bundesregierung sei bei 4,3 Millionen Arbeitslosen gescheitert, stimmen Sie dann mit mir überein, dass die Politik der alten Regierung von Herrn Kohl mit 4,8 Millionen Arbeitslosen erst recht gescheitert ist?

D

Dr. Andreas Mattner (fortfahrend): Nein, die Politik war nicht gescheitert. Ich habe Ihnen gerade aufgezeigt, dass die Zahlen der alten Bundesregierung besser waren und auch bessere Perspektiven hatten. Die neue Bundesregierung hat sich komplett dem Ziel verschrieben, die Arbeitslosigkeit herunterzudrücken, stattdessen sind es wesentlich mehr geworden. Ihre Bewertung ist daher falsch.

Hinzu kommt noch, dass der neuen Bundesregierung der Reformwille fehlt. Es werden immer weniger Investitionen getätigt, die Lohnnebenkosten liegen inzwischen über 41 Prozent und das trifft uns hier in Hamburg ganz massiv. Wir haben in Hamburg jetzt 77 000 Arbeitslose und das ist eine Folge der verfehlten Bundespolitik. Wir müssen alles daran setzen, um uns davon abzukoppeln, so schwer das auch ist.

Wir werden gleich noch über das Sonderinvestitionsprogramm des Senates sprechen. Das sind massive Maßnahmen gegen diese Arbeitslosigkeit: Wir werden Arbeitslose schneller vermitteln.

Wir werden mit dem Programm des Senates für eine wachsende Stadt für Impulse sorgen, die wir brauchen, um die Menschen wieder aus der Arbeitslosigkeit zu führen, zum Beispiel mit den Großprojekten HafenCity und Messeerweiterung.

Mit mehr Arbeitsplätzen bei Airbus werden wir es schaffen, in Hamburg einen Gegentrend zu setzen.

Meine Damen und Herren! Wenn wir einen Antrag im Wirtschaftsausschuss besprechen sollen, dann muss er auch ein wenig Substanz haben. Wenn man sich das anschaut, geht es hier um Evaluierung der Politik, wir sollen bürokratische Genehmigungsverfahren verändern. All das, was

(Dr. Andreas Mattner CDU)

- A Sie hier schreiben, können Sie auch im Programm der neuen Regierung nachlesen. Das steht so darin. Das sind in Teilen auch Binsenweisheiten. Dann fragen wir uns doch wirklich, warum wir das im Wirtschaftsausschuss noch zur Diskussion stellen müssen. Sie müssen schon konkrete Vorschläge machen. Dann wären wir auch gerne bereit, sie im Wirtschaftsausschuss zu diskutieren. Dieser Antrag hat leider keine Substanz.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Vizepräsident Farid Müller: Der Abgeordnete Rumpf hat das Wort.

Ekkehard Rumpf FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst bei Herrn Senator Uldall bedanken, der durch seine Ausführungen meine Rede doch erheblich verkürzt hat. Deshalb kann ich mir einiges von den schlichten Wahrheiten sparen, die hier heute schon verkündet worden sind. Aber mit den Damen und Herren der GAL in Hamburg möchte ich mich dann doch noch einmal beschäftigen.

Die Schwaben sagen, nur der Schwabe hat die Gabe. Dem kann ich mich als Wahlhamburger und gebürtiger Pfälzer nur schwerlich anschließen. Bei den Grünen scheint es jedoch zu stimmen, denn die Herren Metzger und Schlauch, die an der grünen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik wesentlich Verantwortung tragen, sind schon so viel weiter als ihre Parteifreunde, dass dieses Sprichwort anscheinend bei der grünen Partei seine Wirkung hat. Das zeigt Herr Porschke auch dadurch, dass er uns für die Arbeitsmarktpolitik der siebenundvierzigjährigen Regierungsbeteiligung verantwortlich macht, wobei er doch eigentlich wissen müsste, dass auf Bundesebene der Arbeitsminister für die Arbeitsmarktpolitik zuständig ist, wir lediglich den Wirtschaftsminister gestellt haben.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Ach, deswegen!)

Um das noch einmal zu wiederholen, Herr Porschke, so lange die FDP den Wirtschaftsminister in Deutschland gestellt hat, sind wir nicht das Schlusslicht in Europa gewesen, was die wirtschaftliche Entwicklung angeht. Das möchte ich an dieser Stelle noch einmal betonen.

(Werner Dobritz SPD: Wie hießen die eigentlich noch? Rexrodt, Haussmann? Und Möllemann, das war doch der ...)

– Es ist schön, dass Sie die alle noch kennen, Herr Dobritz. Wie heißt Ihr Wirtschaftsminister noch? An den erinnere ich mich nämlich nicht.

(Manfred Mahr GAL: Sagen Sie doch mal, wie Sie sich das vorstellen!)

Es ist interessant, dass man anscheinend in diesem hohen Hause doch noch einmal ganz grundlegend und elementar erklären muss, wie ein Arbeitsplatz entsteht. Der entsteht nämlich dadurch, dass ein Mensch eine Idee hat, eigenes Kapital und zu Anfang sehr viel Arbeit in diese Idee hineinsteckt. Wenn seine Idee funktioniert, dann fängt er an, Leute einzustellen, und er trägt dieses unternehmerische Risiko weiter, es sei denn – das muss man mittlerweile einschränken –, er bläht sich durch fragwürdige wirtschaftliche Praktiken so auf, dass er am Schluss 1000 oder 1500 Arbeitnehmer hat und, wenn er dann Bankrott geht, nach Herrn Schröder ruft, der ihm mit Bürgschaften unter die Arme greift. Ob das nun unbedingt die sinnvolle

Wirtschaftspolitik der ruhigen Hand ist, die Herr Schröder immer propagiert, mag dahingestellt bleiben.

C

Der Staat kann aber auch anders als helfen. Er kann nämlich diesem Unternehmer seine Arbeit wesentlich erschweren und damit Arbeitsplätze verhindern. Das kann er einmal durch staatliche Unternehmungen tun und da ist Hamburg nach 44 Jahren roter Regierung Spitze, auch in Deutschland. Wir haben über 380 staatliche Unternehmen, die dem privaten Unternehmer Konkurrenz machen, ohne selber Bankrott gehen zu können, ohne wirtschaftliches Risiko. Das ist eine absolute Arbeitsplatzverhinderungspolitik, die hier betrieben wird und die wollen Sie weiterhin unterstützen, indem Sie den Zweiten Arbeitsmarkt stärker als den Ersten gestalten. Das kann es nicht sein. Es ist schon viel zum Lohnabstand und dergleichen gesagt worden. Die Statistiken, die Sie von dem neuen Senat bekommen haben, haben in keiner Weise etwas mit Ihrem Antrag zu tun. Sie haben auch in keiner Weise etwas damit zu tun, was Sie hier erzählt haben. Die Anzahl der offenen Stellen und der Arbeitsuchenden verhält sich nämlich in keiner Weise irgendwie äquivalent zu der Zahl der geförderten Arbeitsverhältnisse in diesem Papier. Das hat überhaupt nichts miteinander zu tun. Daran sehen Sie schon, wie wirkungslos die meisten Maßnahmen des Zweiten Arbeitsmarktes sind. Die beste Arbeitsmarktpolitik ist und bleibt – das wurde hier auch schon gesagt – eine gute Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Eine gute Wirtschaftspolitik ist eine Politik, die einerseits dem Unternehmer Anreize schafft, Arbeitsplätze zu schaffen durch Entschlackung der Bürokratie und andere Maßnahmen, andererseits aber auch die Anreize schafft, diese Arbeit auch anzunehmen vonseiten der Arbeitnehmer. Deswegen sehen wir eigentlich nicht ein, warum wir unsere Konzepte, die wir haben und die bestimmt greifbarer sind und greifender sein werden als Ihre, dann einsetzen sollen, wann Sie es wollen. Wir werden das tun, wenn wir es für richtig halten, und deswegen bitten wir um Ablehnung des Antrages und keine Überweisung. – Danke.

D

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Vizepräsident Farid Müller: Der Abgeordnete Hardenberg hat das Wort.

Gerd Hardenberg Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn Sie mit Ihren beiden Anträgen fordern, Arbeitslosigkeit aktiv zu bekämpfen, so sieht meine Fraktion das genauso. Die Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen ist natürlich auch wichtig dafür. Allerdings wollen wir nicht mit Lohnersatzleistungen das Nichtstun subventionieren und damit die Arbeitslosigkeit noch fördern, sondern durch Lohnergänzungsleistungen den Anreiz bieten, zu arbeiten. Auch der Niedriglohnsektor muss so gestaltet sein, dass Arbeit finanziell wieder attraktiv wird. Das bedeutet, dass erstens die Sozialhilfe für Erwerbsfähige – und nur für diese – deutlich abgesenkt wird, so dass es unattraktiv ist, sich darauf auszuruhen, und zweitens, dass Lohnergänzungsleistungen Beschäftigung in der Privatwirtschaft fördern, und zwar so weit, dass die Summe aus privatem und staatlichem Geld höher liegt als die heutige Sozialhilfe. Dies lässt dafür die Löhne auf ein Niveau fallen, das der niedri-

(Gerd Hardenberg Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

A gen Produktivität der Betroffenen entspricht, aber auch deren Beschäftigung ermöglicht.

Noch ein paar Worte zum Thema ABM und Kombilohn. Hätte man die Wahl zwischen ABM und Kombilohn, so ist der Kombilohn immer sinnvoller. ABM führt selten zum Einstieg in den Ersten Arbeitsmarkt, während der Kombilohn, speziell in Form des „Hamburger Modells“ von Senator Uldall, hierfür ein guter Ansatz sein kann. Der Arbeitslose hat so die Möglichkeit, mit echter Arbeit mehr zu bekommen als durch Arbeitslosenunterstützung oder Sozialhilfe.

(Glocke)

Vizepräsident Farid Müller (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Gerd Hardenberg: Ja, gern.

Zwischenfrage von Doris Mandel SPD: Herr Hardenberg, ist Ihnen bekannt, dass das Bundessozialhilfegesetz, wie es sich auch aus dem Titel ergibt, ein Bundesgesetz ist? Ist Ihnen das bewusst?

Gerd Hardenberg: Ja.

Doris Mandel: Danke, weil Sie gesagt haben, Sie wollen das hier in Hamburg ändern.

Gerd Hardenberg (fortfahrend): Das habe ich nicht gesagt. Es ist nicht egal, sondern es kann auf Bundesebene passieren und dann auf Hamburg übertragen werden.

B Der Arbeitslose hat so die Möglichkeit, mit echter Arbeit mehr zu bekommen als durch die Arbeitslosenunterstützung oder Sozialhilfe. Der Vorteil für alle ist, dass es unbürokratisch und einfach ist.

Aber wichtig ist es doch, nicht Arbeitslose in den Arbeitsmarkt zu pressen, sondern eine Sogwirkung zu erzeugen, die die Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt zieht, das heißt Voraussetzungen zu schaffen, dass Arbeitgeber, vor allem Klein- und Mittelbetriebe, gerne wieder Leute einstellen. Bisher war es doch so, dass der überwiegende Teil der neuen Arbeitsplätze immer noch von Klein- und Mittelbetrieben geschaffen worden ist, während Großunternehmen aller Branchen Arbeitsplätze abgebaut haben. Um auch weiterhin neue Arbeitsplätze bei Klein- und Mittelbetrieben zu bekommen, muss wesentlich mehr für diese und deren Erhalt getan werden. Das fängt mit der Existenzgründung an. Jeder laufende neu gegründete Betrieb schafft in relativ kurzer Zeit durchschnittlich drei bis sieben neue Arbeitsplätze. Hier gilt es, Barrieren, die verstärkt in Form von behördlichen Anforderungen, Schwierigkeiten bei der Vergabe von Krediten und beim Durchreichen von Fördergeldern bestehen, abzubauen. Nur so kann Existenzgründung forciert werden.

Weiter ist es erforderlich, die Eigenkapitaldecke der bestehenden Klein- und Mittelbetriebe zu stärken. Zurzeit beträgt diese durchschnittlich 10 Prozent, Tendenz fallend. Aber eine ständige Kreditfinanzierung ist teuer und wird faktisch in den nächsten Jahren durch Ratingverfahren der Banken und die Auswirkungen von Basel II immer schwieriger. Dies fördert keine neuen Arbeitsplätze.

Zur weiteren Schaffung von neuen Arbeitsplätzen ist aber auch eine Entlastung der Betriebe von Lohnnebenkosten erforderlich. Vereinfachte Verwaltungsaufgaben, wie lang-

wierige Statistiken, gehören nicht in einen kleineren Betrieb und eine echte Steuerreform ist ebenfalls unerlässlich. Nur dann wird sich auf dem Arbeitsmarkt dauerhaft wieder etwas bewegen.

C

Wenn Herr Grund in einem Interview auf der Ver.di-Internet-Seite viele neue Betriebsräte in den jungen und mittelständischen Betrieben fordert, so ist dies für Arbeitgeber nur die Aufforderung, keine neuen Arbeitsplätze zu schaffen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Denn welcher kleinere Betrieb kann es sich leisten, einen voll funktionsfähigen Betriebsrat zu haben? Finanziell ist so etwas in den wenigsten Betrieben, wenn ich an Handwerk und Handel denke, überhaupt möglich. In dieser Beziehung kann der Mittelstand nur hoffen, dass im Herbst eine Verbesserung des Betriebsverfassungsgesetzes möglich sein wird.

(Barbara Ahrns CDU: Wenn wir an der Regierung sind!)

– Richtig.

Wichtig ist es aber auch, dass die von Herrn Senator Uldall gewünschte Gesprächsrunde zum Thema Arbeitslosigkeit nicht nur einmalig tagt, sondern eine regelmäßige Einrichtung wird. Was wir erreichen müssen, ist, dass immer weniger denken, warum soll ich morgens aufstehen, wenn ich für das gleiche Geld liegen bleiben kann.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Vizepräsident Farid Müller: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Die sehe ich nicht. Wir kommen zur Abstimmung.

D

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 17/191 und 17/255 an den Wirtschaftsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Die Überweisung ist mit Mehrheit abgelehnt.

Damit stelle ich fest, dass die Große Anfrage 17/191 besprochen wurde, und lasse den GAL-Antrag, Drucksache 17/255, in der Sache abstimmen.

Wer möchte den Antrag annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zu Punkt 13 der Tagesordnung, Drucksache 17/248: Antrag der Fraktion der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP: Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht.

[Antrag der Fraktion der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP:
Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht
– Drucksache 17/248 (Neufassung) –]

Wer begeht das Wort? – Der Abgeordnete Müller-Sönksen.

Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Da dieser Antrag wohl einvernehmlich ist, lassen Sie mich nur einige wenige Worte zum Thema sagen. Es geht um die Öffentlichkeitsarbeit unserer dritten Gewalt, in diesem Fall um unser Verfassungsgericht. Dort haben wir eine Rechtssicherheit hergestellt. Da das einvernehmlich ist, brauche ich dazu nicht viel mehr zu sagen.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP)

- A Es geht aber insgesamt – und das soll als kleine Ankündigung hier im Hause dienen – um unsere dritte Gewalt im Staate. Auch diese hat neben der ersten, der wir angehören, und der zweiten Gewalt, der Regierung, das Recht auf eine Öffentlichkeitsarbeit, und zwar nicht nur das Recht, sondern auch ein Stück Pflicht, denn was dort geschieht, geschieht eben nicht in dunklen Hinterzimmern, sondern in der Öffentlichkeit. Deswegen hat auch das jetzige Gerichtsverfassungsgesetz, ein Bundesgesetz, vorgeschrieben, dass die meisten Gerichtsverhandlungen immer in einer Öffentlichkeit stattfinden sollen.

Jetzt – wir leben in einem neuen Zeitalter – ist die Öffentlichkeit nicht mehr dadurch gegeben, dass sich Leute, die arbeiten und die Zeit haben, tagsüber in die Gerichte begießen, sondern dass sie sich häufig auch elektronischer Medien bedienen, um diesen Dingen auf die Spur zu kommen. Das sollen sie auch weiterhin nach unserer Auffassung. Ich rede jetzt also nicht schon für einen konkreten Antrag, sondern in Form einer Ankündigung. Die FDP denkt, dass wir diese Frage einmal diskutieren sollten, und zwar ergebnisoffen diskutieren, und dabei einen Zielkonflikt lösen. Der Zielkonflikt heißt selbstverständlich, wenn wir dieses Verfahren elektronischen Medien öffnen, dass wir dem Schutz der Verfahrensbeteiligten weiterhin hohe Aufmerksamkeit schenken. Das sind die Richter selber, das sind natürlich die Opfer – sofern es sich um einen Strafprozess handelt –, es sind aber vor allem auch die Zeugen und sogar dann auch die Täter, meine Damen und Herren, wenn es sich um Jugendliche handelt. Auch da haben wir die Öffentlichkeit teilweise ausgeschlossen.

Gleichwohl, meine ich, gehört es in einer lebendigen Demokratie dazu, dass sich auch die dritte Gewalt mehr der Öffentlichkeit selbst öffnet und dass Entscheidungen der Öffentlichkeit – auch vom Verfahren her – transparent gemacht werden können. Darüber – schlage ich Ihnen vor – wollen wir im Rechtsausschuss einmal eine offene Beratung und vielleicht sogar eine Anhörung machen. Das lassen Sie mich an dieser Stelle sagen, da wir ansonsten für diesen hier vorliegenden Antrag offensichtlich einer Meinung sind. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Vizepräsident Farid Müller: Das Wort hat der Abgeordnete Kloß.

Rolf-Dieter Kloß SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ob dieser Antrag nun den Anlass geben muss, in einer umfassenden Form über das hohe Gut der Öffentlichkeit in Gerichtsverhandlungen und seine Grenzen und Schranken allgemein in Selbstbefassung zu beraten, weiß ich nicht genau. Vielleicht ist das ein bisschen hoch gegriffen, verschließen würden wir uns einer solchen Behandlung natürlich nicht.

Hier geht es heute um den Antrag der Regierungsfraktionen zur Änderung des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht. In Wahrheit ist es ja der Formulierungsvorschlag der Richter des Hamburgischen Verfassungsgerichtes und dazu komme ich noch. Dieser Antrag lag dem Rechtsausschuss bereits in der letzten Legislaturperiode als Drucksache 16/6124 zur Beratung vor. Der Antrag wurde damals, im Sommer des letzten Jahres, wegen des nahen Endes der Legislaturperiode zunächst vertagt und dann fiel er der Diskontinuität zum Opfer.

Der entsprechende Antrag liegt uns nun erneut vor und ich nehme es vorweg, dass wir diesem Antrag heute zustimmen werden. Der Antrag orientiert sich im Wesentlichen an den bereits geltenden Ausnahmeregelungen in verschiedenen Bundesländern und den für das Bundesverfassungsgericht geltenden Bestimmungen. Wir hatten bei der damaligen Sitzung des Rechtsausschusses bereits klar gestellt, dass wir grundsätzlich keine Einwendungen gegen eine eingeschränkte Zulassung von Fernsehaufnahmen bei den Verhandlungen vor dem Hamburgischen Verfassungsgericht haben. Andernfalls hätten wir auch den Antrag abgelehnt.

Genauso klar hatten wir aber darauf hingewiesen, dass eine Einführung des sogenannten Court-TV nach amerikanischem Vorbild durch die Hintertür mit uns nicht zu machen ist.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dass die Grundsätze eines fairen und rechtsstaatlichen Prozesses nicht in jedem Fall gewährleistet sind, wenn Kameras jede Regung und Bewegung eines Angeklagten oder Zeugen live in die Wohnzimmer von Millionen übertragen, wissen wir nicht erst seit dem unseligen Medienrummel um den Mordprozess gegen den amerikanischen Footballstar O. J. Simpson.

Der hier vorliegende Antrag wird allerdings nicht dazu führen, dass die Verhandlungen vor dem Hamburgischen Verfassungsgericht demnächst in voller Länge im Fernsehen zu sehen sind, denn erlaubt sein werden nur Bilder und Aufnahmen vom Beginn der mündlichen Verhandlung bis zur Feststellung der Anwesenheit der Beteiligten und der öffentlichen Verkündung von Entscheidungen. Dennoch bestand seinerzeit noch ein genereller Beratungsbedarf über die Sache. Immerhin sehen die meisten Landesverfassungsgerichte diese Öffnung noch nicht vor. Aber nicht nur deshalb, sondern zuletzt nicht auch deswegen, weil der Antrag seinerzeit mit dem angeblichen Interesse der Medien an einer entsprechenden Berichterstattung begründet war. Das allein kann aber nicht ausschlaggebend sein, denn selbstverständlich haben die Medien nicht nur ein Interesse an einer eingeschränkten Zulassung zur Fernsehberichterstattung, sondern vor allem an der Übertragung der gesamten mündlichen Verhandlung. Die überdurchschnittlichen Einschaltquoten, welche die nachgestellten Gerichtssendungen auf vielen Fernsehkanälen erreichen, belegen dieses. Die Konsequenz müsste daraus also sein, das Verbot der Fernsehübertragung aus den Gerichtssälen generell aufzuheben.

Wir sehen uns dagegen hier im Einklang mit dem Bundesverfassungsgericht. Dies hat sich bereits im Januar des vergangenen Jahres mit der grundsätzlichen Frage der Zulassung von Fernsehaufnahmen aus Gerichtsverhandlungen an ordentlichen Gerichten beschäftigt und diese mit guten Gründen abgelehnt. Richtig ist es daher, auch dem Hamburgischen Verfassungsgericht eine Möglichkeit zu schaffen, bei der Bedrohung schutzwürdiger Interessen von Beteiligten oder Dritten die Übertragung zu verbieten, wie es in Absatz 2 des neuen Gesetzes vorgesehen ist. Wir vertrauen darauf, dass das Hamburgische Verfassungsgericht in seiner Anwendung des Paragraphen 16a, des neuen Paragraphen, mit Augenmaß und Verantwortungsbewusstsein handeln wird. Wir werden dem Antrag zustimmen. Dabei stört uns nicht – nun dürfen Sie zuhören –, dass er nur von den Fraktionen der Regierung gestellt ist, obwohl der Präsident des Hamburgischen Verfassungsgerichts in dem Schreiben, mit dem er den Gesetzesvor-

C

D

(Rolf-Dieter Kloos SPD)

A schlag der Richter an die Präsidentin der Bürgerschaft geschickt hat, die Hoffnung zum Ausdruck gebracht hat, dass es aus der Mitte der Bürgerschaft, also interfraktionell, zu einer entsprechenden Gesetzesinitiative komme. Darauf wollte die Regierungskoalition aber offenbar nicht warten.

(Wolfhard Ploog CDU: Hätten Sie doch tun können!)

Natürlich macht das den Antrag nicht falsch. Allerdings wäre es redlich gewesen, meine Damen und Herren von der Opposition

(Heiterkeit bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Norbert Fröhlauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Etwas langsam!)

– ich bin etwas zu schnell –,

(Beifall bei der SPD und der GAL)

von der Koalition und Herr Ploog, jedenfalls in der Begründung des Antrages deutlich auf die Urheberschaft des Vorschlages, nämlich des Hamburgischen Verfassungsgerichts, hinzuweisen und sich nicht durch die Unterlassung der eigenen Erfinderschaft zu Unrecht zu rühmen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Farid Müller: Das Wort hat der Abgeordnete Lüdemann.

B **Carsten Lüdemann** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eigentlich wollte ich gar nicht dazu reden. Ich verstehe es eigentlich nicht, wie man es bei einer solch grundsätzlichen, einfachen Sache schafft, eine Debatte rauszuquetschen.

(Beifall bei der GAL – Alexander Porschke GAL: Wir verstehen das auch nicht!)

Ich will nur mit zwei Worten sagen, worum es geht. Die FDP hat angefangen.

(Ja-Rufe bei der SPD und der GAL)

Nun haben Sie Ihren Lacher, Herr Porschke. Nun lassen Sie mich einmal zu Ende reden. Sie können sich auch noch einmal melden und dann sitzen wir um 21 Uhr noch hier und reden über diese Kleinigkeit.

Es geht hier nicht um das Gesetz zur Änderung und, und, und. Es geht einfach um das, was wir alles kennen, abends Tagesschau, eine wichtige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, man sieht, wie die Richter hereinkommen, sich hinsetzen und kurz die grundsätzliche Entscheidung verlesen, mehr nicht. Die gleiche Regelung ist bislang rechtlich nicht möglich für Hamburg und darum geht es. Es geht nicht um O. J. Simpson und nicht um die schutzwürdigen Rechte von Privatpersonen und so weiter. Herr Kloos, wenn Sie es haben wollen und wenn Sie es für Ihr Ego brauchen, der Antrag ist auf Empfehlung des Verfassungsgerichtes geschrieben worden. Das Verfassungsgericht wollte diese Regelung haben, um endlich diese Übertragungen machen zu können. Gar kein Problem. Wir sind da gar nicht so eitel, dass wir sagen, das wäre auf einmal der geniale wissenschaftliche Streich von uns, diese Gesetzesänderungen zu bringen. Darüber brauchen wir doch gar nicht lange zu reden.

(Beifall bei der SPD und GAL)

C Es geht nur darum, diese einfache Regelung zu haben. Wenn es nach mir gegangen wäre, dann hätten wir das kurz abgestimmt und die Sache wäre erledigt.

(Beifall bei der SPD und GAL)

Ihr Applaus doch dann bitte auch an die SPD, die es schafft, dann noch zehn Minuten darüber zu reden. Das ist doch vollkommen überflüssig.

Lassen Sie uns einfach abstimmen und das Gesetz annehmen. Dann haben wir diese kleinen Änderungen und sind durch damit.

(Beifall bei der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Vizepräsident Farid Müller: Das Wort hat Herr Maaß.

Christian Maaß GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Lüdemann, Sie haben vollkommen Recht.

(Bernd Reinert CDU: Das genügt!)

Inhaltlich besteht überhaupt kein Dissens. Wir stimmen dem zu. Es handelt sich um eine rein technische Anpassung des Wortlautes. Da wurde der Antrag des Verfassungsgerichtes abgeschrieben. Interessant ist doch eigentlich nur, dass hier offensichtlich versucht wurde, die liberale Handschrift in dieser Debatte zu beweisen,

(Dr. Michael Freytag CDU: Sie sehen Gespenster!)

die bisher in dieser Koalition noch nie zu sehen war. Deswegen sitzen wir hier und tun uns diese Debatte an.

(Dr. Michael Freytag CDU: Setzen Sie sich doch wieder hin!)

D Wenn wir diese akademische Debatte, die Herr Müller-Sönksen angesprochen hat, führen wollen, können wir das gerne im Verfassungsausschuss machen. Dann sollten wir uns Experten dafür einladen. Das sollten wir nicht hier an diesem Abend tun. Dass wir hier überhaupt diskutieren müssen, Herr Lüdemann, ist eher symptomatisch für die bisherige Arbeit, die auch von Teilen dieser Fraktionen bisher geleistet wurde. Es gibt wenig Greifbares, es gibt nichts Neues, man schmückt sich mit fremden Federn und es gibt viel Gerassel darum.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Farid Müller: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Die sehe ich nicht. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer möchte das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Sechste Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht einstimmig in erster Lesung beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu? –

(Der Senatsvertreter gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Somit ist das Gesetz einstimmig beschlossen.

(Vizepräsident Farid Müller)

- A Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 14: Antrag der Fraktion der SPD zum Kinderbetreuungsgesetz.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Hamburger Kinderbetreuungsgesetz (KibeG)
– Drucksache 17/252 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion zur federführenden Beratung an den Jugend- und Sportausschuss und mitberatend an den Schulausschuss überweisen.

Die Fraktion der Partei Rechtsstaatlicher Offensive beantragt eine Überweisung zur federführenden Beratung an den Schulausschuss und mitberatend an den Jugend- und Sportausschuss.

Wer möchte das Wort? – Herr Böwer, Sie haben es.

Thomas Böwer SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wäre sicherlich sehr spaßig gewesen, zu dem Tagesordnungspunkt zu reden, zu dem Herr Zuckerer von unserer Seite hätte reden sollen. Wir reden hier zu diesem Tagesordnungspunkt zum Gesetzentwurf der Hamburger SPD und der SPD-Bürgerschaftsfraktion unter dem Namen KibeG, Hamburger Kinderbetreuungsgesetz.

Wir haben dieses Gesetz im Rahmen der mittlerweile drei bis vier Jahre dauernden Debatte um den Systemwechsel im Kindergartenbereich angekündigt. Wir haben gesagt, im ersten Quartal 2002 legen wir einen entsprechenden Gesetzentwurf vor, und wir halten Wort.

(Beifall bei der SPD)

- B Lassen Sie mich, meine sehr geehrten Damen und Herren, bei Wegfall aller Polemik die verschiedenen Schwerpunktsetzungen in der Frage der Kindergartenpolitik in dieser Stadt zwischen CDU auf der einen Seite und SPD auf der anderen Seite einmal herausstellen.

Wenn man sich die Diskussion im Vorfeld der Bürgerschaftswahlen angeguckt hat, dann hat die CDU sehr deutlich einen Schwerpunkt auf den Bereich „Senkung der Elternbeiträge“ gelegt. Das war sozusagen der Wahlkampfhit der CDU. SPD und GAL haben in dieser Frage gesagt: Erst den Ausbau voranbringen, dabei die Standards halten und als Drittes in der Priorität werden wir uns an die Elternbeiträge machen.

Wenn man sich nun den 11. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung anguckt, dann werden Sie feststellen, dass wir mit dieser Prioritätssetzung, erst Ausbau, Standards halten und dann erst die Elternbeiträge senken, richtig liegen. Im 11. Kinder- und Jugendbericht können Sie auf Seite 16 der Zusammenfassung nachlesen:

„Der erforderliche Ausbau von verlässlichen Ganztagsangeboten entsprechend den individuellen Bedürfnissen hat aus Sicht der Kommission Vorrang vor einer generellen Beitragsfreiheit.“

In der Fachöffentlichkeit ist diese Frage sehr deutlich beantwortet worden. Im Übrigen, was die Senkung der Elternbeiträge angeht, so hat das Ganze wohl doch mehr einen symbolischen Charakter, um den einen oder anderen zu verleiten, einmal in das Wahlprogramm zu gucken.

Gucken wir dann in das Wahlprogramm und in den Koalitionsvertrag, da steht drin, Sie senken die Elternbeiträge. Egal, ob man nun der Auffassung ist, ob das richtig oder falsch ist: Für das Jahr 2002 trifft das nicht zu. Im Gegenteil. Nonchalant werden 250 000 Euro aus der Erhöhung

des Elternbeitrages, die mit der Erhöhung des Kindergeldes zusammenhängen, genommen, um eine Sparquote zu erbringen. Nicht etwa, um das Geld im Kita-System zu lassen, sondern, um eine Sparquote zu erbringen! Das finde ich doppelzüngig.

(Beifall bei der SPD)

Noch ein Fakt. Dann beraten wir den Haushalt und Senator Lange war im Haushaltsausschuss, als es um Kita-Fragen ging.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Das ist er selten!)

Dort verkündet Senator Lange, bis zum Ende der Legislaturperiode gebe es Kitas in Hamburg für alle Eltern unentgeltlich.

(Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt übernimmt den Vorsitz – Anja Hajduk GAL: Hat er gesagt!)

Das hat er gesagt und das lässt sich im Protokoll nachlesen.

Vor dem Hintergrund der Aussagen des 11. Kinder- und Jugendberichtes ist eigentlich die Frage, ob er damit nicht den Familien einen Bärenservice erweist, wenn er im Kita-Bereich auf 50 Millionen Euro verzichtet, anstatt dieses Geld zu nehmen und es in den Ausbau zu stecken. Glauben wir es oder glauben wir es nicht. Aber das wäre die Tatssache, er verzichtet auf 50 Millionen Euro.

(Dr. Willfried Maier GAL: Wo ist denn der Senator?)

– Ich weiß nicht, wo der Senator ist. Ich habe ihn nicht zu vertreten.

Das Kinderbetreuungsgesetz, das wir Ihnen jetzt als SPD-Bürgerschaftsfraktion vorlegen, trägt der Verantwortung der Stadt für ihre Kinder Rechnung. Klar ist – da stimme ich der Kollegin Schnieber-Jastram zu –, dass bei Kindern an erster Stelle die Familie steht. Aber es gilt weiterhin das kleine, aber feine afrikanische Sprichwort:

„Zur Erziehung eines Kindes bedarf man eines ganzen Dorfes.“

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Soviel zum Thema Alleinerziehende!)

– Herr Ehlers, ich würde Ihnen empfehlen, einmal mit der Kollegin Pawlowski oder dem Kollegen Harlinghausen zu reden und sich die Bedeutung dieses Sprichwortes erklären zu lassen, das durchaus im Bereich der Pädagogik seinen Sinn und Zweck hat.

Wir kommen auf die Frage und Bedeutung der Alleinerziehenden noch an anderer Stelle, Herr Ehlers. Wenn Sie Platz nehmen, dann werde ich es Ihnen gleich erklären.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Worum geht es in dem Gesetzentwurf, den wir Ihnen heute vorlegen? Es geht um eine Kinderbetreuung, die die Bildungschancen angleicht; es geht um eine Kinderbetreuung, die die Gesundheit fördert; es geht um eine Kinderbetreuung, die Familien beteiligt und unterstützt und es geht letztendlich auch um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir werden nachher dem Kollegen Karl-Heinz Ehlers erklären, welche Bedeutung es auch für Alleinerziehende hat.

Konkret geht es vor allem um sechs Punkte.

Erstens: Wir werden mit der Hamburger Garantie auf Kinderbetreuung durch die Kita-Card diesen gesamten Bereich verbessern.

C

D

(Thomas Böwer SPD)

A Zweitens: Wir wollen eine Stärkung des Bildungsbereiches in Kitas mit Hilfe eines Qualifizierungskuratoriums.

Drittens: Wir wollen eine gesetzlich verankerte Mitbestimmung von Kindern in den Kitas.

Viertens: Wir wollen mehr Mitbestimmung und Beteiligungsrechte der Eltern in den Kitas und wichtiger noch auf Bezirks- und Landesebene.

Fünftens: Wir wollen die Verzahnung von Gesundheitsförderung und Tagesbetreuung.

Sechstens: Wir wollen auch eine realistische Reform der Elternbeiträge.

Zentraler Bestandteil – Herr Ehlers, jetzt kommen wir langsam auf den Bereich der Alleinerziehenden zu sprechen – des von uns vorgelegten Gesetzentwurfes ist die Hamburger Garantie auf Kinderbetreuung, nach der alle Kinder, deren Eltern berufstätig sind oder in Ausbildung stehen, einen Betreuungsplatz in vollem Umfang der Arbeits- und Ausbildungszeit ihrer Eltern erhalten. Das ist der Unterschied: Wir bauen aus und senken nicht irgendwann einfach nur die Elternbeiträge.

(Beifall bei der SPD)

Wir gehen darüber hinaus und sagen, Kinder mit besonderem pädagogischen Bedarf, Kinder aus schwierigen sozialen und familiären Bedürfnissen brauchen darüber hinaus eine besondere Betreuung, und zwar nicht erst ab dem fünften Lebensjahr, sondern schon ab dem achten Monat, zweiten Lebensjahr, dritten Lebensjahr. In einem Punkt stimmen wir überein. Ein Kind, das in Hamburg drei Jahre in einer Kindertagesstätte war, sollte bei der Einschulung deutsch sprechen. Darin sind wir uns einig.

B KibG sieht vor, in dem Bereich den bisher bestehenden bundeseinheitlichen Rechtsanspruch auf eine vierstündige Betreuung bei den Drei- bis Sechsjährigen auf mindestens fünf Stunden zu erhöhen. Damit wollen wir auch den Bildungsanspruch der Kitas stärken.

Der neue Senat ist dem sowohl von SPD/GAL- als auch von CDU-Fraktion angegangenen Umsteuerungsprozess von einer angebots- zu einer nachfrageorientierten Systematik der Kinderbetreuung gefolgt. Das finde ich gut. Das muss man an dieser Stelle deutlich sagen.

Über die Frage Kita-Card und Gutscheinsystem „so what“. Ein Punkt, Herr Lange, wird uns an dieser Stelle bei allen Kooperationsgedanken, die im Bereich der Jugendhilfe notwendig sind, allerdings unterscheiden. Allein der bloße Systemwechsel reicht aus unserer Sicht nicht aus. Dem Zwischenbericht des Senates vom September 1999 liegt auch jene Hamburger Rechtsgarantie bei Berufstätigkeit zugrunde. Sie ist in dem Zusammenhang aber nur mit einem massiven Ausbau zu erreichen und dafür steht Sozialdemokratie.

(Beifall bei der SPD)

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Herr Ehlers, ist nicht nur eine Gleichstellungsfrage. Sie ist auch eine soziale Frage und jetzt kommen wir auf Ihren Einwand zu den Alleinerziehenden.

Wer das Armutsrisiko von Familien nachhaltig senken will – und nicht nur symbolisch –, wer insbesondere Alleinerziehende dazu bringen will, Arbeit anzunehmen, muss ihnen die Frage, wo wird mein Kind betreut, abnehmen. Das wissen wir übrigens auch aus Wisconsin, jenem Modellversuch, den Koch im Augenblick propagiert. In Wisconsin ist der Etat der Kinderbetreuung um 20 Prozent

gestiegen, weil man nämlich die so genannten „Welfare-mothers“ nur dann aktivieren kann, wenn man ihnen diese Frage der Kinderbetreuung abnimmt, und das tun wir mit der Hamburger Rechtsgarantie.

(Beifall bei der SPD)

Die Frage der Qualifizierung, ein Punkt, den wir immer angesprochen haben. Der Beruf der Erzieherin war schon immer anspruchsvoll. Heute aber sind die Ansprüche an die Bildungsprozesse von Kindern gewachsen, damit wachsen auch die Herausforderungen an Krippen, Kindergärten und Horte und darauf müssen Erzieherinnen besser vorbereitet werden. Deswegen schlagen wir die Installation und Einrichtung eines Qualifizierungskuratoriums vor. Wir wollen an dieser Stelle den Austausch zwischen Praxis und Theorie institutionalisieren. Ein Punkt, den wir ebenfalls im Gesetz vorgesehen haben. Dass Kinder in Kitas beteiligt werden, partizipieren – die Frage hatten wir im Zusammenhang mit anderen Debatten, wie wir Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche schaffen –, ist nicht neu. Aber die Rechte von Kindern in einen Gesetzesrang zu erheben ist neu und den Weg sollten wir gehen. All diejenigen, Frau Pawłowski, die in Kindergärten waren, wissen, dass Eltern mehr Mitwirkungsrechte verlangen. Auch den Weg sollten wir gehen.

(Bettina Pawłowski CDU: Haben wir immer gefordert!)

– Das haben wir immer gefordert. In diesem Punkt sind wir auch nicht auseinander. Hier im Gesetz ist es auf Bezirks- und Landesebene geregelt, um selbsternannten Vertretern von Eltern ein gewisses Maß Einhalt zu gebieten und für Demokratisierungsprozesse zu sorgen.

(Beifall bei der SPD)

Gesundheitsförderung ist der fünfte Punkt. Wir brauchen eine noch stärkere Verzahnung zwischen der Gesundheitsförderung auf der einen Seite und Kita und Kindertagesstättenarbeit auf der anderen Seite. Das Vorziehen der Vorsorgeuntersuchung im Zusammenhang mit dem Eintritt des Kindes in eine Kita ist aus meiner Sicht der richtige Weg.

Last, but not least Elternbeiträge. Da haben wir als SPD in der Tat auch einen schmerzhaften Lernprozess mitgemacht. Wir sind nunmehr der Auffassung – das ist der einzige Bereich, in dem wir uns geändert haben –, dass das Kindergeld nicht länger dem Nettoeinkommen bei der Berechnung von Elternbeiträgen hinzugezählt werden soll. Deswegen sieht das Gesetz an dieser Stelle auch vor, das Kindergeld herauszulassen. Aber gestatten Sie mir einen kleinen Hinweis. Im Haushalt 2001 gibt es Mehreinnahmen von 3,4 Millionen Euro aus dem Bereich Elternbeiträge. Wer die Haushaltsplan-Beratungen richtig verfolgt hat, weiß, dass die Frage, was wir eigentlich mit dieser Kohle machen, noch strittig ist. Ich hoffe, Herr Senator Lange, dass es Ihnen gelingt, von Herrn Peiner das gleiche Versprechen abzuringen, das wir seinerzeit Ingrid Nümann-Seidewinkel abgerungen haben, dass die Mehreinnahmen aus dem Elternbeitragssystem im Kita-System bleiben. Es gehört den Kindern und da gehört es hin.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ein letzter Punkt im Zusammenhang mit den Elternbeiträgen ist die Frage der Patchwork-Familien. An dieser Stelle, was die Frage der unterhaltpflichtigen Eltern angeht, schlagen wir Ihnen eine Regelung in Anleihe an die Kindergeldregelung im Einkommensteuergesetz vor, indem

C

D

(Thomas Böwer SPD)

- A wir so genannte Zählkinder schaffen. Das ist eine behutsame, den Finanzmöglichkeiten der Stadt entsprechende Reform.

Letzter Punkt, was die Überweisungen angeht. Gestatten Sie mir, dass ich das als jemand sage, der der Jugendhilfe verpflichtet ist. Ich finde es gut, dass die Anträge an den Schul- und Jugendausschuss überwiesen werden und wir auch eine entsprechende Debatte führen. Ich habe versucht, möglichst wenig Polemik in den Bereich hineinzubringen, weil das Thema zu ernst ist.

(Rolf Harlinghausen CDU: Das ist Ihnen aber schwer gefallen!)

– Das ist mir schwer gefallen, Herr Harlinghausen, aber ich hoffe, ich werde den Ansprüchen gerecht.

Dass aber der Schulausschuss federführend tätig sein soll bei einer Frage, die das Kinder- und Jugendhilfegesetz betrifft, wundert einen schon. Wir könnten das dann auch federführend an den Europaausschuss überweisen.

Wir werden diese Frage, wie wir es bisher getan haben, im Jugendausschuss sehr fachlich und ernsthaft diskutieren. Wir hoffen, dass der Schulausschuss dann seiner Verantwortung gerecht wird. Dennoch beantragt meine Fraktion, den Antrag zur federführenden Beratung an den Jugendausschuss zu überweisen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Pawlowski.

- B **Bettina Pawlowski** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte auch nicht polemisch werden, aber was Sie hier in Hamburg mit der Kita-Card hinterlassen haben, ist das reinste Desaster und das wissen Sie auch ganz genau. Aus dem Grunde kommt jetzt Ihr schlechtes Gewissen. Wir streiten uns seit Jahren um diese Kita-Card.

Jetzt zu dem, was Herr Böwer eben gesagt hat. Gesundheitsförderung. Sie haben an den Schulen in Hamburg den Sportunterricht heruntergefahren. Es wurde der Bereich der Vorsorge heruntergefahren. Das sind alles Dinge, die Sie jetzt anbringen, aber das war nun einmal so.

Nun zur Historie, dass Sie im Jahre 2000 beschlossen haben, dass 27 Millionen DM eingespart werden. Dann haben Sie uns immer erzählt, die 27 Millionen DM merkt man aber nicht. Natürlich hat man sie an der Qualität gemerkt. Sie wissen auch selber, dass Sie in Ihrer Koalition vorher einen Dissens hatten, dass es gar nicht mehr möglich war. Im Wahlkampf wurde die Kita-Card herausgenommen. Das zur Vorgeschichte.

Im Bundesgesetz sind die Dinge, Herr Böwer, die bei Ihnen in den Paragraphen 22, 23 und 24 enthalten sind, auch verankert. Wir werden Ihren Antrag überweisen – und da sind wir anders als Sie in der Vergangenheit – und uns im Jugendausschuss noch einmal damit befassen, wo man konkret ansetzen kann. Aber grundsätzlich ist es im Bundesgesetz verankert.

Zu dem Punkt der Kostenerstattung. Sie haben in Hamburg dafür gesorgt, dass die Eltern die höchsten Beiträge zahlen. In keinem anderen Bundesland werden diese Beiträge bezahlt. Das hat dazu geführt – um das auch nicht zu vergessen –, dass Eltern ihre Kinder abgemeldet haben. Auch das ist Ihnen bekannt, dass die Eltern gesagt haben,

wir können das nicht mehr zahlen. Für eine alleinerziehende Frau, weil wir auch da immer die alleinerziehenden Frauen unterstützen wollen, hat es sich nicht mehr gelohnt zu arbeiten, wenn sie 600 oder 700 DM bei einem Einkommen von vielleicht 1200 DM zahlen muss.

(Beifall bei der CDU und Zurufe von der SPD)

– Ja, es ist doch aber so. Ich möchte nur, dass es gerecht ist. Wir haben jahrelang eine Flexibilität in diesem Bereich gefordert. Das haben Sie grundsätzlich abgelehnt. Dann haben Sie – wie es in der Vergangenheit öfter war – Anträge, die wir gestellt haben, abgelehnt und sie nach drei Monaten selber eingebbracht. Das war auch bei dem Kindergeld so. Auch bei dem Baukindergeld haben wir gesagt, das muss angerechnet werden. Sie haben es nicht getan. Es ist natürlich sehr einfach, sich hier hinzustellen und zu sagen, dass das jetzt alles passieren muss. Sie wissen selber, wie schwierig das ist. Wäre es gegangen, hätten Sie es schon in der letzten Legislatur umgesetzt.

Ich habe viele Podiumsdiskussionen, auch mit Herrn Böwer, mitgemacht. Sie wissen genau, dass in Ihrer Fraktion der größte Dissens war. Aber sich jetzt hier so aufzuspielen, wir wollen, wir wollen, wir wollen. Was haben Sie getan? – Sie haben gar nichts getan.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Wir werden weiterhin – das haben wir auch als Opposition gesagt – konstruktiv mitarbeiten. Jetzt werden wir mit Ihnen zusammenarbeiten. Wir wollen das Beste für die Kitas. Wir wollen das Beste für die Eltern. Dafür wird ein Konzept erarbeitet und dann wollen wir mal sehen, was wir in Zukunft für die Kinder in dieser Stadt machen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Freund.

Katrin Freund Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Gesetzentwurf der SPD belegt wieder einmal das neue Interesse der Opposition an teuren Ideen. Natürlich sind wir für Anregungen in der Schulpolitik dankbar und selbstverständlich ist Ihre Mühe lohnenswert. Aber man muss sich wirklich fragen, warum Sie diesen Entwurf fast genau 100 Tage nach der Wahl und nicht während der mehr als 15 000 Tage Ihrer Regierungszeit einbringen, zumal Ihr Kinderbetreuungsgesetz zwei Jahre alt ist.

Wenn wir Ihren Entwurf jetzt noch inhaltlich tauglich befinden würden, dann würden wir Ihnen vielleicht sogar Lernfähigkeit attestieren.

(Antje Möller GAL: Reden Sie doch mal zum Thema!)

– Das tue ich die ganze Zeit. Da Sie aber bevorzugen, in der Opposition zu behaupten, Ihre Wahlversprechen einzulösen, dann muss ganz deutlich gesagt werden, auch der Bereich Bildung und Erziehung wurde wirklich Opfer Ihres Rasenmähersparens. Die Ergebnisse sind – wie der Name der entsprechenden Studie – lau.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

C

D

(Katrin Freund Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

A Trotzdem wollen wir keine Generaldebatte führen und inhaltliche Arbeit nicht nur wegen ihres Absenders ablehnen, denn es ist schön, dass Sie sich nach dem, was wir heute und in den letzten Tagen und Wochen von Ihnen gehört haben, dazu durchgerungen haben, jetzt wieder zur Sachpolitik zurückzufinden.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Leider sind Sie jedoch im alten gescheiterten SPD-Denken hängen geblieben. Ihr Modell impliziert Kosten für alle. Selbst extrem Bedürftige hätten in Ihrem Modell immer noch einen Eigenbetrag zum Kindergarten zu leisten. Dabei wissen Sie ganz genau, dass oft arme, kinderreiche oder ausländische Familien diesen Beitrag nicht leisten können oder auch wollen. Damit nehmen Sie auch in der Neufassung Ihres Gesetzes den Kindern gesellschaftlich die Chancen zur Entwicklung.

Nicht erst seit PISA ist uns klar, nur wer deutsch kann, hat eine Chance auf einen Schulabschluss. Das wissen auch Sie. Deutsch lernen soll und wird ein Kind in Hamburg bereits im Kindergarten und dafür wird unsere Regierung sorgen. Ihr Beitragssystem schließt manche Kinder aus. Wir haben das von vielen Seiten gehört. Das ist alles andere als sozial oder demokratisch.

Aber auch ein modernes Frauenbild werden Sie so kaum umsetzen. Wer sich keinen Kindergartenplatz leisten kann, bleibt zu Hause und lernt auch kein Deutsch. Integration, vor allem für Familien, in denen traditionell ein überkommenes unfreies Frauenbild meist aus vermeintlichen religiösen Gründen vorherrscht, ist Ihr Entwurf unbrauchbar und sogar kontraproduktiv. Im Interesse der Kinder, der Mütter und der Familie, die einen sehr hohen Stellenwert haben, hält unsere Koalition an ihrem vereinbarten Ziel fest, das Angebot langfristig für alle wesentlich kostenünstiger oder sogar kostenfrei zu gestalten.

B Dem flexiblen Gutscheinsystem der Koalition gehört die bildungspolitische Zukunft der Stadt. Mit Ihrer aus der Mottenkiste gezogenen Kita-Card haben Sie schon vor der Wahl Schiffbruch erlitten. Das ist Ihnen auch bekannt. Es werden jetzt in bewährter Manier Kuratorien und Schiedsstellen eingerichtet, deren Entscheidungen durch den unterlegenen Beteiligten sofort zum nächsten Verwaltungsgericht führen. Mit anderen Worten: Es sollen neue Gremien nebst Kosten entstehen, die den Kindern soviel nützen wie der Kropf der Polizeikommission den Polizisten.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Aber wir werden uns von Ihrer Kommissionitis nicht anstecken lassen. Wir brauchen solche Gremien auch nicht, um einen Tummelplatz für verdiente Parteigenossen zu finden.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Da kennen Sie sich ja aus!)

Allerdings wollen wir als Koalition auch nicht verschweigen, dass Sie mit ein paar Ansätzen in die richtige Richtung gehen. Niemand in diesem Hause ist zum Beispiel dagegen, die verpflichtende Erhöhung von vier Stunden auf fünf Stunden täglich durchzuführen. Viele der Betreuungseinrichtungen der Stadt bieten dies ohnehin schon und insofern wird es möglich sein, das auch umzusetzen.

Auch ist eine kindgerechte Förderung von Lernaktivitäten im Vorschulalter ganz im Sinne der Koalition. Wir wollen gerade in diesem Bereich verbindlich sicherstellen, dass Kinder bei der Einschulung sprachlich und psychisch

C schulreif sind. Deshalb werden wir in diesem Feld die Initiative ergreifen und ein System bei der bedarfsvorbindlichen kostenlosen Sprachförderung im Vorschulalter implementieren. Denn es nützt nichts, Kindern bei Bedarf ein Betreuungsangebot bis in die Pubertät, bis 14 Jahre, zu bieten, wenn das Kind im wahrsten Sinne des Wortes bereits in den Jahren davor schon in den Sprachbrunnen gefallen ist.

Ihr Antrag zeigt, dass Sie in Zukunft im Schulausschuss – und ich betone im Schulausschuss – Sacharbeit leisten und Grundsatzdebatten führen wollen und dies ist ganz in unserem Sinne. Wir wollen einen breiten Konsens in der Bildungspolitik. Das habe ich schon des Öfteren gesagt und ich wiederhole es gern. Deswegen freue ich mich, in Zukunft im Schulausschuss mit Ihnen darüber debattieren zu dürfen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Als nächstes hat Frau Goetsch das Wort.

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Freund, beim letzten Mal habe ich Sie geschont, aber wenn Sie sagen, es wird jetzt endlich wieder eine Sachdebatte geführt und man spricht über fachliche Dinge, dann muss ich feststellen, dass Sie jedes Mal auf Anträge und inhaltliche Ausarbeitungen eingehen, die nicht von Ihnen stammen, sondern dieses Mal von der SPD und das letzte Mal von uns. Wie gesagt, wir führen hier die Fachdebatte, aber von Ihnen lag dazu bisher kein Antrag vor; es war nichts als heiße Luft oder Seifenblasen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

D

Insofern ist es schön, wenn wir dann die Möglichkeit haben, die Fachdebatte wenigstens aufgrund der Anträge der Opposition zu führen.

Ihnen, Frau Pawłowski, muss ich sagen, dass Sie ein paar Dinge in der letzten Legislaturperiode nicht so richtig mitverfolgt haben. Ich habe die Jugenddebatten immer von der Schulseite mitbekommen. Mit dem Sport ist das so nicht ganz richtig. In der letzten Legislaturperiode ist keine einzige Sportstunde gestrichen worden. Ich würde es sehr begrüßen, jetzt die dritte Sportstunde einzurichten. Nur muss man erst einmal überlegen, woher man es nimmt, wenn man es nicht stiehlt.

Dann zu den Beiträgen. Wer 1200 DM verdient, der zahlt keine 750 DM Elternbeitrag für die Kita, liebe Frau Pawłowski. Da müssen Sie schon zwei Lehrergehälter verdienen, also nach „A26“ besoldet werden, wenn Sie 750 DM bezahlen sollen. Kita-Card hin und her. Ich weiß, dass heiße Debatten geführt wurden. Sie nennen es jetzt Gutscheinsystem. Das Wichtige ist doch, dass wir ein nachfrageorientiertes System haben und nicht die alten Zöpfe von gestern. Insofern ist das zwar eine nette Polemik, die vier Jahre lang ausgetragen wurde, aber, ich glaube, in der Sache sehen Sie das falsch.

Jetzt zum eigentlichen Gesetz. Lieber Thomas Böwer, ich muss sagen, insgesamt gar nicht schlecht. Ich finde, dass das im Grunde genommen eine konsequente Fortführung der Arbeit ist. Es wurde auch gesagt, man habe im Laufe der Zeit auch dazugelernt. Wir auch, zum Beispiel im Kontext der Frage, wie wir mit zweisprachigen Kindern umgehen, was mehr in dieser Frage zu tun ist. Das können wir nur unterstützen. Ich möchte mich hier, um nicht redundant

(Christa Goetsch GAL)

- A zu sein, auf drei Schwerpunkte konzentrieren, vor allen Dingen auf den Paragraphen 3, den ich für ausgesprochen richtig und wichtig halte. Die personelle und fachliche Fortentwicklung ist ein zentraler Punkt.

In jedem Betrieb, um auf die Wirtschaft zu kommen, spielt Fortbildung eine extrem wichtige Rolle und da wird auch viel investiert. Ich finde es – wie auch schon in der Schule – ausgesprochen wichtig, dass die Fortbildung eine zentrale Rolle spielt. Wir von der GAL würden sogar sagen, dass eine Verbindlichkeit eintreten muss. Es muss noch verbindlicher werden, wenn nicht gar verpflichtend und das würde ich hier noch stärker betonen wollen. Es gibt andere Bundesländer, die machen das schon. Es ist außerdem eine wunderbare Ergänzung für die Frage nach dem Bildungsauftrag der Kitas, der zum Teil nicht wahrgenommen werden kann, weil die Qualifizierung der Erzieherinnen nicht entsprechend ist. Das ist kein Vorwurf an die Erzieherinnen, sondern das ist die Tatsache, gerade wenn man sich die Situation im europäischen Vergleich anschaut. Es ist ebenso dringend notwendig, im Kontext mit den Migrantenkindern eine entsprechende Qualifizierung der Erzieherinnen zu erreichen.

Da liegen Sie übrigens, Frau Freund, auch nicht richtig. Sie wollten da irgendein Frauenbild verkaufen. Es ist nun einmal so, dass auch auf der Veddel und in Wilhelmsburg die Kinder bis zu 93 Prozent in die Kita gehen. Aber es geht darum, was dort gemacht wird. Es geht nicht darum, dass die per se zu Hause sind, weil ein anderes Frauenbild in den Migrantinfamilien gepflegt wird. Soweit zur Weiterbildung der Erzieherinnen.

- B Ich möchte ebenso den Paragraphen 17 betonen, bei dem die Qualitätsentwicklung eine zentrale Rolle spielt. Gerade die Qualitätsstandards sind bisher in den Kitas nicht festgelegt. Das ist eine Aufgabe, die nicht von heute auf morgen zu erfüllen sein wird, aber das ist ein zentraler Punkt, den ich als besonders positiv in dem Gesetz hervorheben würde.

Dass in der letzten Legislatur nichts passiert sein soll, ist deutlich an dem Widerspruch zu sehen, dass in dem Schwerpunkt Gesundheitsfürsorge die Ergebnisse der Anhörung in den Gesundheits- und Jugendausschuss eingeflossen sind. Das war eine sehr gute Anhörung, die gezeigt hat, wie man diese Prävention im Gesundheitsbereich viel früher installiert bekommt. Insofern befürworten wir von der GAL den Paragraphen 4 ganz besonders, weil er auch eine Verpflichtung für die Eltern beinhaltet, die Vorsorgeuntersuchungen mit dem bekannten Untersuchungsheft ernst zu nehmen. Letztendlich wissen wir selbst, was wir in den frühen Jahren durch Vorsorge nicht feststellen, haben wir später im Gesundheitsbereich auszubaden. Die Ausweitung der Betreuung wurde von uns immer propagiert in Richtung fünf beziehungsweise sechs Stunden. Das können wir nur unterstützen. Das ist wichtig.

Zum Schluss will ich noch einen Satz zu den Elternbeiträgen sagen. Ich denke, es ist ein mutiges Unternehmen, vom ersten bis zum 14. Lebensjahr die Kostenbeteiligung entsprechend zu betreiben. Ich glaube, dass wir auf Dauer eine Umschichtung von oben nach unten machen müssen, das heißt, dass wir in Richtung Kostenfreiheit in der Kita, zum Beispiel als ersten Schritt das letzte Jahr vor der Schule, arbeiten müssen, auch in Richtung Bildungsgutscheine denken sollten und eine große Umschichtung von oben nach unten machen müssen. Ich denke, das ist eine große Aufgabe für die nächsten Jahre. Es wird ja auch

C bundesweit diskutiert, inwieweit mehr in die Kitas und in die Grundschule investiert werden muss als erst später oder in die „Reparaturbetriebe“ nach der Schule.

Ich bin allerdings auch der Meinung, wie Thomas Böwer, dass wir das Thema nicht federführend im Schulausschuss diskutieren sollten, weil es wirklich ein ureigenes Thema ist von Kindern und Jugend. Es ist schön und gut, immer die Schnittstelle zu sehen – das kann ich nur unterstützen –, aber hier werden wir dafür plädieren, dass es im Jugendausschuss diskutiert wird und dazu die Sachverständigen eingeladen werden. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat jetzt Herr Dr. Schinnenburg.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wie Sie vielleicht wissen, stellt die FDP die Bildungspolitik völlig in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen; deshalb stellen wir auch den Senator.

Eine der wichtigsten Forderungen im Bildungsbereich ist das lebenslange Lernen. Insofern begrüßen wir es außerordentlich, wenn die SPD einen gewissen Lernprozess durchgemacht hat. Das Problem ist – das werde ich gleich aufzeigen –, dass er noch nicht sehr weit vorangeschritten ist.

Sie haben eingesehen, dass es falsch war, so kurze Betreuungszeiten von nur vier Stunden als Minimum pro Tag anzubieten. Ebenso ist es ein Fehler, das Kindergeld bei der Berechnung des Elternbeitrages mitzuzählen. Dass Sie diesen Fehler eingesehen haben, dazu beglückwünschen wir Sie.

F Es gibt sogar noch Raum für einen weiteren Glückwunsch. Wie Sie vielleicht wissen, sind Gesetze im Allgemeinen eher eine trockene Materie. Sie haben es aber geschafft, in dieses Gesetz auch einen unterhaltsamen Punkt hineinzubringen; auch dafür möchte ich Ihnen danken. In Paragraph 23 Absatz 2 haben Sie formuliert – ich lese es vor –:

„Kindern in Krippen“ –

– das sind die bis Dreijährigen –

„soll Gelegenheit gegeben werden, eine in der Einrichtung tätige Person zu ihrer Vertrauensperson zu bestimmen.“

Meine Damen und Herren, das ist in der Tat dazu geeignet, ein trockenes Gesetz etwas aufzulockern. Soweit das Lob.

Leider sind aber eine ganze Reihe von Mängeln festzustellen, beispielsweise die Qualitätskriterien. Es ist vollkommen richtig, dass bei Kitas die Frage der Qualität der Mitarbeiter selbst von zentraler Bedeutung ist. Wenn Sie ein riesiges Gesetz formulieren, darin aber nicht ein einziges Qualitätskriterium verankern, begehen Sie schon einen grundsätzlichen Fehler. Es hat keinen Sinn, ein Kuratorium einzusetzen und dem überhaupt nichts vorzugeben. Ein Mindestmaß an Qualitätskriterien gehört in das Gesetz. Das ist der erste Fehler.

Zweiter Fehler: Sie sprechen von fünf Stunden, die Sie anbieten; wie gesagt, den Lernprozess anerkennend, sind aber auch fünf Stunden immer noch zu wenig, wie Frau Freund das schon zu Recht erwähnt hat. Rechnen Sie einmal nach, wie jemand – meistens sind es Frauen – einen Beruf ausüben soll, wenn er das Kind nur für fünf Stunden unterbringen kann. Das mag in Einzelfällen gehen, aber im

(Dr. Wieland Schinnenburg FDP)

A Regelfall braucht man auch für eine Halbtagsstätigkeit sechs Stunden Kita-Zeit. Das ist der zweite Fehler.

Dritter Fehler: Es mag nicht Ihrem Weltbild entsprechen, aber Liberale denken nicht nur immer in großen Organisationen. Viele Eltern geben ihre Kinder sehr gern zu Tagesmüttern und -vätern. Die tauchen bei Ihnen, wenn überhaupt, nur rudimentär auf. Ich halte es für sehr wichtig, auch das Angebot der Tagesmütter und -väter zu verbessern, insbesondere deren steuerrechtliche Rahmenbedingungen; das will ich nicht weiter vertiefen, aber auch dieser Punkt muss erwähnt werden. Das ist der dritte Fehler.

Vierter Fehler: Sie haben zwar eingesehen, dass das Kindergeld bei der Bestimmung des Elternbeitrages nicht mehr berücksichtigt werden soll, aber Sie bleiben bei Ihrem Grundansatz, dass die Einkommensberechnung nach dem Bundessozialhilfegesetz zugrunde gelegt wird. Meine Damen und Herren, das ist nach wie vor sogar ein ganz schwerer Fehler. Denn dies führt zu nichts anderem, als dass fast alle Leistungen des Familienlastenausgleichs bei Steuern, Kindergeld, Eigenheimzulagen und so weiter wieder einkassiert werden. Das, was wir mühsam in vielen Jahren auf Bundes- und Landesebene an Erleichterungen finanzieller Art für die Familien mit Kindern erreicht haben, kassieren Sie auf diese Weise wieder ein, weil Sie es als Einkommen werten. Es ist nämlich kein Einkommen, sondern nur ein Ausgleich für sonstige Belastungen. Das ist der vierte Fehler.

Fünfter Fehler: Die Kitas in Hamburg leiden nicht nur unter zu hohen Elternbeiträgen, sondern – wenn Sie die Praktiker fragen – vor allem darunter, dass hier ein unglaublicher bürokratischer Dschungel besteht; und Sie bleiben dabei. Die Behörden brauchen Monate, zum Teil mehr als ein Jahr zur Bearbeitung von Anträgen. Das mag ein bisschen an den Behörden liegen, aber vor allem liegt es an dem komplizierten System. Mit den Paragraphen 15 bis 19 steigern Sie das Chaos nochmals. Sie wollen getrennte Vereinbarungen mit einzelnen Trägern, und zwar noch nicht einmal einheitliche, sondern Sie wollen verschiedene Vereinbarungen zu den Elternbeiträgen, den Qualitätsmerkmalen und so weiter; es soll ein riesiger Wust von Vereinbarungen geschaffen werden. Das ist erstens sehr chaotisch und zweitens wird jede Transparenz, die so wichtig ist, beiseite geschoben.

Sechster Punkt: Das ist – wie bereits erwähnt – ein typisch sozialdemokratischer Fehler, die Gremienflut. Elternversammlung, Elternausschuss, Bezirkselternausschuss, Landeselternausschuss und außerdem noch der Gag von vorhin, die Vertrauensperson der Krippenkinder. Meine Damen und Herren, ich bin auch sehr dafür, dass Eltern und Kinder beteiligt werden, wir brauchen aber nicht diese endlose Gremienflut, die Sie hier wieder installieren wollen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Dieser Gesetzentwurf leidet also unter schwerwiegenden Mängeln und ist unsozial. Ich kann mich den Worten von Herrn Böwer nur anschließen, der vorhin zu Recht sagte, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine soziale Frage sei. Wenn Sie als angeblich Sozialdemokratische Partei in diesem Punkt versagen, stellen Sie sich damit selbst ein Armutszeugnis aus.

Hören Sie sich abschließend eine Bewertung nicht aus meinem Munde, sondern von Mathias Taube, dem Vorsitzenden von Hamburgs Familienpower an,

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Der weiß Bescheid!)

der den richtigen Satz sagte:

„Man kann froh sein, dass es sich hier nur um den Gesetzentwurf einer Opposition handelt.“

– Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Böwer.

Thomas Böwer SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! So ist das mit dem Amt und dem Verstand. Herr Schinnenburg, ich habe nicht erwartet, dass Sie nach 100 Tagen einen Gesetzentwurf vorlegen, aber ich kann von Ihnen – und auch von Frau Freund – erwarten, dass Sie sich in die Materie einarbeiten.

(Anja Hajduk GAL: Das dauert aber lange!)

Die Frage, warum in diesem Gesetzentwurf nichts über Qualitätsstandards steht, kann Ihnen dieser Senator beantworten. Ihr Bildungssenator verhandelt in diesen Tagen mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände, der Vereinigung und der SOAL eben über diese Qualitätsstandards, weil wir in der letzten Legislaturperiode festgehalten haben, es nicht per Gesetz, sondern auf dem Wege der Vereinbarung mit den Trägern zu machen. Stimmt das, Herr Harlinghausen? So war es. Man steht dort bezüglich der Beratungen kurz vor dem Abschluss.

Ein weiterer Punkt ist die Frage nach den verschiedenen Vereinbarungen. Ich weiß nicht, wann Sie sich das letzte Mal als Kindergarten-Experte – wenn Sie sich nicht gerade mit den 0,3 Prozent des Herrn Taube treffen – mit dem Landesverband der Wohlfahrtsverbände oder der „Vereinigung“ getroffen haben. Wir haben es getan und sind mit ihnen auch kritisch unseren Gesetzentwurf durchgegangen, wobei es in dieser Frage Einvernehmen gab. Das heißt, der Gesetzentwurf hat eine Geschichte, nämlich die einer dreieinhalbjährigen Diskussion. Das muss man wissen oder man muss sich einarbeiten.

Frau Freund, ein Punkt ist bei allem Unterschied die Frage, wie man Prioritäten setzt. Was mich allerdings gestört hat, ist Ihr Ton; es hat nämlich absolut nichts damit zu tun, ob wir nun Opposition sind oder nicht. Die Frage der Elternmitbestimmung ist eine Prioritätsfrage. Nennen Sie mir fünf Kindergärten und fünf Abendtermine und wir diskutieren gemeinsam mit den Elternräten über die Fragen von Kita; Herr Harlinghausen weiß, dass das ein besonderes Vergnügen ist, ob als Opposition oder als Regierung. Sie werden dann feststellen, dass Eltern insbesondere bei der Frage der Mitbestimmung ausdrücklich mehr Rechte fordern. Genau das ist der Punkt, bei dem Mathias Taube mit Familienpower versucht hat, in dieses Parlament hineinzukommen. Er hatte im Unterschied zu Ihnen, Herr Schinnenburg, 4,7 Prozent weniger, nämlich 0,3 Prozent.

(Dr. Wieland Schinnenburg FDP: 4,8 Prozent!)

– Super.

Deswegen hat es in allen Kindertagesstätten mit den Elternräten die Diskussion darüber gegeben, man möge ihnen analog zur Schulgesetzgebung ein Mitbestimmungsrecht geben, das auf Bezirksebene und auch auf Landesebene geregelt wird. Auch an dieser Stelle erwarte ich nach 100 Tagen keinen Gesetzentwurf – ich freue mich darauf, wenn er kommt, weil wir dann eine fachliche Diskussion haben werden –, aber ich erwarte oder habe die

C

D

(Thomas Böwer SPD)

- A Bitte, dass Sie sich in die Materie einarbeiten und mit den Leuten, die Kitas betreiben, reden; Herr Taube macht keine Kita.

Sie können die „Vereinigung“, die SOAL oder andere konfessionelle Institutionen befragen, alle werden Ihnen bestätigen, dass wir in dieser Frage in den letzten dreieinhalb Jahren mit der CDU auf der einen Seite und der SPD gemeinsam mit der GAL auf der anderen Seite eine intensive Diskussion geführt haben. Aus der Summe dieser Beratungen ist der Gesetzentwurf entstanden und nicht weil wir heute Oppositionspartei sind.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Die sehe ich jetzt nicht. Dann lasse ich abstimmen. Wer stimmt, wie von der SPD-Fraktion beantragt, einer Überweisung der Drucksache 17/252 federführend an den Jugend- und Sportausschuss und mitberatend an den Schulausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist dieser Überweisungsvorschlag abgelehnt.

Ich komme zum weiteren Antrag. Wer, wie von der Partei Rechtsstaatlicher Offensive beantragt, einer Überweisung federführend an den Schulausschuss und mitberatend an den Jugend- und Sportausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist diesem letzten Überweisungsbegehren mit Mehrheit gefolgt.

Ich rufe jetzt die Punkte 5a und 5b auf, Drucksachen 17/270 und 17/269, die Dringlichen Senatsanträge zum Sonderinvestitionsprogramm 2002 und zur Erweiterung der Ermächtigung zur vorläufigen Haushaltungsführung.

B

**[Dringlicher Senatsantrag:
Sonderinvestitionsprogramm 2002
Erweiterung der Ermächtigung zur vorläufigen
Haushaltungsführung („Bepackung“)
– Drucksache 17/270 –]**

**[Dringlicher Senatsantrag:
Haushaltsplan-Entwurf der Freien und Hansestadt
Hamburg für das Haushaltsjahr 2002
Konkretisierung des Sonderinvestitionsprogramms
2002 – Drucksache 17/269 –]**

Die SPD-Fraktion beantragt eine Überweisung der Drucksache 17/269 an den Haushaltausschuss. Wer wünscht das Wort? – Herr Dr. Mattner, Sie haben es.

Dr. Andreas Mattner CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! 50 Millionen Euro aus dem Stand und das bei Deckung aus dem Haushalt für wichtige Zukunftsfelder dieser Stadt, das

(Uwe Grund SPD: Welche Deckung denn? Da sind doch nur Schulden!)

ist die Botschaft des 50-Millionen-Euro-Sonderinvestitionsprogramms der Bürgerkoalition. Es ist zugleich das erste Job-Aktiv-Programm für den Mittelstand seit Jahren und Jahrzehnten in Hamburg. Es kommt den Hochschulen, den Schulen, der Kultur, der Michaelis-Kirche, den maroden Straßen und der Hafeninfrastruktur zugute und der Mittelstand wird es richten.

Meine Damen und Herren, Senator Uldall hat schon jetzt ein Versprechen eingelöst: Für den Mittelstand geht es in Hamburg aufwärts.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP) C

Dass die letzten rotgrünen geführten Senate in Hamburg auf diesem Sektor eine Menge Probleme hinterlassen haben, kann wohl mittlerweile niemand mehr bestreiten. Von Maßnahmen zur Verbesserung der Eigenkapitalausstattung des Mittelstandes oder auch quartiersbezogener Gewerbeförderung konnten die Betroffenen in Wahrheit nur träumen. Die Folge ist, dass die Zahl der Handwerksbetriebe seit Jahren ständig abnimmt. So geht in Hamburg bei aktuell 13 100 Betrieben und rund 140 000 Beschäftigten die Zahl der Arbeitsplätze jährlich um 2000 zurück. Die Zahl der Existenzgründungen ging von 1600 auf 1200 zurück, Abwanderungen mit einem jährlichen Verlust von 1000 Arbeitsplätzen waren zu verzeichnen.

Diese Zahlen sind gerade hier in Hamburg mit über die Jahre durchschnittlich 70 000 Arbeitslosen von besonderer Brisanz. Diese Versäumnisse zwingen jetzt zum entschlossenen Handeln.

Neben spezifischen Maßnahmen, wie der Einrichtung eines Mittelstandslotos als zentrale Ansprechstelle für mittelständische Unternehmen oder etwa die Vergabe von gezielten Existenzgründerhilfen oder die Vereinfachung von Genehmigungsverfahren, wird das 50-Millionen-Euro-Sonderinvestitionsprogramms jetzt Abhilfe und Arbeitsplätze schaffen.

Im Einzelnen: Für die Metropole Hamburg sind leistungsfähige Verkehrswege besonders wichtig. Wo in der Vergangenheit – sei es aus ideologischen Gründen oder bloßer Gleichgültigkeit – notwendige Instandsetzungsarbeiten an Straßen gar nicht oder nur schleppend vorangetrieben wurden, werden im Rahmen des Investitionsprogramms jetzt 18 Millionen Euro investiert. Damit werden dringend erforderliche Deckensanierungsarbeiten an den Fahrbahnen vorgenommen. Jetzt wird gehandelt, wir kommen vom Stau-Senator Wagner zum Bausenator Mettbach.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP) D

Weitere 6 Millionen Euro dienen der Grundinstandsetzung und dem Einsatz in der Hafeninfrastruktur. Hier werden Schleusen, Böschungen und Kaimauern gerichtet und weitere Schwerpunktfelder der Senatspolitik werden ebenfalls profitieren.

Auf dem Gebiet der Bildung werden 10 Millionen Euro eingesetzt, um unseren Kindern eine zeitgemäße Ausbildung zu ermöglichen. Der Senat erneuert naturwissenschaftliche Fachräume in den Schulen, die noch aus Zeiten der Sechziger- und Siebzigerjahre stammen. So hilft Senator Lange schnell und unkompliziert.

Ein Novum in Hamburg ist die Bereitstellung von Mitteln für das Investitionsprogramm von allgemeinbildenden Schulen in freier Trägerschaft. Diese Schulen haben in der Vergangenheit keinerlei staatliche Zuwendungen für räumliche oder sachliche Ausstattungen erhalten und entsprechend hoch ist daher der Instandsetzungsaufwand.

12 Millionen Euro erhalten Hamburgs Hochschulen. Senator Dräger wird sanieren und modernisieren. Hörsäle werden erneuert, die Bio-Informationstechnik erhält Räume. Die Universität für Wirtschaft und Politik erhält ein Studenten-Service-Zentrum.

Meine Damen und Herren, das sind Investitionen in die Zukunft. 4 Millionen Euro fließen in die Kultur für Einzel-

(Dr. Andreas Mattner CDU)

A maßnahmen, Denkmalpflege, Museen, Neu- und Erweiterungsbauten für die Theater und die Musik. Das Planetarium wird mit seiner großen Bedeutung für den Tourismus und für die Bürger dieser Stadt mit 2,44 Millionen Euro eine Sternstunde erleben. Nicht zuletzt gibt es 500 000 Euro für Hamburgs Wahrzeichen, den Michel.

Meine Damen und Herren, das Programm hat einen Doppelleffekt. Es setzt Schwerpunkte in zentralen Politikfeldern und nützt dem heimischen Handwerk. Es soll grundsätzlich in Teil- und Fachlosen vergeben werden.

Das Programm „wachsende Stadt“, das zentrale Element der neuen Regierungspolitik, wird auch ein qualitatives Wachstum werden. Das Sonderinvestitionsprogramm des Senats ist dafür der Beweis. – Danke schön.

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Zuckerer.

Walter Zuckerer SPD: Meine Damen und Herren! Der Senat hat uns ein Sonderinvestitionsprogramm vorgelegt. Herr Dr. Mattner, Sie haben ausgezeichnet dargestellt, welche Maßnahmen es umfasst.

Ich füge dem Folgendes hinzu: Wer in der SPD-Fraktion oder irgendeiner anderen Fraktion in diesem Haus könnte gegen bessere Straßen sein, wer ist nicht etwa für bessere Unterrichtsräume in Schulen, für die Modernisierung unserer Universitäten und Hochschulen, wer könnte abstreiten, dass auch im Hafen die Straßen verbessert werden müssen, und wer könnte überhaupt etwas dagegen haben, dass über dieses Sonderinvestitionsprogramm der Kulturrelatat tatsächlich um 7 Prozent steigt, was, wie ich glaube, in den letzten 20 Jahren noch nie der Fall war? Es ist einfach ein schönes Programm und ich füge hinzu – aus meiner Sicht –, in vielen Bereichen auch ein zweckmäßiges und sehr notwendiges. Ich räume sogar ein, dass ich mich gewundert habe, dass manches nicht gemacht wurde; das habe ich nicht gewusst.

Meine Damen und Herren, wenn man aber tatsächlich etwas abarbeitet, was für diese Koalition – und ich ergänze, auch für viele andere Politiker dieses Hauses – wünschenswert ist, und eine richtige Wunschliste darstellt, dann denke ich, muss man auch eine ganz zentrale Frage positiv beantworten können, ob nämlich dieses Programm in die finanzpolitische Landschaft passt und ob es solide finanziert ist. Lassen Sie mich dazu einige Anmerkungen machen. Ich hätte gern, dass dieses Programm in Hamburg solide finanziert zum Einsatz kommt.

Bereits in der Debatte um die Einbringung des Haushalts habe ich darauf hingewiesen, dass der Senat zwar den Anspruch erhebt, dieses Programm mit Vermögensumschichtungen zu finanzieren, dass das aber nicht der Fall ist. Ich bezweifle nicht, dass Sie ganz legal Mittel aus dem Grundstock in den Haushalt des Jahres 2002 umgeschichtet haben, das ist Ihr gutes Recht. Dennoch kann diese kreative Buchungstechnik schlichtweg nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir derzeit letztlich alle Investitionen über Kredite finanzieren, auch diese, unabhängig davon, ob Sie 50 Millionen Euro hingeschminkt haben oder nicht. Das, denke ich, sollte uns ein Anlass zum Nachdenken sein. Wir erhöhen die Verschuldung für dieses Programm und da, meine ich, ist es notwendig, auf einige Alternativen hinzuweisen.

C Meine Damen und Herren, wenn das hinsichtlich dieser Maßnahmen die Prioritäten dieser Regierung sind und sie dabei vielleicht sogar in vielen Bereichen vom ganzen Hause unterstützt wird, muss man allerdings auch die Frage beantworten, welche Prioritäten es in diesem Haushalt gibt. Wir haben im Haushalt des Jahres 2002 ein Investitionsvolumen von 900 Millionen Euro und müssen uns als für diese Stadt verantwortliche Politiker die Frage stellen, was nachrangig ist und was man tatsächlich umschichten könnte. Es ist eine ziemlich harte, unangenehme und wahrscheinlich auch relativ unpopuläre Aufgabe, zu sagen, was in unserer finanziell dramatischen Situation in diesem Jahr vielleicht nicht mehr geht, unabhängig von dem, was wünschenswert wäre. Ich kritisiere an Ihnen, dass Sie sich dieser Aufgabe bisher nicht unterzogen haben.

(Beifall bei Uwe Grund SPD)

Dieser Aufgabe können Sie sich aber noch bis zur zweiten Lesung unterziehen. Dass wir uns dieser Aufgabe unterziehen müssen, ist, glaube ich, gar nicht zu bestreiten. Sie legen jetzt einfach 50 Millionen Euro drauf; das ist einfach, aber auch ein bisschen billig.

Ich möchte eine dritte Anmerkung zur Finanzierung machen. Niemand in diesem Haus ist doch dagegen, dass das Handwerk gefördert wird und unsere Betriebe Aufträge bekommen. Das geht aber nicht allein durch ein 50-Millionen-Euro-Sonderprogramm; es geht auch mit den Investitionen, die wir in dieser Stadt durchführen werden und die zum Teil in diesem Haushalt ausgewiesen sind. Ich gehe davon aus, dass diese Investitionen für Sie in wesentlichen Bereichen nicht strittig sind; bisher hatten wir jedenfalls nicht diesen Eindruck.

D Wenn wir also tatsächlich etwas für die derzeitige Konjunktur tun wollen, für die Stützung der Wirtschaft dieser Stadt, dann wäre auch die Möglichkeit gegeben, eine Reihe der Investitionen vorzuziehen oder zumindest einige Maßnahmen; und ich füge hinzu, dass sich die SPD-Fraktion dem nicht verschließen würde, die frühzeitige Bepackung vielleicht auch noch kurzfristig zu erhöhen. So haben wir aber ein schlechtes Programm. Wir unterziehen uns dieser Aufgabe nicht und das, finde ich, ist in gewisser Weise ein finanzpolitisch falsches Vorgehen.

Lassen Sie mich etwas zur Mittelstandskomponente sagen, die hier sehr breit dargestellt wurde. Ich kann das ja verstehen, aber wir sollten es ganz einfach nüchtern betrachten: Es ist nichts mit heimisch. Wir sind eine offene Metropole. Alle Investitionen in dieser Stadt, die wir an den Markt bringen, gehen in die Metropolregion. Das ist auch in Ordnung, weil das Wachstum der Metropolregion auch Hamburg selbst stärkt. Aber so zu tun, als sei das irgendwie das Landeskinderprogramm für den Mittelstand, ist – verzeihen Sie mir –

(Uwe Grund SPD: Ein Mediengag!)

zwar sagbar, aber ein bisschen abwegig und übrigens auch nicht machbar.

Ich komme zum Schluss. Es ist ein wünschenswertes Programm, das steht außer Frage, aber die Finanzierung halte ich in der Tat für falsch. Ich möchte Ihnen auch sagen warum. Wir alle wissen, dass wir uns in einer dramatischen Situation befinden. Dieses Programm setzt zweifellos positive Signale in vielen Bereichen der Stadt, positiv auch für den Mittelstand. Es setzt aber ein falsches Signal, nämlich dass wünschenswerte Politik ganz einfach zu finan-

(Walter Zuckerer SPD)

- A zieren sei, und das ist sie eben nicht. Wir tun in diesem Jahr so, als sei die Welt noch in Ordnung, und wissen, dass wir eigentlich alle Maßnahmen der nächsten Jahre, 2003, 2004 und wahrscheinlich auch noch 2005, nur finanzieren können werden, weil wir woanders harte und schmerzhafte Einschnitte vornehmen. Das wissen Sie und das wissen wir. Deshalb ist es ein Signal, das Ihnen meines Erachtens noch auf die Füße fallen wird. Es suggeriert der Stadt, als sei diese Politik einfach machbar. Das Signal, das wir gemeinsam senden müssten, wäre, zu sagen, dass die Politik in den nächsten Jahren sehr schwierig zu finanzieren ist, dass es harte und schmerzhafte Einschnitte geben wird und dass es nicht einfach ist, Positives durchzusetzen. Im Augenblick haben Sie es allerdings geschafft, ein positives Programm zu machen, unsolide zu finanzieren und eine kleine Illusion zu erzeugen. Im Mai dieses Jahres, mit der neuen Steuerschätzung, ist diese Illusion ganz bestimmt vorbei.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat jetzt Herr Silberbach.

Manfred Silberbach Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Herr Zuckerer, Ihre Sorge um den Haushalt ist begründet, aber nicht nur durch diese Maßnahmen von 50 Millionen Euro, sondern teilweise durch die Belastung, die wir im Haushalt haben. Ich habe schon einmal gesagt, dass ich der SPD nicht allein die Schuld am Schuldenberg gebe, den wir vorfanden, sondern dabei haben auch bundespolitische und andere Gründe eine Rolle gespielt. Sie haben aber auch sehr viele Dinge kreditär finanziert und darum sind die Schulden jetzt so, wie sie sind.

- B Das Sonderinvestitionsprogramm beinhaltet mehrere Ziele. Zum Ersten unerlässliche Maßnahmen im Bereich der Schulen. Dort herrschen in den Fachräumen teilweise katastrophale Zustände, sodass Überholungen dringend vorgenommen werden müssen. Da fragt man sich zu Recht, wohin in der Vergangenheit die Gelder geflossen sind. Hamburg hat in der Bundesrepublik das meiste Geld pro Schüler ausgegeben. Jetzt müssen wir feststellen, dass in vielen Fachräumen noch nicht einmal die vorgeschriebenen Sicherheitsstandards vorhanden sind.

Zum Zweiten finden vergleichbare Maßnahmen im Bereich der Universität statt, wo in verschiedenen Fachbereichen dringend notwendige Modernisierungsmaßnahmen vorgenommen werden sollen.

Eine der wichtigsten Verbesserungen gilt drittens dem Verkehrsbereich, bei dem für die Vergangenheit ein Instandsetzungsstau festzustellen ist, der für eine Wirtschaftsmetropole wie Hamburg sehr negative Auswirkungen hat.

Meine Damen und Herren, was genauso wichtig ist, ist das Signal für die Wirtschaft und hier besonders für den Mittelstand. Die zur Verfügung gestellten Mittel sollten so kleinteilig vergeben werden, dass besonders viele, wenn nicht sogar alle Aufträge an Hamburger Betriebe vergeben werden könnten.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Darum unterstützen wir auch den Dringlichen Antrag des Senats zum Sonderinvestitionsprogramm. Die so notwendigen positiven Auswirkungen auf die Konjunktur in Hamburg erreichen wir am besten, wenn die Aufträge schnell

C vergeben und die Maßnahmen nach Möglichkeit noch in diesem Jahr beendet werden. Diese Maßnahmen und andere, die heute noch bei anderen Tagesordnungspunkten angesprochen werden, sind ein Zeichen dafür, dass der Senat zügig und sachorientiert arbeitet.

(Rolf-Dieter Kloß SPD: Mit Schulden!)

Dieses ist nach vier Jahren politischen Stillstands ein Zeichen für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Wenn man will, kann man auch in finanziell schwierigen Zeiten etwas bewegen.

(Uwe Grund SPD: Mehr Schulden machen!)

Dass Sie das ärgert, meine Damen und Herren von der Opposition, das freut mich wiederum.

(Krista Sager GAL: Das kommt nicht rüber!)

Wir vom Bürgerblock machen unsere Arbeit. Ich hoffe, dass Sie beginnen, Ihre Aufgaben als Opposition wahrzunehmen, und nicht nur Effekthascherei betreiben. Vielleicht schaffen Sie es ja in den nächsten 100 Tagen; falls nicht, fragen Sie die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, die Ihnen erklären können, dass man auch Oppositionspolitik betreiben kann, ohne Schmutzkübel über den politischen Gegner auszukippen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – Oh-Rufe bei der GAL – Uwe Grund SPD: Manfred, das war 'ne Lachnummer!)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Hajduk.

D

Anja Hajduk GAL: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Silberbach, erstens war Ihr Abgang eingedenkt der Rede von Herrn Zuckerer nicht angemessen. Zweitens möchte ich sagen, dass es schon ein starkes Stück ist – ich nehme an, dass Sie die Politik in den letzten Jahren verfolgt haben, auch wenn Sie nicht Mitglied dieses Hauses waren –, wenn Sie das 50-Millionen-Euro-Programm als den großen Schritt bezeichnen und dabei nicht in Betracht ziehen, dass wir in den letzten Jahren jedes Jahr 1,9 Milliarden DM investiert haben.

(Zuruf von Manfred Silberbach Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Dabei rechne ich noch nicht die Investitionen hinzu, die die öffentlichen Unternehmen tätigen; und ich gebe Ihnen insgesamt zu, dass Investitionen einen wichtigen Beitrag leisten. Aber dass Sie hier sagen „nach Jahren des Stillstands“, wo gerade der Mittelstand Ihnen erklären kann, wie er von den sonstigen Investitionen Hamburgs profitiert, ist schlicht und ergreifend ein bisschen lächerlich.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich möchte Ihnen auch den Hinweis nicht ersparen, dass der Staatsrat Schön bei der Berichterstattung über dieses Sonderinvestitionsprogramm vorab im Haushaltsschuss deutlich darauf verzichtet hat, die konjunkturelle Belebung und fördernde Wirkung dieses Programms in den Mittelpunkt zu stellen, sondern auf Nachfrage immer deutlicher gemacht hat, dass es ihm schon um die investiven Maßnahmen an sich geht und dass das die Begründung für dieses Programm war.

(Anja Hajduk GAL)

A (Zuruf von Barbara Ahrons CDU)

– Das war so, Frau Ahrons, Sie waren auch dabei; wir hatten es nur nachgefragt.

Deswegen möchte ich nicht ausschließen, dass es auch diese Wirkung gibt. Ich glaube aber, dass Sie sich damit ein bisschen zu stark schmücken und es bestätigt ebenfalls ein wenig den symbolischen Wert, den dieses Programm haben soll, um die nicht so glücklichen 100 Tage mit einer Maßnahme, die nach vorne gerichtet ist, abzuschließen. Und das ist auch nicht falsch.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – Bernd Reinert CDU: Die unglücklich sind, seid ihr doch!)

– Sehen Sie das doch nicht so verbissen.

Ich möchte noch auf einen Punkt eingehen, der von Ihnen immer als so leicht hingestellt wird und die Sorgen, die wir eigentlich haben sollten, nicht genug berücksichtigt. Ich möchte von dem finanzpolitischen Hintergrund sprechen, vor dem wir dieses Sonderinvestitionsprogramm diskutieren müssen.

Ziel der neuen Regierung war es, die Schuldenspirale durch Abbau oder durch Vermeidung der Nettokreditaufnahme zu stoppen. Das Gegenteil soll nun geschehen. Sie legen einen Haushaltsplan-Entwurf vor, der im Jahr 2002 die Kreditaufnahmemächtigung um 200 Millionen Euro erhöht. Die Konsolidierung des Haushalts rückt in die Ferne und wir werden – das ist vorhin bereits angemerkt worden – weitere Steuermindereinnahmen für den Haushaltsabschluss 2001 noch verkraften müssen.

Wir wissen noch gar nicht genau, wie das passieren soll. Spätestens mit der Mai-Steuerschätzung werden wir sehen, ob der Haushaltsplan-Entwurf 2002 – dazu gehört dieses Sonderinvestitionsprogramm – nicht zu viel verspricht, ob da nicht noch im Jahr zurückgerudert werden muss. Das ist erstens der Hintergrund.

Zweitens muss man sich dann die Frage stellen, Herr Mattner – und da haben Sie sich das zu leicht gemacht –, ob und auf welche Art und Weise wir uns dieses Programm leisten können. Betrachten wir uns einmal die Finanzierung. Die 50 Millionen Euro für das Sonderinvestitionsprogramm sollen aus dem Grundstock für Grunderwerb entnommen werden. Wir wissen – das ist auch im Finanzbericht dargelegt –, dieser Grundstock von 450 Millionen Euro ist im letzten Herbst von Rotgrün an Sie übergeben worden. Dann kam die November-Steuerschätzung. Im Dezember hat Finanzsenator Peiner gesagt, wir müssen in 2001 die Neuverschuldung um über 170 Millionen Euro hochfahren, mehr als diese 50 Millionen Euro, die Sie sich jetzt für 2002 zurückgelegt haben. Das heißt, Sie haben die vorhandenen Rücklagen nicht in 2001 genutzt, Sie haben die Neuverschuldung bis an die Grenze des rechtlich Zulässigen hochgeschrieben. Das ist eine künstlich schlecht gerechnete Schlussbilanz für Rotgrün. Wozu taugt das Ganze? Das taugt dazu, dass Sie das Sonderinvestitionsprogramm in 2002 unter der neuen Regierung als nicht kreditfinanziert hinrechnen. Ich habe das schon in der letzten Debatte kritisiert, das ist keine Finanzpolitik der Transparenz, die Sie sich eigentlich auf die Fahnen geschrieben haben, das ist eine Schönrechnerei.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Es bleibt dabei, dass dieses im Einzelnen mit guten Anteilen, mit, wie schon gesagt wurde, wünschbaren Maßnahmen versehene Sonderinvestitionsprogramm auf Kosten der Neuverschuldung geht. Die Neuverschuldung macht

keinen Halt, ob es eine Bilanz für 2001 oder für 2002 ist, die ist schlicht anwachsend.

C

Ich gebe Ihnen Recht, dass wir eine schwierige Lage haben, aber die soll man nicht auf diese Weise verschleiern. Sie müssen bei der Begründung für dieses Sonderinvestitionsprogramm mit wünschbaren Dingen einkalkulieren, dass Sie es letztlich auf Kosten der Neuverschuldung betreiben.

Insofern ist die Frage, ob wir es uns eigentlich leisten können, nicht uneingeschränkt mit Ja zu beantworten, gerade vor dem Hintergrund, dass wir im Haushalt und im öffentlichen Unternehmensbereich ein ziemlich großes Investitionsvolumen haben.

Zum Dritten möchte ich kurz auf das Programm eingehen. Für die Bereiche Schule, Hochschule und Kultur sind hier im Einzelnen die Maßnahmen nicht schlecht und auch nicht schlecht begründet. Ich komme aber um den Eindruck nicht herum, dass Sie hiermit anderweitige Enttäuschungen gegenfinanziert haben. Ich nenne ausdrücklich die Privattheater und die Privatschulen. Da haben Sie vor der Wahl ganz große, andersartige Versprechungen gemacht. Diese haben Sie jetzt gebrochen und jetzt helfen Sie mit dem Sonderinvestitionsprogramm im Bereich Privattheater und Privatschulen einfach ein bisschen nach.

(Dr. Michael Freytag CDU: Wir fangen doch erst an!)

Im größten Bereich des Sonderinvestitionsprogramms, bei Bau und Verkehr, legen Sie im Haushalt insgesamt keinen politisch korrekten Entwurf vor. Vorausschicken möchte ich noch, dass auch wir Sonderprogramme für Verkehrmaßnahmen, für Straßenbau gefahren haben. Wir haben Wert darauf gelegt, dabei alle Verkehrsteilnehmer anteilig zu berücksichtigen. Ich nehme zur Kenntnis, dass Sie sich bei dem Radverkehr noch nicht entschieden haben.

D

(Vizepräsident Bernd Röder übernimmt den Vorsitz.)

Der Bürgermeister und auch der Stadtrat haben gesagt, ohne Radfahrer. Herr Mettbach hat im Haushaltsschuss gesagt, dass er sie doch berücksichtigen will. Das werden wir natürlich im Interesse der Radfahrer weiterbetreiben.

Aber ich möchte zur aktuellen Planung in der Baubehörde noch etwas anderes sagen: Sie setzen die Instandsetzungsmaßnahmen im Betriebshaushalt der Bezirke zurück mit der Auflage, dies sei eine Einsparung, ihre politischen Prioritäten ausdrücklich durch Umschichtung zu finanzieren. Dann legen Sie in diesem Sonderinvestitionsprogramm aber wieder im selben Bereich Gelder obendrauf. Auch dies ist im Rahmen der haushaltspolitischen Lage nicht geboten. Im Übrigen ist es zu kritisieren, bei Instandsetzungen zu sparen und nachher bei den Investitionen draufzulegen. Das würde Ihnen auch der Rechnungshof in jedem einzelnen Einzelplan anmerken und das wird er auch noch tun.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Als Fazit kann ich Folgendes sagen: Das Sonderinvestitionsprogramm ist nicht schlecht gemeint, es ist wünschbar. Mein Eindruck ist, Sie wollen sich schmücken. Es ist ein bisschen als Mogelpackung finanziert. Was den Verkehrsbereich angeht, ist es mit den Bezirken und auch bezüglich der unterschiedlichen Verkehrsteilnehmer nicht abgewogen. So ist es für uns leider insgesamt nicht zustimmungsfähig.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

- A **Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt die Abgeordnete Pauly.

(Uwe Grund SPD: Jetzt erfahren wir: Schulden machen ist gut!)

Rose-Felicitas Pauly FDP: Meine Damen, meine Herren! Frau Hajduk, Sie haben bei den Investitionen unterschieden zwischen denen, die Sie gemacht haben oder die Ihr Programm sind, die bereits alle im Haushaltspunkt 2002 stehen, und denen, die wir machen und die sich mit diesem Sonderprogramm auf 50 Millionen Euro beschränken. Die Investitionen, die Sie in den Haushalt eingestellt haben, werden wir auch durchführen. Die Argumentation, die Sie hier eben abgeliefert haben, ist Ihrer nicht würdig, weil mir das ein bisschen zu billig gewesen ist. Das passt nicht zu Ihnen, so zu argumentieren.

(Anja Hajduk GAL: Das müssen Sie jetzt aber begründen, Frau Pauly!)

– Das können wir noch einmal vertiefen.

Den Haushalt 2002 konnten wir nicht mehr grundsätzlich ändern, sondern wir konnten nur marginale Änderungen anbringen. Mit diesen marginalen Änderungen wollen wir natürlich Signale setzen, dass es einen Kurswechsel gibt. Wir wollen auch die Signale so setzen, dass wir Entscheidungen möglichst schnell wirksam auf den Weg bringen können. Deshalb wollen wir dieses Sonderinvestitionsprogramm, weil es sich um Maßnahmen handelt, die bereits in diesem Jahr umgesetzt

(Ingrid Cords SPD: Nein, das stimmt nicht!)

oder zumindest schon begonnen, teilweise bereits bis zum April auf den Weg gebracht werden können. Insofern hat es eine Signalwirkung. Die sind alle in den Schwerpunktbereichen unserer Politik und sie erfordern keinen Vorlauf. Rotgrün hat uns nicht nur diesen Riesenschuldenberg hinterlassen, weshalb wir dazu gezwungen sind,

(Uwe Grund SPD: ... noch mehr Schulden zu machen!)

alle Investitionen kreditär zu finanzieren, insbesondere vor der Tatsache der drastischen Steuermindereinnahmen. Rotgrün hat uns in den öffentlichen Einrichtungen einen Mega-Investitionsstau hinterlassen.

(Alexander Porschke GAL: So hätten wir damals mal argumentieren sollen!)

Instandhaltung ist eine Daueraufgabe. Wenn man sich der ständig und stetig widmet, wird man auch nicht über Gebühr belastet. Aber bei Vernachlässigung kommt irgendwann mit unabsehbaren hohen Kosten die Strafe für die Schlamperei der Vorjahre und man muss mit Grundinstandsetzung, die dann wieder in den investiven Bereich geht, versuchen, das wieder auszubügeln.

Wir wollen mit diesem Programm mehrere Ziele erreichen. Wir wollen ausdrücklich die hier ansässigen mittelständischen Betriebe unterstützen und damit ein bisschen dazu beitragen, die regionale Wirtschaftsentwicklung zu stützen und vielleicht auch ein wenig zu beleben.

Wir werden diesen Instandsetzungsstau, den wir vorgefunden haben, mit dem 50-Millionen-Programm selbstverständlich nicht beseitigen, aber wir wollen uns dieser Aufgabe widmen und wir wollen sie in Angriff nehmen.

Wir wollen natürlich auch den Mittelstand und das Handwerk unterstützen und das geht sehr wohl mit diesem

Programm. Ob es immer der Hamburger Handwerksbetrieb ist oder einer aus dem Umland, ist eine nachrangige Frage und ein nachrangiges Problem. Hauptsache ist, dass mittelständische Unternehmen endlich einmal wieder eine Chance haben, sich auch an der Ausschreibung öffentlicher Aufträge zu beteiligen, und dass diese Aufträge nicht zu großen Volumina zusammengefasst werden, damit nur noch Generalunternehmer zum Zuge kommen und der Mittelstand das Nachsehen hat.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Es ist bereits gesagt worden, in welchen Bereichen wir investieren. Ich will nur noch einmal wiederholen, dass es für uns ein wichtiger Aspekt ist, die Schulen in freier Trägerschaft, die immer benachteiligt gewesen sind, besser zu fördern, als das bisher unter dem Vorgängersenat geschehen ist.

Insgesamt wollen wir für den Schulbereich 10 Millionen Euro ausgeben, 18 Millionen Euro für die Grundinstandsetzung der Straßen, 6 Millionen Euro für die Hafen-Infrastruktur, 12 Millionen Euro für die Hochschulen und 4 Millionen DM für die Kultur. Das ist ein dicker Brocken und das hat die Kultur in Hamburg verdient. Mit dieser Fülle kleinteiliger Maßnahmen wollen wir das Saatgut einbringen, auf das der Boden unter der rotgrünen Regierung so lange und so vergeblich gewartet hat und das mit Sicherheit auch reiche Früchte tragen wird. Nicht nur Kulturschaffende, Schüler und Studenten werden davon profitieren, sondern auch das Handwerk und seine Beschäftigten.

Allem aufgeregt 100-Tage-Geschrei der Opposition zum Trotz werden die Bürger sehr schnell erkennen, dieser Senat ist handlungsfähig. Er handelt und er handelt auch rasch.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort hat Herr Tants.

(Barbara Duden SPD: Wie wollen Sie das noch steigern, Herr Tants?)

Henning Tants CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will Sie nicht langweilen. Nur ein paar Worte, da wir vorhin gerade von Stil gesprochen haben.

Frau Hajduk, Sie geben sich den Anschein, dass hier haushaltrechtlich etwas verschleiert würde und

(Anja Hajduk GAL: Nicht rechtlich! Es geht um Politik!)

man sei an der Grenze des rechtlich Zulässigen. Dabei haben Sie vergessen, etwas zu erwähnen. Sie sagen immer „wir haben gemacht“. Wenn Sie in den letzten Jahren eine Haushaltspolitik gemacht hätten, die Spielräume geschaffen hätte ...

(Dr. Willfried Maier GAL: ... mit mehr Polizisten, mehr Lehrern, mehr Investitionsmitteln!)

– Ich höre Ihnen gerne zu, Herr Maier, das wissen Sie. Ich bin Ihnen auch dankbar, dass Sie das eben gesagt haben. Es sind nämlich nicht der Bereich Polizei und die anderen Bereiche, die Sie eben angesprochen haben, sondern hier beseitigen wir beispielsweise Altlasten in den Schulen.

(Krista Sager GAL: Und schaffen neue Altlasten!)

C

D

(Henning Tants CDU)

A Hier beseitigen wir Altlasten, hier gibt es Instandsetzungsbedarfe, die von Ihnen straflich vernachlässigt worden sind.

Wenn man sich überlegt, wie man Altlasten finanzieren kann, sodass es sichtbar wird, dann nehme ich die Einnahmen, welche auch aus der Vergangenheit kommen, nämlich aus dem Grundstock. So finanziere ich Altlasten mit altem Vermögen.

(*Krista Sager GAL*: Schulden! Sie wollen doch Schulden machen!)

Wir wollen es anders machen, wir wollen neues Vermögen schaffen. Deswegen ist es eine außerordentlich konkludente Deckung und Finanzierung, die haushaltsrechtlich sauber ist. Wenn Sie sagen, wir werden sehen, ob das wieder zurückgefahren werden muss, entgegne ich Ihnen, es wird nicht zurückgefahren. Das werden wir auch durchsetzen.

Wenn Sie, Frau Hajduk und Herr Zuckerer, hier freundlicherweise ankündigen, dass Sie diese schweren Zeiten gemeinsam mit allen Fraktionen und dem Senat tragen wollen, wird mir überhaupt nicht bange, dass wir solche Dinge weiterfinanzieren und noch mehr schaffen können.

Ein letztes Wort: Wichtig ist es, Signale zu setzen.

(*Dr. Dorothee Freudenberg GAL*: Wichtig ist zu rechnen!)

Es ist doch ein freundlicher Zug von uns, dass wir als neue Regierung Ihre Altlasten abarbeiten. Nun loben Sie uns mal. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

B

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält Senator Uldall.

Senator Gunnar Uldall: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist nur allzu verständlich, dass zu Beginn einer neuen Legislaturperiode versucht wird, eine Bilanz aufzumachen. Wir haben vorhin eine Bilanz über die Beschäftigungssituation gemacht. Es wurde vorhin über die 100 Tage des neuen Senats gesprochen. Dieser Punkt gehört auch mit zu einer Eröffnungsbilanz. Denn wir müssen leider feststellen, dass dem Hamburger Vermögen in den vergangenen Jahren durch das Unterlassen von Unterhaltungsinvestitionen der alten Regierung ein großer Substanzschaden zugefügt worden ist.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Es ist sehr schwer, dieses jetzt exakt zu quantifizieren und in Zahlen festzuhalten. Aber jeder, der sich einmal die Gebäude in Hamburg ansieht, der den Zustand der Straßen beobachtet, der im Hafen die Infrastrukturanlagen ansieht, wird feststellen, dass an der Vermögenssubstanz unserer Stadt schlachtweg gesündigt worden ist. Das kommt uns jetzt teuer zu stehen. Eigentlich hätte dafür die alte Regierung eine Rücklage machen müssen. Da wir die aber bei ihr nicht vorfinden, muss jetzt von unserer Seite gehandelt werden, um diese Unterlassungssünden der vergangenen Jahre auszugleichen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Hajduk. C

Senator Gunnar Uldall: Ja.

Zwischenfrage von Anja Hajduk GAL: Herr Uldall, können Sie mir vor dem Hintergrund des Vorwurfs, dass wir in unserer Regierungszeit bei Instandhaltungen zu wenig investiert haben, erklären, warum Sie einen Titel – ich spreche jetzt von den Straßen – zurückfahren, der in den letzten Jahren wesentlich höher war, der in seinen Verpflichtungsermächtigungen und Resten im Straßenbau mehr als überstrapaziert wurde, warum Sie den jetzt zurückfahren, etwa um für Ihre politischen Prioritäten umzuschichten?

(*Bernd Reinert CDU*: Es wird doch mehr Geld in den Straßenbau gesteckt als vorher!)

Senator Gunnar Uldall (fortfahrend): Frau Kollegin! Die Investitionsentwicklung Hamburgs insgesamt, ob im Straßenbau, bei der Unterhaltung von Schulen oder anderen Gebäuden, hat eine erschreckende Entwicklung genommen. Ich werde Ihnen das gleich anhand der konkreten Zahlen nennen.

Ich möchte aber vorweg sagen, dass wir den mittelständischen Betrieben und dem mittelständischen Handwerk in Hamburg in den vergangenen Jahren durch fehlende Unterhaltungsmaßnahmen gleichfalls schweren Schaden zugefügt haben. Auch hier gilt es jetzt, eine entsprechende Unterstützung vorzunehmen. Wir haben durch die schlechte Entwicklung auf dem Baukonzunktursektor seit dem Regierungswechsel in Berlin 1998 einen Rückgang der im Baugewerbe tätigen Personen um 20 Prozent zu verzeichnen. Das zeigt, mit welcher Wucht sich bei uns das Unterlassen von Investitionen negativ für die Unternehmen auswirkt.

Insofern dient dieses Programm, das von den Rednern der Koalition sehr intensiv und gut dargestellt worden ist, dazu, um den mittelständischen Betrieben, den Handwerksbetrieben in Hamburg eine entsprechende Hilfestellung mitzugeben. Es wird sich volkswirtschaftlich, vermögenswirtschaftlich und betriebswirtschaftlich aus der Sicht der Stadt Hamburg rechnen, weil das Verfallenlassen von Gebäudesubstanz, von Straßen, von Hafeninfrastruktur viel teurer ist, als wenn man diese Anlagen kontinuierlich unterhält. Insofern kann ich als Wirtschaftssenator zu diesem Programm nur sagen, es ist in der richtigen Zeit aufgelegt, um einen großen Nachholbedarf zu decken, den Sie uns hinterlassen haben.

Frau Hajduk hatte eben die Investitionen angesprochen. Das ganze Dilemma der alten rotgrünen Finanzpolitik Hamburgs wird an der Entwicklung der Investitionsquote deutlich. Natürlich können Sie bei den Investitionen die Ausgaben etwas zurückfahren. Dann wird man im Moment entlastet und hat einen Moment, um Luft zu holen. Aber wenn das über Jahre geschieht, zerstört das die Infrastruktur, die Voraussetzung dafür ist, dass es hier ein lebendiges Wirtschaftsleben gibt, dass die Unternehmen Gewinne erzielen und neue Mitarbeiter einstellen können. Das alles wird von Ihnen vernachlässigt.

Jetzt sage ich Ihnen einmal, wie sich die Investitionsquote in Hamburg entwickelt hat: 1997, zu Beginn der letzten Legislaturperiode, betrug die Investitionsquote – bezogen auf die Gesamtausgaben – 12,1 Prozent. Das ist kein stolzer Wert, keine eindrucksvolle Zahl, die damals erreicht worden war. Nein, diese Zahl war sehr niedrig.

D

(Senator Gunnar Uldall)

- A In der Zwischenzeit haben Sie diese Investitionen kontinuierlich zurückgefahren. Jetzt wären Sie ohne das Programm, das Senator Peiner initiiert hat, bis auf 10,3 Prozent abgesackt. Durch unser Sonderinvestitionsprogramm ziehen wir diese Quote wieder etwas nach oben auf 10,8 Prozent. Aber das ist das Minimum von dem, was eigentlich dringend erforderlich ist. Infofern ist es mir völlig unverständlich, Frau Hajduk, wenn Sie sagen, Sie sind dagegen, denn Sie müssten eigentlich sagen, natürlich tragen wir dieses Programm aus strukturellen und auch aus finanziellen Gründen mit, weil dieses finanziell auf Dauer die bessere Lösung ist.

Interessant ist jetzt noch, dass das Absinken der Investitionsquote bei uns in Hamburg mit einem Absinken der Investitionsquote auf Bundesebene einhergeht. Die Regierung Schröder hat die Investitionen auf den historischen Tiefstand in der Finanzgeschichte Deutschlands gefahren. Das ist nicht nur schlimm für die Volkswirtschaft, sondern natürlich auch für die Betriebe bei uns in Hamburg, weil die von den Bundesinvestitionsausgaben immer etwas abbekommen. Beides kumuliert – Rückgang der Investitionsquote aus dem Hamburger Haushalt, Rückgang der Investitionsquote aus dem Bundeshaushalt – ist die eigentliche Ursache für die Probleme der mittelständischen Betriebe und des Handwerks bei uns in Hamburg.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Ich will abschließend auf Folgendes hinweisen: Es gibt ein anderes Bundesland, das keine Investitionsquote von 10,3 Prozent hat, auch nicht von 12,3 Prozent, wie sie bei Regierungsantritt des alten Senats vorlag, sondern es hat eine Investitionsquote von 16,9 Prozent. Das ist Bayern und Bayern ist das Land mit der niedrigsten Arbeitslosenrate. Hier haben wir den Zusammenhang aufgezeigt, weswegen wir dringend etwas für die mittelständischen Betriebe tun müssen, für mehr Beschäftigung in den mittelständigen Betrieben. Das ist der richtige Weg, um auch die Arbeitslosigkeit in Hamburg zu bekämpfen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Grund.

Uwe Grund SPD: Herr Senator, Sie haben viel Richtiges gesagt. Ich will bei der Gelegenheit aber mindestens erwähnen, dass die gewaltigen Aufwendungen, die im Zusammenhang mit dem Airbus A380 seitens der Stadt getätigten wurden, in diesen Quoten nicht enthalten sind. Das sind viele, viele 100 Millionen Euro, die dort für die Stadt und Wirtschaft investiert werden. Sie dürfen sicher sein, dass diese Investitionen natürlich auch den Mittelstand in Hamburg und in der Umgebung fördern. Wenn dies nicht gesagt wird, ist es zumindest unvollständig, um nicht unkorrekt zu sagen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die Sozialdemokraten sprechen nicht inhaltlich gegen dieses Programm. Wir diskutieren das Thema, wie Sie es finanzieren.

Ich will es einmal andersherum formulieren: Hätte der letzte Senat diesen Haushalt im Frühjahr des vergangenen Jahres mit 50 Millionen Euro – damals 100 Millionen DM – vorgelegt, und zwar mit exakt denselben Inhalten, dann hätte die Fraktion der CDU hier Kopf gestanden und

gesagt: erstens Wahlgeschenke und zweitens totale Neuverschuldung. Sie hätten Purzelbäume geschlagen an diesem Podium. So ist die Realität. C

(Beifall bei der SPD und der GAL)

So schnell ändert sich das. Wenn Rotgrün Schulden macht, ist es schlimm, wenn der Block-Senat Schulden macht, ist es gut.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Hajduk.

Anja Hajduk GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Senator Uldall, ich möchte noch auf eine Sache eingehen, weil ich das in dem Ausmaß, wie Sie das betreiben, wirklich zu einfach finde. Sie spinnen eine richtige Investitionslegende. Sie werden von uns nicht hören, wir hätten Ihnen alles bestens übergeben und alles sei ganz schrecklich leicht. So argumentieren wir nicht. Sie können aber keine Investitionsdarstellung machen, indem sie einerseits die Zahlen sicher korrekt angeben, so habe sich der öffentliche Investitionschaushalt für Hamburg und im Bund entwickelt, und das rein wirtschaftspolitisch diskutieren, Sie müssen finanzpolitisch wissen, dass in der Finanzpolitik schon lange diskutiert wird, ob man vielleicht nur noch die Hälfte des Investitionschaushalts kreditärfinanzieren darf. Darüber reden Finanzpolitiker, dass die Hälfte der Investitionen überhaupt nur so zu betrachten ist, dass sie gerechtfertigter Weise der Folgegeneration aufgebürdet werden darf. Sie sind ein Finanz- und Wirtschaftspolitiker und müssten das eigentlich wissen. Also muss man das schon in einen kritischen Zusammenhang stellen dürfen, dass es nicht leichtfertig sein darf, ob man die Investitionsausgaben steigert oder ob man sie auf einem bestimmten Niveau hält.

Ich stimme Ihnen zu, dass es natürlich immer gute Argumente für Investitionen gibt, weil sie zusätzliche wirtschaftliche Kräfte freisetzen und auch Werte schaffen. Zu dieser Rechnung in Hamburg gehört aber auch das Riesenausmaß der Investitionen, die wir über Vermögensveräußerungen finanzieren, die wir über Realisierungsgesellschaften abwickeln lassen und die die öffentlichen Unternehmen machen. Sie sind traditionell – von der CDU jedenfalls früher – ideologisch gehemmt gewesen, dies als öffentliche Investition auch mit seiner wirtschaftspolitischen Wirkung anzuerkennen. Stellen Sie mir bitte eine Statistik zusammen, in der Sie die tatsächlichen Investitionen der öffentlichen Hand insgesamt in dieser Weise darlegen. Das kommt der modernen Verwaltung, dem modernen Verwaltungshandeln und einem verantwortlichen politischen Handeln im öffentlichen Bereich näher. Dann haben Sie eine ganz andere Investitionsquote für Hamburg.

Ganz zum Abschluss noch einmal gefragt: Wenn wir über ein 50-Millionen-Euro-Programm dieser neuen Regierung sprechen, wissen Sie eigentlich, wie viel Prozente das zu der Bruttoinvestitionssumme Hamburgs sind, die es insgesamt gibt? – Ich glaube, es sind im Baubereich unter 2 Prozent.

(*Rolf Kruse CDU: Immerhin!*)

Wenn sie das andere noch dazunehmen, wird es noch kleiner.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

A **Vizepräsident Berndt Röder:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 17/269 an den Haushaltsausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Drucksache 17/270 auf. Wer möchte den Senatsantrag beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 12 auf, die Drucksache 17/245: Antrag der Fraktion der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP zur Lage des Taxengewerbes.

**[Antrag der Fraktion der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP:
Lage des Taxengewerbes – Drucksache 17/245 –]**

Die FDP-Fraktion beantragt eine nachträgliche Überweisung dieser Drucksache an den Bau- und Verkehrsausschuss. Wird das Wort gewünscht? – Der Abgeordnete Wohlers hat das Wort.

Reiner Wohlers Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Zur Lage des Hamburger Taxengewerbes:

Seit 1983 sind 19 Jahre vergangen. Vielleicht erinnern Sie sich noch: 1983 wurden die gefälschten Hitler-Tagebücher veröffentlicht, Achim Reichelt veröffentlichte sein Album „Nachtexpress“ und die Hamburger Baubehörde, als zuständige Aufsichtsbehörde des Hamburger Taxengewerbes, lässt letztmalig ein nach dem Personenbeförderungsgesetz für die Tariffestlegung notwendiges Gutachten über die wirtschaftliche Lage des Hamburger Taxengewerbes anfertigen, das im Amtsdeutsch als „Beobachtungszeitraum gemäß Paragraph 13 des Personenbeförderungsgesetzes“ bezeichnet wird. Die aufsichtsführende Behörde ist verpflichtet, bei Bedarf ein solches Gutachten einzuholen, um ihren abhängigen Konzessionären ein wirtschaftlich tragfähiges Tarifwerk an die Seite zu stellen. Ein Bedarf war und ist auch heute vorhanden.

Wenn wir auf der Basis von 1985 den Lebenshaltungskostenindex von 100 mit heute vergleichen, dann beträgt er mittlerweile 165. Damals waren in Hamburg circa 3700 Taxen zugelassen, die überwiegend von so genannten Einzelunternehmen gefahren wurden. Das heißt, das Taxi wurde meist nur über eine Schicht hinweg benutzt.

Heute befinden sich mehr als 4000 Taxen auf Hamburgs Straßen, die von circa 2300 Unternehmern betrieben werden. Nur noch etwa 1800 dieser Taxen werden von Einzelunternehmern gefahren. Allein in den letzten fünf Jahren nahm die Zahl der Einzelunternehmer um circa 500 ab, während die Anzahl der Mehrwagenunternehmer in diesen Jahren entsprechend zunahm.

Um den stetig steigenden Kostendruck aufzufangen, wurden die Taxen der Mehrwagenunternehmer im Schichtbetrieb gefahren. Somit erhöht sich natürlich die Anzahl der zur Verfügung stehenden Taxen um ein Vielfaches. Das Verhältnis entspricht also nicht 3700 zu 4000, sondern eher 3700 zu 5500.

Seitdem haben sich jedoch die Fahrgastzahlen nicht erhöht. Auf die Tariferhöhung 1994 erfolgte nach sechs Jahren im Februar 2000 eine Tarifstrukturreform, die er-

hebliche negative Auswirkungen auf weite Bereiche des Taxengewerbes hatte. Sie hatte auch zur Folge, dass die Hamburger Taxenunternehmer auf die Straße gingen, um ihrem Unmut Luft zu machen. Ihnen blieb nur dieser Weg, um auf die katastrophale wirtschaftliche Situation aufmerksam zu machen.

Wir erinnern uns an die Bilder: Mehr als 800 um ihr wirtschaftliches Überleben kämpfende Taxenfahrer demonstrierten auf den Straßen, sammelten Unterschriften und organisierten sich. Um wirtschaftlich überleben zu können, wollten die Taxenunternehmer den damaligen Bausenator veranlassen, dass endlich entsprechend den gesetzlichen Vorgaben gehandelt und ein notwendiges Gutachten über einen Beobachtungszeitraum nach Paragraph 13 des Personenbeförderungsgesetzes ausgearbeitet wird. Dieses sollte als solide Basis für die kommenden Jahre zu einem zeit- und situationsgerechten Tarifwerk für das Hamburger Taxengewerbe werden.

Aber zu dem geforderten Gutachten kam es nicht. Im September 2001 ist lediglich eine unwesentliche Tariferhöhung mit Wirkung ab 2002 herausgekommen, die ohne Grundlage ausgehandelt wurde. Sie reicht bei weitem nicht aus, um wieder in eine gesunde Gewinnzone fahren zu können. Ein aktuelles Tarifwerk liegt in Städten wie München und Köln vor. Dort ist man anscheinend schneller und die Behörden arbeiten an diesem Problem konzentrierter.

Selbstverständlich ist ein solches Tarifwerk kompliziert. Es sind Wartezeiten, Grundgebühren, Nachttarife, Kilometerzonen und Ähnliches zu berücksichtigen. Sicherlich wird man nicht jeder Situation gerecht werden können. Trotzdem muss nach 19 Jahren Untätigkeit schnellstens ein Beobachtungszeitraum nach Paragraph 13 des Personenförderungsgesetzes durchgeführt werden.

Des Weiteren ist eine Überprüfung der Vergabemodalitäten von Konzessionen notwendig. Der Bestand an Taxen pro Einwohner ist in Hamburg doppelt so hoch wie beispielsweise in Köln. Die Ausstattung der Personenbeförderungsscheine mit Lichtbildern ist ebenso notwendig, damit Mehrfachnutzungen unmöglich gemacht und Kontrollen vereinfacht werden. Über 4000 Taxen in Hamburg führen zu einem äußerst ruinösen und rücksichtslosen Wettbewerb. Sozialversicherungsrechtliche Belange der angestellten Fahrer sowie Alterssicherungsmaßnahmen der Einzelunternehmer wurden dem wirtschaftlichen Überleben, dem Wettbewerb geopfert. 60 bis 70 Wochenstunden mit einem relativ geringen Lohn sind bei den Fahrern mittlerweile nicht die Ausnahme, sondern eher die Regel. Sicherheitsaspekte sowie Kundenorientierung verlieren hier völlig an Bedeutung. Fiskaltaxameter sind eine weitere Möglichkeit, um die schwarzen Schafe der Branche auszugrenzen und verlässliche Daten für künftige Gutachten zu liefern.

Taxenunternehmen sind ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Personennahverkehrs, der durch den Schleidrian der Vergangenheit nicht aufs Spiel gesetzt werden darf.

Mit diesem Antrag zur Lage des Hamburger Taxengewerbes soll heute die Grundlage für einen fairen Wettbewerb im Hamburger Taxengewerbe geschaffen werden. Es ist unabdingbar, dass sich der zuständige Ausschuss der Bürgerschaft unverzüglich im Rahmen einer öffentlichen Anhörung mit der Lage des Hamburger Taxengewerbes befasst, um eine ausgewogene Basis für die gegebenenfalls erforderliche Senatsentscheidung über eine Tarif-

C

B

D

(Reiner Wohlers Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- A änderung zu schaffen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – *Erhard Pumm SPD*: Er hat über die Liberalisierung des Arbeitsmarktes gesprochen!)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Polle.

Rolf Polle SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dem letzten Satz des Kollegen Wohlers kann ich ausdrücklich zustimmen. Wir müssen im Bau- und Verkehrsausschuss eine Anhörung durchführen, um die Situation des Taxengewerbes zu verbessern und vor allen Dingen die wirtschaftliche Krise aufzuarbeiten, damit wir Hamburger Parlamentarier helfen können.

Die in Ihrem Antrag enthaltene Forderung nach einer öffentlichen Anhörung ist sinnvoll. Allerdings halten wir es für vorschnell, jetzt schon den Senat zu beauftragen, einen Beobachtungszeitraum nach Paragraph 13 des Personensorföderungsgesetzes einzuschalten. Bei Einräumung eines solchen Beobachtungszeitraums ist vorgesehen, dass zunächst die Vergabe von weiteren Konzessionen gestoppt wird. Das hat in anderen Städten dazu geführt, dass bei den Taxenunternehmen ein munterer Handel mit Konzessionen einsetzte.

Mir haben Taxifahrer erzählt, dass für die Übertragung einer Konzession bis zu fünfstelligen Summen gezahlt werden, die in anderen Städten ein Taxifahrer bis zu zehn Jahren abzahlt. Das kann man und auch die FDP, die für einen Leistungswettbewerb eintritt, nicht wollen, wenn die Konzessionen und nicht die Leistungen zur Kostbarkeit für die Kunden werden.

(*Christian Maaß GAL*: Die neue liberale Handschrift!)

Deswegen sollte dieses Thema zunächst einmal diskutiert und auf solche unerwünschten Nebenwirkungen abgeklopft werden. Wir verschließen uns nicht dem Ansinnen, so etwas zu machen, aber lassen Sie uns dies vorher prüfen.

Das Taxengewerbe – da gebe ich Ihnen Recht – leistet einen erheblichen Beitrag für den öffentlichen Personenverkehr. Die Taxe fährt nicht nur im Nahverkehr, sondern man kann auch weiter damit fahren.

Auf Bundesebene hat sich deswegen eine Arbeitsgruppe aus einer Bund/Länder-Kommission gegründet, an der auch ein Hamburger Vertreter teilnimmt. Wir sind der Meinung, dass dieser auch gehört werden sollte, um über die Pläne auf Bundesebene informiert zu werden, denn diese müssen zu einem Hamburger Konzept passen.

Von dieser Arbeitsgruppe wurden unter anderem beispielweise auch das vom Kollegen Wohlers vorgeschlagene Lichtbild und die Verbesserung der Taxameter geplant, sodass lückenlos aufgezeigt werden kann, welche Leistungen sie erbringen. Es wurde auch erwogen, ob automatische Sitzsensoren eingebaut werden sollten, die überprüfen, ob ein Kunde im Taxi sitzt. Das muss nicht gut sein, das weiß ich auch, aber das könnte doch zumindest einmal diskutiert werden, um auch andere Vorstellungen zu hören. Das sollten wir prüfen. Wir verschließen uns diesen Dingen nicht.

Mir wurde zum Beispiel erzählt, dass in anderen Städten die Entfernungszähler so manipuliert werden, dass die Bund/Länder-Kommission den Eindruck hatte, dass die Taxen überwiegend rückwärts fahren, weil bei den Kilometerzählern des Guten zu viel getan wurde. Diese Vorkommnisse sind unschön, aber sie dokumentieren die Krise im Taxengewerbe.

Es ist so, dass ein sich legal und gesetzestreu verhaltender Taxifahrer heutzutage kaum noch zureckkommt. Wir meinen, dass man hier etwas tun muss.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Herr Wohlers, Sie sagten, dass sich das Kundenaufkommen kaum oder gar nicht erhöht hätte. Das stimmt. Taxifahrer haben mir gesagt, dass dieses Volumen in den letzten Jahren um circa 0 bis 2 Prozent gewachsen sei. Das ist fast nichts.

In der Metropolregion Hamburg könnte das Taxenfahren attraktiver werden, wenn man bestimmte Beschränkungen und Missstände aufheben würde. Auch darüber sollten wir diskutieren.

Es wird beispielsweise gefordert, dass von 20 Uhr bis 6 Uhr Taxifahrer überall dort, wo die Straßenverkehrsordnung es zulässt, anhalten dürfen. Das heißt, findige Taxifahrer können Marktlücken erspähen und sich dort hinstellen, wo Kundenschaft aus irgendwelchen Nachtlokalen kommt – vielleicht ist dann auch Herr Schill darunter –, um diese nach Hause zu fahren. Das

(Lachen bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

ist insbesondere vielleicht dann sinnvoll, wenn angetrunke Kraftfahrer ihr Auto stehen lassen, wenn die Taxe in erreichbarer Entfernung ist und sie nicht erst zum Telefon greifen müssen.

(*Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Welche Angetrunkenen?*)

Solche Verbesserungen würden das Marktvolumen erhöhen.

Wir sind der Meinung, dass alles dies gemeinsam diskutiert werden muss, um daraus ein rundes Konzept zu machen. Die SPD bietet ihre Hilfe an und bittet Sie, den Antrag ohne Beschlussfassung in den Bau- und Verkehrsausschuss zu überweisen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Reinert.

Bernd Reinert CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Polle! Ich hätte nie gedacht, dass es zwischen uns einmal so viel Übereinstimmung geben würde. Es freut mich deshalb in besonderem Maße, weil Sie sich meiner Position der vergangenen Wahlperiode sehr angenähert haben. Ich sehe bei Ihnen weitere Entwicklungschancen. Machen Sie weiter so!

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Werner Dobritz SPD*: Warum sind Sie nicht Staatsrat geworden?)

– Herr Dobritz, ich habe Sie in der vergangenen Wahlperiode auch nicht gefragt. Wir können uns wohl darauf einigen: Wir haben beide interessantere Berufe.

(*Werner Dobritz SPD*: Das akzeptiere ich!)

C

D

(Bernd Reinert CDU)

A Ich will das an zwei Punkten deutlich machen. Die Einigkeit mit Herrn Polle besteht zum einen darin, dass wir dringend eine Anhörung zu diesem Problem durchführen müssen, weil sich das Taxengewerbe in einer wirtschaftlichen Krise befindet.

Ich möchte daran erinnern: Es ist gerade acht Monate her, als Sie unsere Forderung nach genau einer solchen Anhörung abgelehnt haben. Meinen Glückwunsch zur Einsicht!

Zu der von Ihnen angesprochenen Standbenutzungspflicht, die nachts aufgehoben werden soll, habe ich in der vergangenen Wahlperiode eine Kleine Anfrage an den Senat gestellt. Auf diese Anfrage wurde geantwortet, dass der Senat keinen Handlungsbedarf sähe. Man sieht also, Herr Polle, dass Sie sich in die richtige Richtung bewegen.

Allerdings kann Ihr Argument, auf eine bundeseinheitliche Regelung zu warten, letztlich nicht überzeugen. Hier gibt es Hamburger Hausaufgaben zu machen, die 18 Jahre lang nicht gemacht worden sind.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Herr Wohlers hat darauf hingewiesen, dass ein Beobachtungszeitraum nach dem Personenbeförderungsgesetz vorgeschrieben ist. Dieser hat aber lange Jahre überhaupt nicht stattgefunden. Das heißt, sämtliche Entscheidungen in diesem Bereich wurden sozusagen aus der Bauch- und Gefühlslage des zuständigen Senators gefällt. Das ist wirklich unverantwortlich, wenn es sich wie hier um einen regulierten Markt handelt wie beim Taxengewerbe.

Die Kollegin Sudmann fragte in der letzten Wahlperiode ebenfalls in einer Kleinen Anfrage nach, was denn der Senat über die Lage des Hamburger Taxengewerbes weiß.

B Die Antwort des Senats:

„Aktuelle Angaben zur Lage des Taxengewerbes liegen dem Senat nicht vor.“

Trotzdem wurde immer über Tarifanträge entschieden oder nicht entschieden. Es gab überhaupt keine Entscheidungsgrundlage; das ist wirklich ein Armutzeugnis für die Behörde.

So kommt es zu Klagen von allen Seiten, den Taxennutzern, Taxenfahrern und -unternehmern. Ich glaube – da möchte ich, lieber Herr Wohlers, einen anderen Gedanken einbringen – auch nicht, dass es gelingt, alle Probleme mit einer Tariferhöhung zu lösen. Denn wenn wir die Tarife erhöhen, wird die Zahl der Fahrgäste zurückgehen oder es wird sich die Zahl der Taxen auf den Straßen vergrößern, weil sich dann wieder mehr Menschen sagen, dass da mehr Geld zu machen sei. Das heißt, wir müssen hier wirklich zu einem Interessenausgleich, zu einem vernünftigen Tarif kommen, der letztlich von allen akzeptiert werden kann. Wir brauchen – das halte ich für einen wichtigen Punkt – diesen Beobachtungszeitraum und Maßnahmen – da hat Herr Polle einiges genannt –, die dazu dienen, die Sauberen, Ehrlichen und Guten vor der Qualität der unsauber Arbeitenden zu schützen. Die Qualität kommt letztendlich dem Fahrgast zugute.

Wie groß der Handlungsbedarf ist – das soll mein letzter Punkt sein –, ergibt sich aus einem Zitat des Leiters des Sachgebietes gegen illegale Beschäftigung des Hamburger Hauptzollamtes. Dieser wurde im „Hamburger Abendblatt“ im vergangenen Sommer mit dem Satz zitiert:

„Der schwarz erwirtschaftete Umsatzanteil im Taxengewerbe liegt nach unseren Schätzungen zwischen 50 und 70 Prozent.“

Ich habe als CDU-Mann nichts gegen die Schwarzen, aber ich habe etwas gegen die schwarze Wirtschaft. C

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Vizepräsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren auf den Zuhörertribünen! Ich muss Sie bitten, von Beifalls- und Missfallenkundgebungen Abstand zu nehmen.

Nun hat Frau Sager das Wort.

Krista Sager GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Keine Angst, ich mache es kurz, denn ich muss ins Stadion. Es steht schon 2:0 für St. Pauli.

(Beifall im ganzen Hause)

– Endlich bekomme ich auch einmal Applaus von Ihnen.

(*Bernd Reinert CDU: Frau Sager, kann man Sie in dem Punkt ernst nehmen beim Fußballergebnis?*)

– Ja. Das wird Ihnen der Kollege Klimke bestätigen.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Zuruf: Hat St. Pauli auch einen Stammtisch?)

– Ich trinke dort, wie Sie wissen, gerne Vollbier.

Wir sollten die Anhörung durchführen.

Es ist eine wichtige Frage, warum die Regulierung eines Überangebots über Marktbedingungen offensichtlich nicht funktioniert und dies tatsächlich zu Verhältnissen geführt hat, die nicht akzeptiert werden können.

Es hat im letzten Jahr in mehreren Bundesländern eine Untersuchung gegeben, an der das Gewerbe beteiligt gewesen ist. Das Ergebnis ist wirklich erschütternd. Es wurde festgestellt, dass sich hier Menschen in den Markt gedrängt haben und sich nur dadurch halten, dass sie ihre Umsatzsteuern und Sozialversicherungsabgaben zum großen Teil nicht bezahlen. Das hat über einen längeren Zeitraum einen Abwärtstrend ausgelöst, so dass die „Verschummelung von Bilanzen“ inzwischen schon als Normalfall angesehen werden kann. Dieser Zustand ist unhaltbar, weil der Trend nach unten immer weiter geht.

Eines hat mich aber schon gewundert. Ihr Antrag macht es sich, gerade für einen Block, wie Sie ihn darstellen, mit einem reinen staatlich dirigistischen Ansatz zu leicht. So einfach darf man es sich nicht machen. Es gehören schon sehr harte Kriterien dazu, um definieren zu können, ab wann der Staat so eingreifen muss, dass Menschen, die die objektiven Zugangsbedingungen erfüllen, trotzdem keinen Zugang zum Markt und keine Chance erhalten.

Deswegen muss man sehr gründlich diskutieren, ob man diese Abwärtsspirale durch andere Maßnahmen, zum Beispiel durch Fiskaltaximeter, aufhalten kann, anstatt einfach zu sagen, wir verhindern, dass Menschen, die objektiv die Zugangsbedingungen als Unternehmer erfüllen, in diesen Markt hineinkommen. Das ist nicht mal eben leichtfertig zu machen. Deswegen sollte nicht jetzt schon entschieden, sondern zunächst einmal in Ruhe diskutiert werden.

Wir müssen auch in Ruhe darüber diskutieren, dass in einigen Bereichen das Gewerbe selbst gefordert ist. Sie wissen alle, dass das Gewerbe über die Tarifgestaltung immer wieder uneinig ist. Es gibt einige Verbesserungen bei den Wartezeiten und der Grundgebühr. Den Grund, warum das Gewerbe uneinig ist, hat Herr Reinert dargelegt. Das liegt auf der Hand. Die einen sagen, dass sie einen höhe-

(Krista Sager GAL)

- A ren Tarif wollen, die anderen setzen den Schwerpunkt auf die Nachfrage, die einigermaßen sozial gerecht gestaltet sein muss.

Ich bin der Meinung, dass sich die Bürgerschaft beim Streit innerhalb dieses Gewerbes nicht zum Schiedsrichter machen darf. Wir sollten uns da wirklich heraushalten.

Wenn es um Qualitätssicherung geht, so ist diese auf-seiten der Fahrer eine wichtige Frage. Aber hier hat das Gewerbe doch große Einflussmöglichkeiten. Das Gewerbe ist selbst gefordert, sich über eine Qualitätssicherung zu verständigen, was getan werden kann. Man muss sehr vorsichtig sein, wenn gesagt wird: Das soll der Staat alles regeln.

Man sollte also vorsichtig an das Thema herangehen, die Probleme in Ruhe erörtern, dann erst entscheiden und heute bitte erst den Antrag überweisen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt wunschgemäß der Abgeordnete Rumpf.

(Manfred Mahr GAL: Der Marktwirtschaftler!)

Ekkehard Rumpf FDP: Ja, der Marktwirtschaftler. Herr Schill ist im Moment nicht da.

(Michael Neumann SPD: Ist das eine Kritik?)

– Nein, das ist keine Kritik. Warten Sie es ab!

Er ist hier – soweit ich informiert bin – der Einzige, der die Situation im Taxengewerbe von beiden Seiten kennt.

(Alexander Porsche GAL: Ich bin zehn Jahre Taxe gefahren! – Krista Sager GAL: Herr Porsche kennt sich bestens aus!)

– So lange habe ich es nicht gemacht.

(Zuruf: Brauchen Sie einen neuen Job?)

Ich möchte zunächst auf das eingehen, was die Opposition gesagt hat, dass es sich insbesondere um einen dirigistischen Ansatz handeln würde, den wir mit Vorsicht angehen sollten.

Das ist ein bisschen schwierig, weil es sich zunächst einmal nur um diesen Beobachtungszeitraum handelt; mehr wollen wir jetzt nicht. Wir wollen einfach die Grundlagen erforschen, die notwendig sind, um uns in die Lage zu versetzen, ein Bild über die Wirtschaftlichkeit im Hamburger Taxengewerbe zu erhalten, denn dieses haben wir nicht.

Herr Kollege Wohlers hat gesagt, dass die letzte Untersuchung in Hamburg 1983 stattgefunden hat, obwohl es zwischenzeitlich vermehrt Bedarfe und Anträge seitens der Taxenunternehmer gegeben hat, einen solchen Beobachtungszeitraum einzuräumen. Was wir mit den Zahlen machen, die wir dann bekommen, werden wir sehen; darüber können wir reden. Deswegen unterstützen wir die Überweisung an den Verkehrsausschuss und eine Anhörung zu diesem Thema.

Dann hatten Sie etwas zum Qualitätsstandard gesagt. Es ist in der Tat ein interessanter Aspekt, wenn man bedenkt, dass für viele Menschen, die Hamburg besuchen, das Taxi den ersten Kontakt zu unserer Stadt herstellt. Deshalb ist es ganz wesentlich, dass das Taxi einen Eindruck des Willkommenseins vermittelt. Dazu muss ein Niveau geschaffen werden, das dieses gewährleistet. Das kann ein Taxenunternehmer nur dann, wenn er selbst wirtschaftlich

arbeiten kann. Diese Wirtschaftlichkeit ist zurzeit eben nicht gegeben.

C

Der Kollege von der SPD möchte jetzt schon einen Beobachtungszeitraum einräumen; das wird nach 19 Jahren auch Zeit. Der alte Senat hatte nicht wirklich begriffen, dass das Taxengewerbe nicht nur an den ÖPNV angenähert, sondern ein Teil davon ist, der allein dadurch zu stande kommt, dass eine Beförderungspflicht innerhalb des Pflichtfahrtgebietes besteht. Deswegen hat der Staat auch gegenüber diesem Teil des ÖPNV eine besondere Verpflichtung.

Witzigerweise war es so – obwohl nach Meinung des Senats hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage im Taxengewerbe keinerlei Grundlagen auf die Anfrage von Frau Sudmann vorgelegen haben sollen –, dass sich die Baubehörde selbst nach außen hin schon geäußert hatte. Wenn es um Einkommensnachfragen oder dergleichen ging, hatte die Behörde sich dahin gehend geäußert, dass es möglich sei, als Taxifahrer in dieser Stadt ein Nettoeinkommen von 2500 DM zu erwirtschaften.

(Werner Dobritz SPD: Sagen Sie doch mal, was Sie wollen!)

Sie hat sich nicht dazu geäußert, wie lange man dafür arbeiten muss, um diese 2500 DM zu verdienen. Das ist aber ein ganz wesentlicher Faktor. Die Gesetzeslage wird sich – was die Lenkzeiten angeht – demnächst durch europäische Richtlinien verändern. Wenn diese Lenkzeiten von acht Stunden von Taxenunternehmern eingehalten werden müssen, dann ist es bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage nicht mehr möglich, einen Taxenbetrieb zu führen, jedenfalls nicht als Alleinunternehmer.

(Werner Dobritz SPD: Was schlagen Sie denn vor?)

D

– Sie haben den Antrag doch gelesen und wissen, was wir vorschlagen.

Dass es angesichts von sechs Verbänden und vier landesweiten Funkzentralen schwierig ist, eine Einheitlichkeit im Gewerbe herzustellen, ist klar. Aber gerade das spricht für die Notwendigkeit eines solchen Beobachtungszeitraumes.

Was dabei herauskommt, muss nicht unbedingt eine Beschränkung der Konzessionen oder ein Konzessionsstopp sein; das sehe ich auch nicht, weil dies eine fragliche Maßnahme ist. Es ist aber eine Wirtschaftlichkeitsanalyse, die es dem Staat und auch dieser Bürgerschaft erlaubt, neue Wege bei diesem Teil des öffentlichen Personennahverkehrs zu finden. Man könnte beispielsweise Sammeltaxen einrichten, die den ÖPNV flexibilisieren, und eine markt-orientierte Tarifpolitik einführen. Deswegen bitte ich darum, den Antrag anzunehmen und nachträglich an den Verkehrsausschuss zu überweisen. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Polle.

Rolf Polle SPD: Ich will nur kurz Herrn Rumpf daran erinnern, dass es das Gesetz gibt. Sie haben selbst den Paragraphen 13 Personenbeförderungsgesetz zitiert. Den möchte ich Ihnen vorlesen:

(Dr. Michael Freytag CDU: Aber nicht ganz!)

(Rolf Polle SPD)

A „.... vor der Entscheidung über neue Anträge einen Beobachtungszeitraum einschalten.“

Das heißtt, in dem Moment, wo der Beobachtungszeitraum von der zuständigen Behörde – in Hamburg ist es die Baubehörde – verkündet wird, ist ein Konzessionsstopp verhängt. Dann beginnt ein munteres Handeln mit Konzessionen und der Marktpreis wird steigen. Deswegen wollen wir innehalten, um dieses zu verhindern, und im Ausschuss prüfen.

Ich will nicht warten, bis die Bundesebene sich einigt, aber wir sollten doch zumindest Bundesargumente zur Kenntnis nehmen. Vielleicht gibt es dadurch eine Verzögerung von zwei Monaten, aber Sie sagen, Sie haben 19 Jahre bis zu diesem Beobachtungszeitraum gewartet. Können Sie dann nicht diese zwei Monate auch noch warten?

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer möchte den Buchstaben A aus der Drucksache 17/245 beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses mit großer Mehrheit bei einer großen Anzahl von Stimmenthaltungen so beschlossen.

Zum Buchstaben B ist anzumerken, dass der Bau- und Verkehrsausschuss zuständig ist. Wer möchte den Buchstaben B alsdann beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses einstimmig bei einer Fülle von Stimmenthaltungen so beschlossen.

Wer stimmt einer nachträglichen Überweisung der Drucksache 17/245 an den Bau- und Verkehrsausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses einstimmig so beschlossen.

B

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 11 a: Drucksache 17/268: Bericht des Haushaltsausschusses zur vorläufigen Haushaltungsführung 2002.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksachen
17/70: Vorläufige Haushaltungsführung 2002
17/181: Vorläufige Haushaltungsführung 2002
Erweiterung der Ermächtigung zur vorläufigen Haushaltungsführung („Bepackung“)
– Drucksache 17/268 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 17/301 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

[Antrag der Fraktion der SPD:
Vorläufige Haushaltungsführung 2002 – Erstattung an den Freistaat Bayern für 20 Polizeivollzugsbeamte
– Begrenzung der „Bepackung“ auf notwendige Beträge – Drucksache 17/301 –]

Wird das Wort gewünscht? – Das Wort bekommt der Abgeordnete Neumann.

(Glocke)

Herr Abgeordneter, Sie können hier zwar auch umräumen, aber das ziehe ich von Ihrer Redezeit ab.

Michael Neumann SPD:* Ich wollte ja nur dem Herrn Schill in die Augen schauen, wenn wir über seine Anträge sprechen.

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Senat beantragt in der Bepackungs-

drucksache knapp 1,1 Millionen Euro zur Finanzierung von vier Wochen Hamburg-Aufenthalt für 20 Polizisten aus Bayern. Wir halten dies für politisch falsch und haushaltrechtlich für sehr fragwürdig.

C

Herr Schill hat heute hier betont, dass für die 20 bayerischen Kollegen unsere Stadt lediglich die Unterbringungskosten in Höhe von 15 000 Euro tragen müsse, aber auf Nachfrage in den Ausschüssen mussten wir feststellen, dass es keinerlei schriftliche Vereinbarungen mit Bayern beziehungsweise dem zuständigen Innenminister über die Ausleihe von Polizisten gibt.

Auch weiß der bayerische Innenminister selbst offenbar nichts von einer Sicherheitspartnerschaft, die Herr Schill nicht müde wird, immer wieder zu zitieren. Basiert also diese Vereinbarung mit Bayern einzig und allein auf einer Männerfreundschaft zwischen Herrn Innenminister Beckstein und Herrn Schill? Ist dies der richtige Rahmen für den Einsatz von Polizisten oder kann man dies vielleicht gar als Sicherheitspartnerschaft bezeichnen, für die man mal eben 1,1 Millionen Euro ausgeben soll? Ich meine nicht, denn ob unsere bayerischen Gäste, die nächste Woche nach Hamburg kommen, überhaupt länger als vier Wochen hier bleiben beziehungsweise ob weitere Beamte nachfolgen werden, ist völlig offen, und nicht einmal Herr Schill traut sich zu versprechen, dass Bayern weitere Leute schicken wird. Gesichert scheint also zum jetzigen Zeitpunkt lediglich die Abordnung von 20 Kollegen für den Zeitraum von vier Wochen.

Es geht aber weniger um die bayerischen Kollegen an sich. Wir begrüßen als Sozialdemokraten den Besuch der bayerischen Polizisten ausdrücklich, weil wir der Überzeugung sind, dass sie in Hamburg sehr viel lernen können.

(Beifall bei der SPD)

D

Sie können lernen, wie leistungsstark unsere Polizei ist, sie werden sehen, wie COMVOR, unser Computersystem, funktioniert – auch das gibt es in Bayern nicht –, wie ein Laufbahnverlaufsmodell aussieht, das die Regelbeförderung zum Hauptmeister nach 16 Jahren sicherstellt, oder auch wie eine Landespolizei aussieht, in der über 50 Prozent im gehobenen Dienst beschäftigt sind. All das ist in Bayern unbekannt.

(Zuruf von Erhard Pumm SPD)

– Genau das ist das Stichwort, Herr Pumm.

(Vizepräsident Peter Paul Müller übernimmt den Vorsitz.)

Herr Stoiber wird sich wundern, welche Forderungen die Hamburg-Touristen bei ihrer Rückkehr an den Freistaat stellen werden,

(Beifall bei der SPD)

denn die bayerischen Polizisten können in großen Teilen von den Hamburger Standards nur träumen.

Uns geht es aber darum, dass Herr Schill mit den bayerischen Polizisten versucht zu verschleiern, dass er sein Wort gebrochen hat, nämlich 2000 zusätzliche Polizisten auf die Straßen zu bringen.

(Elke Thomas CDU: Er ist 100 Tage im Amt!)

Und diese bayerischen Kollegen sollen jetzt dafür herhalten, das Versagen von Herrn Schill und des Senats zu vertuschen.

(Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Das ist Ihr Versagen der letzten Jahre!)

(Michael Neumann SPD)

- A Aus meiner Sicht benutzt Herr Schill diese Kollegen, er missbraucht sie für rein politische Zwecke. Und da stelle ich mir die Frage, ob das der neue Geist ist, den er gestern in den Haushaltsberatungen beschworen hat, der durch die Polizei gehen soll, der Missbrauch der Polizei durch die Politik.

(Beifall bei der SPD)

Sie, Herr Schill, auch wenn Sie sich jetzt vom Finanzsenator kurz einweisen lassen, missbrauchen diese Polizisten einzig für einen peinlichen Gag auf Staatskosten, auf Kosten der Hamburger Polizei und auch auf Kosten der Sicherheit in Hamburg

(Dr. Michael Freytag CDU: Peinlich sind Ihre Versagen!)

– dazu komme ich jetzt, mein lieber Herr Freytag –, denn gestern wurde deutlich, dass dieses Projekt der bayerischen Polizisten zulasten unserer Hamburger Feuerwehr gehen wird. Um die beantragten 1,1 Millionen Euro für die bayerischen Leihpolizisten finanzieren zu können, wird Herr Schill Ausbildungslehrgänge bei unserer Hamburger Feuerwehr in diesem Jahr streichen, denn der neue Senat, der ja so viel für Innere Sicherheit tun wollte, wozu offensichtlich die Feuerwehr nicht gehört, hat die Sparauflagen im Sachmittelhaushalt so erhöht, dass die Feuerwehr nicht in der Lage ist, das zu erbringen. Sie wird zur Erbringung der Einsparmaßnahmen Personal abbauen müssen; das wurde gestern auch von Senatsvertretern auf meine Frage hin bestätigt. Das heißt also auf gut Deutsch: Die Feuerwehr ist das Sparschwein für die Polizeitouristen aus Bayern und das werden wir nicht hinnehmen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

- B Dies alles geschieht vor dem Hintergrund, dass die Senatsvertreter – dazu gehören Herr Schill und sein Staatsrat – die Mittel für diese bayerischen Polizisten im Innenausschuss als ein so genanntes politisches Signal bezeichnet haben. Es macht aus meiner Sicht die Sache noch wesentlich schlimmer, dass es hier lediglich um ein politisches Signal geht, 1,1 Millionen Euro auszugeben,

(Manfred Mahr GAL: Das ist Steuergelderverschwendun!)

denn Sie gefährden die Sicherheit der Bevölkerung im Brand- und Katastrophenschutz, insbesondere im Bereich von Süderelbe und Finkenwerder, einzig und allein, um ein politisches Signal auszusenden. Das ist ein wirkliches Spiel mit dem Feuer, das ist ein Skandal.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Selbst der Chef der bayerischen Gewerkschaft der Polizei kommentiert das wörtlich in der Münchner Ausgabe der „Bild“-Zeitung damit, dass diese Maßnahme für den schillernden Herrn Schill spräche, der sich anscheinend das Wohlwollen der Bayern erkaufen wolle, nachdem Herr Stoiber Gespräche mit ihm abgelehnt habe. Dem kann ich, auch wenn es aus Bayern kommt, nichts hinzufügen.

(Zuruf von Elke Thomas CDU)

Für meine Fraktion erkläre ich deutlich – da bin ich auch einer Meinung mit Frau Thomas –: Vor die Alternative gestellt, bayerische Polizisten für vier Wochen hier zu stationieren oder die Hamburger Feuerwehr entsprechend auszustatten, stehen wir Sozialdemokraten auf der Seite unserer Feuerwehr.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Frau Thomas, wir lassen es nicht zu, dass für solche Showeffekte das Leben der Kollegen der Feuerwehr oder gar der Bevölkerung gefährdet wird; das geht zu weit.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Darüber hinaus ist die Beantragung dieser 1,1 Millionen Euro auch aus haushaltrechtlichen Gründen nicht notwendig. Schon im Rahmen der beschlossenen vorläufigen Haushaltsführung – Herr Nockemann, Sie wissen das, Sie haben den Haushaltsplan ja als Behördenmitarbeiter mit aufgestellt – ist dies möglich.

(Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Das ist im Haushaltsausschuss geklärt! – Dr. Michael Freytag CDU: Sie glauben doch selber nicht, was Sie da sagen!)

– Herr Freytag, das heißt, Sie sagen, Herr Nockemann arbeitet nicht in der Behörde mit; ich bin aber fest davon überzeugt.

Eine Bepackung – Herr Freytag, da werden Sie mir zustimmen, das haben Sie in der Vergangenheit immer gesagt –,

(Beifall bei der SPD und der GAL)

ist immer so knapp wie möglich zu halten.

Ich fasse das für die Schreihälse gerne noch einmal zusammen: Erstens ist die Bepackung so knapp wie möglich zu halten. Zweitens betragen die realen Kosten nach Aussage des Herrn Schill 15 000 Euro für die 20 Kollegen. Drittens muss, um die beantragte Summe von 1,1 Millionen Euro ausgeben zu können, dieses Geld bei der Feuerwehr eingespart werden und man spielt damit mit der Sicherheit der Bevölkerung. Viertens – das ist ein ganz entscheidender Punkt – brauchen wir auch keine bayerischen Kollegen, die unserer Polizei erzählen, wie sie ihren Dienst zu tun hat. Das weiß unsere Polizei selbst sehr gut.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Und folgen Sie fünftens unserem Antrag. Senken Sie die angesetzten 1,1 Millionen Euro auf 15 000 Euro ab. Es geht hier um Geld, das der Senat bis zum Haushaltbeschchluss ausgeben darf für die 20 Kollegen, die jetzt kommen sollen, und dafür reichen die 15 000 Euro locker aus. Nachdem wir das ausgewertet haben, können wir gemeinsam darüber nachdenken, was diese Polizisten aus Bayern wirklich gebracht haben und ob wir dafür weiter Geld zur Verfügung stellen wollen.

Sollten Sie unserem Antrag wider Erwarten nicht folgen, blockieren Sie das Geld für die Bayern, von denen niemand weiß, ob sie überhaupt fortlaufend kommen werden. Deswegen sehen wir uns im Zweifelsfall auch nicht in der Lage, der Gesamtdrucksache zuzustimmen.

(Dr. Michael Freytag CDU: Das müssen wir hinnehmen!)

Hinzu kommt, dass wir die Schaffung der zehn BAT-II-Stellen an der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung, Fachbereich Polizei, die wir schon im Haushaltsausschuss debattiert haben, in dieser Form ebenfalls ablehnen, da die BfL gestern selbst noch nicht wusste, wie ihre Polizeiausbildung aussehen soll. Deshalb sehen wir auch nicht ein, dass für eine noch nicht vorhandene Ausbildungskonzeption schon Stellen geschaffen werden. Wir wollen das Konzept sehen und dann können wir gern darüber reden, ob Stellen dafür notwendig sind.

C

D

(Michael Neumann SPD)

A Gegen die anderen beantragten Maßnahmen der Bepackungsdrucksache sprechen wir uns ausdrücklich nicht aus.

Ich bitte Sie also, in sich zu gehen, darüber nachzudenken, was ich Ihnen gesagt habe, und unserem Antrag dann zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Tants.

Henning Tants CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Neumann, ich habe selten erlebt, wie jemand hier so ein Showbusiness versucht abzuziehen.

(Zurufe von der GAL: Was? – Christa Goetsch GAL: Sie könnten Showbusiness gebrauchen!)

Es fängt damit an, dass Sie nach vorne gehen und erst einmal umräumen, damit Sie dem Senator besser ins Gesicht sehen können. Genauso wenig wie es nötig ist, hier vorne etwas wegzuräumen, um Blickkontakt zur Senatsbank aufzunehmen,

(Barbara Duden SPD: Sagen Sie mal was zur Sache!)

genauso unnötig und showhaft war Ihr Beitrag.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ich will versuchen, sachlich zu sein. Ich sehe Ihnen nach, Herr Neumann, dass Sie noch nicht so lange im Haushaltungsausschuss sind.

(Manfred Mahr GAL: Gleich schlafe ich ein!)

B Sie sagen hier, soweit Maßnahmen im Rahmen der Gefahrenabwehr oder der Amtshilfe ergriffen werden müssen, ist dieses im beschlossenen Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung möglich. Wenn Sie im Haushaltungsausschuss zuhören und nicht vor lauter Ideologie jedes Wort des Senators missverstehen würden

(Michael Neumann SPD: Da hat er nicht selber gesprochen! Das war der Staatsrat!)

– gestern hat er auch selber gesprochen –, dann würden Sie wissen, dass dies nicht im Rahmen der Gefahrenabwehr ist und genau diese Dinge, die die Landeshaushaltsoordnung vorschreibt, hier nicht gemeint sind. Das ist nahezu – jetzt muss ich aufpassen, dass ich keinen Ordnungsruf bekomme – unglaublich oder unfassbar. Nehmen Sie doch einmal die Bepackungsdrucksache und die Erklärung dazu und schauen Sie sich an, was zur Wagnerstraßebrücke oder zu anderen Brücken gesagt wird. Da wird, weil im Laufe dieses Jahres etwas gemacht werden soll, Haushaltssicherheit geschaffen und dieser Betrag schon eingestellt. Genau dies ist nach der Landeshaushaltsoordnung und den Kommentaren auch richtig; Sie müssen einmal in die Kommentare gucken.

(Michael Neumann SPD: Sind das Vorratsbeschlüsse?)

– Das ist kein Vorratsbeschluss. – Sie schlagen dem Parlament und dem Senat einen haushaltsrechtlichen Verstoß vor. Wenn Sie einmal in die Kommentare gucken und hier nicht nur eine Show abziehen und haushaltsrechtlich sauber und ordentlich vorgehen, werden Sie sehen, dass diese Bepackung nicht nur zulässig, sondern nach dem gelgenden Haushaltsrecht geboten ist. Und wenn Sie hier Haushaltsrecht vorschreiben, dann sollten Sie auch Haushaltsrecht bringen und nicht den Senat zu Haushaltsverstößen auffordern. Sie müssen sich einmal die Zeit nehmen und in die Kommentare schauen, bevor Sie hier so eine Show abziehen; erster Punkt.

C Zweitens: Wenn – so unsachlich, wie Sie, Frau Duden und andere zurzeit sind – der Senator das getan hätte, was Sie jetzt fordern, dann hätten Sie gesagt, es werde verschleiert. Frau Duden, wenn Sie sagen, im Haushaltungsausschuss sagen die Regierungsfraktionen nichts, dann ist das schlicht und ergreifend falsch.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Fast nichts!)

Gucken Sie einmal in die Protokolle, denn ich frage mich, wo Sie immer sind. Sie gehen offensichtlich immer dann, wenn die Regierungsfraktionen etwas sagen, hinaus.

(Michael Neumann SPD: Das ist Ihr Senator, der rausgeht!)

Wenn dieses Ihr Verständnis von Teilnahme an Haushaltungsausschusssitzungen ist, immer dann, wenn die Regierungsfraktionen etwas sagen, hinauszugehen, dann ist das nicht das richtige Verständnis.

Noch ein anderer Punkt: Wenn Sie hier sagen, die bayerischen Polizisten würden zulasten der Feuersicherheit im Süderelberaum kommen, dann ist das doch ein Märchen, das wissen Sie auch.

(Michael Neumann SPD: Dann haben Sie nicht zugehört!)

D – Im Gegensatz zu Ihnen habe ich nicht nur zugehört, sondern mich auch noch schlau gemacht. – Man wird kein Personal einsparen müssen. Das hat etwas mit einem Altersstrukturwandel bei der Hamburger Feuerwehr zu tun und deswegen kann dort eingespart werden. Wenn Sie sich falsch informieren lassen und dieses hier umdrehen, dann ist es ein Skandal, das Haushaltsrecht vorschreibend der Bevölkerung zu suggerieren, die Feuersicherheit im Süderelberaum sei nicht mehr gewährleistet.

Bei soviel Unsachlichkeit kann Ihrem Antrag nicht zugestimmt werden, weil er schlicht und einfach Show ist und das kann nicht sein. Dem stimmen wir so nicht zu. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat der Abgeordnete Silberbach.

Manfred Silberbach Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Neumann, wenn die Bayern nach Hamburg kommen, werden sie tüchtige Hamburger Polizeibeamte vorfinden; das ist richtig. Aber sie werden auch feststellen, wie durch eine in der Vergangenheit verkehrte Politik im Polizeibereich die Beamten demotiviert worden sind.

(Oh-Rufe bei der GAL)

Herr Neumann, was soll zum Beispiel der Unsinn, zu fragen, wo die 2000 Polizeibeamten seien. Ihr Fraktionsvorsitzender, Herr Grund, sagte Vergleichbares in der Aktuellen Stunde. Ich bin der Meinung, er erblödete sich, indem er sagte,

(Michael Neumann SPD: Das ist aber jetzt ein Ordnungsruf!)

(Manfred Silberbach Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- A das sei ein Betrug an den Wählern, und nach den 2000 Polizeibeamten und 700 Lehrern fragte.

(Ingo Egloff und Uwe Grund, beide SPD: Sie haben das doch behauptet!)

Herr Grund, was soll ein derartiger Unsinn? Sie wissen doch genau, wie lange man braucht, um Polizeibeamte auszubilden.

(Wolfgang Franz SPD: Heißt das, Sie wollen doch noch 2000 einstellen?)

Umgekehrt wissen Sie genau, wie lange man braucht, um ausgebildete Lehrer zu haben.

Ein Regierungsprogramm und ein Koalitionsabkommen gilt für vier Jahre. Wenn Sie nach dreieinhalb Jahren sagen, wir können unser Wahlversprechen nicht einhalten, dann wäre das angebracht, aber nicht nach den ersten 100 Tagen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Durch den dringenden Bedarf im Bereich der Polizei war der Senat wegen der Kriminalitätsentwicklung in Hamburg gezwungen, in anderen Bundesländern als Bittsteller aufzutreten und um Hilfe zu bitten. Um der Kriminalität in Hamburg Herr zu werden, musste schnellstmöglich gehandelt werden. Leider war nur der Freistaat Bayern in der Lage, Hamburg zu helfen. Hierfür geht unser Dank an die bayerische Landesregierung, wenn es zunächst auch nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist. Wäre die Hamburger Polizei von der Vorgängerregierung nicht kaputtgespart worden und das trotz der besorgniserregenden Kriminalitätsentwicklung, dann wären derartige Klimmzüge nicht notwendig gewesen. An dem Punkt, wo wir gezwungenermaßen handeln müssen, kommen jetzt diejenigen, die diese Mangelsituation bei der Hamburger Polizei zu verantworten haben, und treten als Bedenkenträger auf, um ein schnelles und entschlossenes Handeln zu verhindern. Warum sollte erst ein Staatsvertrag mit Bayern geschlossen werden, wo es doch unkomplizierte und erprobte Kooperationsmöglichkeiten zwischen den Bundesländern gibt?

(Manfred Mahr GAL: Glauben Sie, was Sie sagen?)

Es werden nicht nur 20 Polizeibeamte für vier Wochen nach Hamburg kommen, sondern über das ganze Jahr verteilt mindestens 20 Polizeibeamte aus Bayern beziehungsweise aus anderen Bundesländern, die ihren Dienst in Hamburg ableisten werden.

(Manfred Mahr GAL: Was ist die Sicherheitsleistung?)

Wir werden nicht in die Falle der Opposition gehen – Herr Tants hat es ebenfalls gesagt –, die anschließend sagt, wir hätten von vornherein wissen müssen, dass wir weitere Mittel für die Polizeibeamten benötigten, und uns dann vorwirft, wir hätten gegen das Haushaltrecht verstochen. Darum lehnen wir Ihren Zusatzantrag zur Drucksache 17/268 ab.

Und warum sollte wegen der Verstärkung der Lehrerkapazität für die Ausbildung von Polizeibeamten erst das gesamte Konzept der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung geändert werden?

Diese Beispiele zeigen, meine Damen und Herren von der Opposition, wie langsam Sie in der Vergangenheit gearbeitet beziehungsweise nicht gehandelt haben. Damit ist

jetzt Schluss. Wir palavern nicht, wir setzen um und halten dabei selbstverständlich die Gesetze ein. Versuchen Sie, Opposition zu sein, und verwechseln Sie nicht Opposition mit Obstruktion. – Schönen Dank.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – Werner Dobritz SPD: Wie war das bei der Stadtentwässerung?)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat Frau Hajduk.

Anja Hajduk GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Silberbach, Sie haben gerade in Ihrer Rede gesagt, dass wir nicht schon nach 100 Tagen verlangen sollen, dass die Wahlversprechen eingehalten werden, Sie es aber nach vier Jahren tun können.

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: Dreieinhalb Jahre!)

– Oder dreieinhalb. Wir werden gucken, ob Sie 2000 Polizisten nach dreieinhalb Jahren haben werden. Dieses Versprechen haben Sie hier gerade erneuert; das ist schon mal eine Messlatte.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Zuruf: Die werden ausgebildet werden!)

– Obwohl man eigentlich schon ableiten kann, dass das nicht geht, weil die ausgebildet werden müssen, nehme ich Sie jetzt einmal beim Wort.

Dann möchte ich auf Sie, Herr Tants, eingehen. Sie haben mit ruhiger Stimme – das ist immer angenehm – versucht, deutlich zu machen, dass das, was Herr Neumann gesagt hat, irrelevant sei. Da muss ich Ihnen aber grundsätzlich widersprechen, um es einmal höflich zu sagen.

(Henning Tants CDU: Das muss nicht heißen, dass Sie Recht haben!)

– Sie müssen das ja nicht teilen. Aber wenn die Argumentation gilt, dass es zur Transparenz und zur Haushaltssicherheit beiträgt, alle Maßnahmen in die Bepackung aufzunehmen, wo nicht die Maßgabe ist, dass die gesamte Finanzierung schon verantwortet wird, dann kann man sich eigentlich Haushaltseratungen nach einer Wahl im September, die dann Haushaltseratungen erst im Januar zulässt, schenken. Nach Ihrer Vorstellung müssten wir fast den gesamten Haushalt in die Bepackung nehmen und als Parlament sagen, wir haben nichts mehr zu beraten, die Haushaltssicherheit wird dadurch gewährleistet, dass wir schon einmal die Absichten des Senats kennen lernen. Das ist schlicht und ergreifend die Konsequenz aus Ihrer Argumentation.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich will das an einem Beispiel, das Sie selbst vorgeschlagen haben, einmal deutlich machen. Sie haben als Argument die Entscheidung – die im übrigen unsere Fraktion mitträgt – im Verkehrsbereich bei der Wagnerstraße und anderen Vorhaben genommen. Wenn Sie sich einmal die Drucksache ansehen – da gibt sich der Senat in der Regel auch Mühe –, warum er diese Ermächtigung in diesem Ausmaß braucht, so liegt das daran, dass er beabsichtigt, die Arbeiten im Januar auszuschreiben und auch entsprechende Aufträge zu erteilen.

(Henning Tants CDU: Was macht er denn anderes?)

(Anja Hajduk GAL)

A Bei den einzelnen Punkten wird erläutert – ich komme noch auf Ihr Argument –, dass sich der Senat in diesem Ausmaß fest binden will.

Jetzt kommen wir einmal zu dem, was wir in mittlerweile drei Sitzungen über das Fortbildungsprogramm für bayerische Polizisten gelernt haben. Erstens hält es unsere Fraktion nicht für verantwortbar, so ein Großstadtprogramm für bayerische Polizisten, das nämlich einen Fortbildungscharakter in beide Richtungen haben wird, einseitig mit Hamburger Steuergeldern zu finanzieren.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Zweitens hat Herr Schill deutlich gemacht, dass er in Gesprächen ist und es sein Ziel ist, eine Zusammenarbeit zwischen Bayern und Hamburg zu etablieren. Er hat aber auch klar gemacht – so habe ich jedenfalls die Äußerungen auf die Schriftlichen Kleinen Anfragen und im Ausschuss verstanden –, dass längst noch nicht alles klar ist. Wir wissen, dass die 20 Polizisten, die jetzt kommen,toi,toi,toi nur 15 000 Euro Unterbringung kosten, wir wissen aber nicht, welche weiteren Kosten auf uns zukommen. Gerade hat Herr Silberbach davon gesprochen, dass wir womöglich noch Polizisten aus anderen Ländern bekommen. Wenn das so ist, dann kann keine hinreichende Verpflichtung eingegangen sein zwischen dem Hamburger Innensenator und dem bayerischen Innenminister über 1 089 000 Euro, denn wenn die Polizisten aus anderen Ländern kommen, dann kann diese Vereinbarung nicht ganz tragen.

Ich will noch auf einen weiteren Punkt eingehen; es war gestern schon wirklich kurios, als wir zum dritten Mal nachfragten. Unter den aktuellen Umständen der Vereinbarung ist es günstig, dass Bayern bei der ersten Tranche der 20 Polizisten darauf verzichtet, sich die Personalkosten von Hamburg erstatten zu lassen. Die Begründung für die 1 089 000 Euro sind aber ausschließlich die anteiligen Personalkosten; so ist es in der Kleinen Anfrage ausgewiesen, die der Senat beantwortet hat. Gestern habe ich gefragt, wie viel noch auf uns zukommt – jetzt haben wir 15 000 Euro Unterbringungskosten –, wenn die ganzen anderen Gruppen kommen und dieses Personalvolumen Unterbringung braucht. Da bekommen wir doch tatsächlich zur Antwort – das ist grundsätzlich eine haushaltsspendende Idee –, dass man davon ausgehe und darauf bauе und hoffe, dass die zusätzlichen Polizisten bei befreundeten Polizisten in Hamburg wohnen werden und man deswegen diese Kosten gering halte.

Ich führe das alles auf, um eines zu illustrieren: Ich will nicht behaupten, dass ich bei diesem Programm alles wüsste, aber es ist auch von Senatsseite noch nicht hinreichend Klarheit geschaffen worden. Und weil das so ist, hat das in diesem Ausmaß in der Bepackung wirklich nichts zu suchen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Die Bepackung ist eine Ermächtigung zur vorläufigen Haushaltsführung. Da dürfen wir den Maßstab anlegen, dass die Kosten und die Programmdurchführung klar sind; dies ist aber noch in Erarbeitung. Politisch können wir uns in der Sache streiten. Da kann ich gut ertragen, dass wir in der Minderheit sind. Dass Sie dies aber haushaltstechnisch heute so festlegen, halte ich für ein bisschen viel Symbolpolitik oder in diesem Fall für korrekturbedürftig.

Vor diesem Hintergrund werden wir dieser Drucksache nicht zustimmen, wenngleich in Anlage 1 bei einigen Punkten notwendige Dinge angeschoben werden sollen. Ich

bleibe dabei: Wir haben in diesem Haushalt wenig Mittel zur Verfügung; sie rechtfertigen auch vor den Bürgern und Bürgerinnen in Hamburg schwere Einsparungen. Wie locker Sie diese 1 Million Euro auf die Polizei gießen, ist ein völlig falscher Umgang mit Hamburger Steuermitteln.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat Herr Schrader.

Leif Schrader FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das ist schon lustig, da muss man sich den halben Nachmittag und den ganzen Abend an seinem Abgeordnetenplatz schwerste Vorwürfe an den Innensenator anhören, dass es ihm nicht gelungen sei, in 100 Tagen die Ausbildungskapazitäten so weit aufzubauen, dass man 2000 neue Polizisten einstellen könnte, und dann macht man einen Vorschlag, 20 Polizeistellen neu zu schaffen, und das ist Ihnen auch nicht recht.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Ich könnte es ja verstehen, meine Damen und Herren von der Opposition, wenn Sie sagen würden, 20 Polizisten sind ein Tropfen auf den heißen Stein, wo sind die anderen tausend oder mehr. Wenn das wenigstens wahr wäre. Aber das stimmt auch nicht, denn in der Bepackung haben Sie genauso 250 Stellen für Polizeimitarbeiter im Außendienst und 280 Stellen für Mitarbeiter im Polizeivollzugsdienst ausgewiesen. Insofern verstehe ich Ihre Vorbehalte gegen diese 20 Polizisten, die uns ausgeliehen werden, überhaupt nicht.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Die Ausweisung dieser Summe in der Bepackung ist auch deswegen notwendig, weil eben nicht nur für vier Wochen 20 Beamte hier sein werden, sondern das in Kooperation zumindest zunächst einmal mit Bayern fortgeführt werden soll. Ich weiß auch nicht, warum Sie hier sagen, das sei ein Fortbildungsprogramm.

(Manfred Mahr GAL: Nicht mal das!)

Das ist es selbstverständlich nicht, es ist ein Austausch zwischen einzelnen Beamten. So etwas macht der Bundesgrenzschutz – nebenbei bemerkt – in seinen unterschiedlichen Aufgabenbereichen seit Jahren sehr erfolgreich, weil man mal in andere Arbeitsbereiche und Arbeitsumfelder hineinschaut. Ich weiß gar nicht, was daran schlecht sein soll.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Selbstverständlich können diese 20 Gastpolizisten effektiv eingesetzt werden. Angesichts des großen Überschusses an aufgelaufenen Überstunden ist die Hamburger Polizei über jeden Einzelnen froh, der einmal in einer Schicht dabei sein kann.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Manfred Mahr GAL: Die laufen mit ‘nem Kompass durch die Stadt!)

– Die laufen mit keinem Kompass durch die Stadt, Herr Mahr. Ich weiß nicht, wie es in Ihrer noch beruflichen Tätigkeit bei der Polizei gewesen ist. Aber es gibt selbstverständlich ganz konkret beschreibbare Einsatzorte, wie

C

D

(Leif Schrader FDP)

- A das übrigens auch schon in der Partnerschaft mit dem Bundesgrenzschutz am Hauptbahnhof gehandhabt wird, wo man nicht erst eine zweijährige Einweisung in den Hamburger Stadtplan benötigt, um ein bisschen effektiv arbeiten zu können.

(Michael Neumann SPD: Ein bisschen effektiv?)

Die Feuerwehrstellen, auch das ist schon gesagt worden, werden nicht durch die hier entstehenden Kosten reduziert. Das ist eine ganz normale Kostenreduktion, die in der Altersstruktur der Feuerwehr belegbar und auch erforderlich ist, um insgesamt in der Einsparung die Ziele zu erreichen, die uns nun einmal vom Vorgängersenat vorgegeben worden sind.

Meine Damen und Herren! Die FDP wird dem Ergänzungsantrag der SPD aus diesem Grund selbstverständlich nicht zustimmen. Und ich sehe auch gar keinen Grund für die große Aufregung, denn wir werden unsere Politik, die Hamburger Polizeistellen zu erhöhen, umsetzen, ob wir es nun in der Bepackung tun oder ob wir es später im Haushaltsgesetz getan hätten – notfalls gegen Ihre Stimmen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Meine Damen und Herren! Wird in dieser Sache noch weiter das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung, zunächst zum SPD-Antrag, Drucksache 17/301. Wer möchte ihn annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist die Mehrheit. Damit ist diese Drucksache abgelehnt.

- B Dann zum Bericht des Haushaltausschusses, Drucksache 17/268. Wer schließt sich der Ausschussempfehlung an und stimmt dem Senatsantrag aus der Drucksache 17/181 zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist die Mehrheit. Damit ist der Senatsantrag, Drucksache 17/181, angenommen.

Im Übrigen hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Wir kommen nun zu Punkt 15, Drucksache 17/254: Antrag der SPD-Fraktion zur Auswahl und Beschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Senatorbüros.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Auswahl und Beschäftigung von Mitarbeiterinnen
und Mitarbeitern in Senatorbüros
– Drucksache 17/254 –]**

Hier entfällt nach einem gemeinsamen Beschluss der Fraktionen die Debatte. Die CDU-Fraktion beantragt eine Überweisung dieser Drucksache an den Verfassungsausschuss. Wer stimmt dieser Überweisung zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig.

Ich rufe den Punkt 9 auf, Drucksachen 17/243 und 17/244, Berichte des Eingabenausschusses. Zunächst zum Bericht 17/243.

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben – Drucksache 17/243 –]**

Mir ist mitgeteilt worden, dass zu der Eingabe 653/01 aus den Reihen der GAL-Fraktion gemäß Paragraph 26 Absatz 6 der Geschäftsordnung das Wort begehrt wird. Frau Möller, Sie haben das Wort für maximal fünf Minuten.

Antje Möller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben es bei dieser Eingabe, die wir am 21. Ja-

nuar 2002 im Eingabenausschuss verhandelt haben, mit einem einmaligen Vorgang zu tun, den ich hier gern ansprechen möchte, weil an anderer Stelle eine Debatte darüber nicht möglich ist.

Wir haben, nach meiner Erinnerung, im Eingabenausschuss zum ersten Mal eine Überweisung des Petitionsausschusses des Bundestages gehabt. Dieser bittet, dass wir uns als Länderparlament, als Eingabenausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft, mit einem Thema befassen. Diese Befassung ist von der Mehrheit des Eingabenausschusses abgelehnt worden.

Ich werde ein wenig zur Geschichte der Petition auf Bundesebene sagen, damit Sie es auch alle verstehen können und wir gemeinsam zu einer Einschätzung kommen, was dieser Vorgang eigentlich bedeutet. Auf Bundesebene haben sich mehrere Verbände und auch Einzelpersonen mit Eingaben an den Petitionsausschuss des Bundestages gewandt, um gemeinsam die Aufhebung der Vorbehaltserklärung zur UN-Kinderrechtskonvention zu erreichen.

Der Eingabenausschuss des Deutschen Bundestages hat sich in mehreren Sitzungen und selbstverständlich auch unter Kenntnisnahme der Stellungnahme der zuständigen Bundesbehörden dafür entschieden, diese Eingaben ertens als Paket zu behandeln und zweitens für begründet zu erklären. Begründet wäre bei uns ein zustimmendes Votum. Er hat diese Petition an die Bundesregierung ...

(Zuruf von der CDU)

– Sie verstehen nichts? Ich glaube, durch Zuhören kann man es verstehen.

(Zuruf von der CDU: Eben nicht!)

– Doch, das glaube ich schon.

Die Petitionen sind mit der Aufforderung an die Bundesregierung überwiesen worden, für Abhilfe zu sorgen, also dem Wunsch der Petenten nachzukommen, diese Vorbehaltserklärung zur UN-Kinderrechtskonvention aufzuheben. Es ist nicht wichtig, dass Sie wissen, was die UN-Kinderrechtskonvention ist, sondern dass Sie diesen parlamentarischen Vorgang akzeptieren.

Gleichzeitig hat der Petitionsausschuss des Bundestages an alle Länder-Eingabenausschüsse die Bitte gerichtet, sich mit dem Inhalt dieser Petition zu beschäftigen. Dieses sollte nun auf Wunsch der GAL-Vertreter im Eingabenausschuss erfolgen. Die Mehrheit im Eingabenausschuss, das habe ich eben bereits gesagt – ich sage es jetzt noch einmal, um es deutlich zu machen –, hat die inhaltliche Befassung mit diesem Thema abgelehnt. Das finde ich einen ungeheuerlichen Vorgang.

(Beifall bei der GAL)

In den anderen Landtagen wird entweder direkt im Plenum oder in den Fachausschüssen oder „nur“ im Eingabenausschuss zu diesem Thema diskutiert. Man befasst sich jedenfalls mit den durchaus strittigen Fragen und den nicht positiven Äußerungen zur Aufhebung dieser Vorbehaltserklärung; es wird inhaltlich diskutiert. Das ist in diesem Parlament nicht möglich und das ist ungeheuerlich.

(Beifall bei der GAL – Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Das ist eine Mehrheitsentscheidung!)

– Es ist eine Mehrheitsentscheidung, das ist ganz richtig. Es ist eine Mehrheitsentscheidung gegen das Votum des Petitionsausschusses des Bundestages.

C

D

(Antje Möller GAL)

- A In Anbetracht der Tatsache, dass sich der Bundestag selbst schon zweimal mit diesem Thema beschäftigt hat und zweimal eine Entschließung an die Bundesregierung richtete, diese Vorbehaltserklärung aufzuheben, scheitert das gesamte Projekt lediglich daran, dass alle Bundesländer zustimmen müssen. Daran sieht man, welches Gewicht eine inhaltliche Debatte auch in diesem Landtag hätte.

(Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Die Bundesregierung wird das auch nicht ändern!)

Hamburg verkommt zur politischen Provinz, wenn wir solche Themen nicht mehr anfassen.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Wird weiter das Wort gewünscht? – Das Wort hat der Abgeordnete Ploog.

Wolfhard Ploog CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Möller, es ist nicht so, dass wir uns damit inhaltlich nicht befassen wollten, sondern wir haben es deshalb ...

(Antje Möller GAL: Aber Sie haben das abgelehnt!)

– Ja, natürlich haben wir es abgelehnt, aus gutem Grunde, aber nicht weil wir uns damit inhaltlich nicht befassen wollten, sondern es wäre nach der Auffassung der Mehrheit der Mitglieder des Eingabenausschusses nicht angängig gewesen, dem Senat etwas vorherzubestimmen. Wenn die Debatte geführt werden soll, muss sie hier im Plenum geführt werden und nicht im Eingabenausschuss; das war der Grund. Dann hätte der Senat auch noch die Möglichkeit gehabt, dazu selbst Stellung zu beziehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Wird weiter das Wort gewünscht? – Frau Goetsch hat das Wort.

Christa Goetsch GAL: Meine Damen und Herren, ich möchte deutlich machen, dass auch das Selbstverständnis des Petitionsausschusses, des Eingabenausschusses in Hamburg in Frage gestellt wird.

Ich möchte noch einmal begründen, warum die Befassung mit dem Vorbehalt gegen die UN-Kinderrechtskonvention wichtig ist; ich zitiere:

„Die in Bezug auf ausländische Kinder abgegebene Erklärung des Bundes ist nicht mit dem Ziel und Zweck der Konvention vereinbar. Gemäß Artikel 2 der UN-Kinderrechtskonvention garantieren die Vertragsstaaten allen ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Kindern die Einhaltung der Rechte ohne jede Diskriminierung. Die Interpretationserklärung sieht jedoch eine unterschiedliche Behandlung von ausländischen und inländischen Kindern vor. In der Praxis zeigt sich bisher häufig, dass im Zusammenhang mit Einreise, Aufenthalt und Bleiberecht das Ausländer- und Asylrecht vorrangig hier gegenüber dem Kindeswohl gehandhabt wird.“

Das ist die Begründung, warum wir aufgefordert sind, uns hiermit zu befassen. Wir als GAL-Fraktion können dieser Eingabe nicht zustimmen beziehungsweise die Gründe

sprechen für sich. Wir müssen uns mit dieser Petition befassen. Das begründet unser Votum.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Polle.

Rolf Polle SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion hat im Eingabenausschuss auch für nicht abhilfegängig gestimmt, weil die Bundesregierung, wenn sie diesen Vorbehalt aufheben würde, der Einwanderung minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge Tür und Tor öffnen würde. Wir wollen eine kontrollierte Einwanderung

(Karina Weber Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Ja!)

und keine, die sich nicht mehr steuern lässt und die die Bundesländer und ganz besonders Hamburg finanziell extrem belasten würde. Deswegen kann der Petitionsausschuss des Bundestages die Bundesländer auch leicht auffordern, es zu tun, denn wir hätten auch die Kosten zu tragen und die Situation vor Ort zu lösen. Daher können wir uns nicht einschalten und haben gesagt, dass wir das nicht mitmachen.

(Beifall bei der SPD, der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Wird weiterhin das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zu den Abstimmungen. Wer möchte zu der Eingabe 653/01 der Ausschussempfehlung folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit sehr großer Mehrheit beschlossen.

Wer stimmt den übrigen Ausschussempfehlungen zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig.

Ich komme zum Bericht 17/244.

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben – Drucksache 17/244 –]**

Zunächst zu Ziffer 1. Hier sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten. Wer stimmt zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch hier ist die Zustimmung einstimmig. In den Ziffern 2 bis 8 werden Kenntnisnahmen empfohlen, diese sind erfolgt.

Ich rufe die Drucksache 17/199 auf, Senatsantrag zum Haushaltsjahr 2001: Nachträgliche Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben nach Paragraph 37 Absatz 4 LHO.

**[Senatsantrag:
Haushaltsjahr 2001
Nachträgliche Genehmigung von überplanmäßigen
Ausgaben nach Paragraph 37 Absatz 4 LHO
– Drucksache 17/199 –]**

Wer stimmt den vom Senat beantragten Mehrausgaben und den Ansatzänderungen im Haushaltsplan 2001 zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen wurde zugestimmt.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu? –

*(Zweiter Bürgermeister Ronald Barnabas Schill:
Ja.)*

(Vizepräsident Peter Paul Müller)

- A Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall.

Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist bei wenigen Enthaltungen so beschlossen. Damit ist der Antrag auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen.

Die SPD-Fraktion beantragt eine nachträgliche Überweisung der Drucksache 17/199 an den Haushaltsausschuss. Wer stimmt zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch hier erfolgt die einstimmige Zustimmung.

Ich rufe den Punkt 7 auf, Drucksache 17/200, Mitteilung des Senats zum Bericht der Polizeikommission.

**[Senatsmitteilung:
Bericht der Polizeikommission
– Drucksache 17/200 –]**

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion federführend an den Innenausschuss und mitberatend an den Rechtsausschuss überweisen. Wer schließt sich dem an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Letztere ist die Mehrheit. Damit wurde das Überweisungsbegehr abgelehnt.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft vom Jahresbericht 2001 der Polizeikommission Kenntnis genommen hat.

Zum Aufruf kommt Punkt 8, Drucksache 17/202, Mitteilung des Senats: Bericht über die Abwicklung der Maßnahme „Hamburg als Standort für die Produktion und die Endlinienfertigung des Airbus 380“.

**[Senatsmitteilung:
Bericht über die Abwicklung der Maßnahme
„Hamburg als Standort für die Produktion und die
Endlinienfertigung des Airbus 380“
– Drucksache 17/202 –]**

Die SPD-Fraktion beantragt hierzu eine Überweisung federführend an den Haushaltsausschuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss sowie den Umweltausschuss. Wer stimmt zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das hat einstimmig Zustimmung gefunden.

Ich rufe Punkt 11 auf, Drucksache 17/256, Bericht des Verfassungsausschusses zur Bewerbung Hamburgs um die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 2012.

**[Bericht des Verfassungsausschusses
über die Drucksache 17/20:
Bewerbung Hamburgs um die Ausrichtung der
Olympischen Sommerspiele 2012 (Senatsvorlage)
– Drucksache 17/256 –]**

Der Verfassungsausschuss empfiehlt der Bürgerschaft in diesem Bericht, die Drucksache 17/20 an den zuständigen Fachausschuss zu überweisen. Die Fraktionen sind übereingekommen, dass es sich dabei federführend um den Jugend- und Sportausschuss und mitberatend um den Haushaltsausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Bau- und Verkehrsausschuss handelt. Wer möchte die Drucksache 17/20 so überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das einstimmig beschlossen. Im Übrigen hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Wir kommen zum Aufruf Punkt 17, Drucksache 17/312, Interfraktioneller Antrag zum Stellenplan 2002, Einzelplan 1.0: Bürgerschaft, Verfassungsgericht und Rechnungshof, Kapitel 1000: Bürgerschaft.

**[Interfraktioneller Antrag:
Stellenplan 2002
Einzelplan 1.0: Bürgerschaft, Verfassungsgericht und
Rechnungshof
Kapitel 1000: Bürgerschaft – Drucksache 17/312 –]**

Wer möchte den Antrag annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist bei einer Enthaltung angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu? –

(Zweiter Bürgermeister Ronald Barnabas Schill und Senator Peter Rehaag: Ja.)

Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall.

Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Es gibt eine Enthaltung. Damit ist der Antrag auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Damit schließe ich die Sitzung und wünsche Ihnen einen guten Heimweg.

Schluss: 21.47 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise dem Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

Für diese Sitzung war entschuldigt: die Abgeordnete Heidemarie Scherweit-Müller.